

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 7. April 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der schwörende Minister.

II. (Schluß)

Die Ruffrat-Affäre hat sich in dem neuen Prozeß zu einem verhängnisvollen Entweder-Oder zugespielt. Entweder war Biermann freisprechend, dann war zugegeben, daß der Minister einen Meineid in dem früheren Prozesse geleistet hatte, oder der Minister war unschuldig, dann mußte Biermann zu schwerer Strafe verurteilt werden. Ruffrat oder Biermann, zwischen diesen beiden gab es nur die Wahl, und man konnte nicht im Zweifel sein, wie diese Wahl ausfallen würde.

Es gab allerdings noch eine dritte Möglichkeit, man hätte dem Redakteur nicht nur den guten Glauben, wie man es gesittetlich getan, zubilligen sollen, sondern auch einen entschuldbaren Irrtum annehmen müssen, wenn es denn ein Irrtum war. Biermann hätte ja aus dem Inhalt der früheren Zeugnisaussagen des Ministers nicht anderes entnommen, als das frühere Gericht selbst und die gesamte Öffentlichkeit. Man hätte ihm auch die Wahrung berechtigter Interessen zubilligen müssen, da er ja sich in dem früheren Prozeß für unschuldig oder doch zu hart verurteilt glaubt und deshalb das Interesse hat, mit allen Mitteln diesen Nachweis zu führen. Aber diesen Ausweg wählte man nicht. Es herrscht, wenigstens bei der oldenburgischen Staatsanwaltschaft, die seltsame Auffassung, daß der Versuch, ein Urteil, das der Betroffene für Unrecht hält, zu revidieren, eine freie Auslegung gegen das frühere Urteil bedeute, daß es nicht ein berechtigtes Interesse darstelle, sondern ein strafverschärfendes Moment sei.

Die Auffassung der Verteidigung, die in durchaus schlüssiger Beweisführung unanfechtbar dargelegt wurde, beruht hinsichtlich der Würdigung des Verhaltens des Ministers in dem früheren Prozeß auf der folgenden maßgebenden Reichsgerichtsentcheidung: „Der Zeuge oder Sachverständige, welcher einen Teil seiner Wissenshaft absichtlich verschweigt, macht sich... auch dann eines Meineides schuldig, wenn er den betreffenden Umstand für unerheblich hält. Allein dies setzt voraus, daß er danach besonders befragt ist, oder daß er sich wenigstens der Möglichkeit, daß der Umstand für erheblich angesehen werden könne, bewußt war.“

Nach dieser allgemein herrschenden und rechtsverbindlichen Auffassung über die Pflichten und das Wesen des Zeugen steht also das fest: Wird nachgewiesen, daß der Minister Ruffrat in dem Biermann-Nies-Prozeß mit der Möglichkeit gerechnet hat, daß es als erheblich angesehen werden könnte, über seinen gesamten Spielcharakter eidliche Auskünfte zu erteilen, so hat er seine Eidspflicht verletzt, auch wenn er persönlich diese Auskünfte über seine Spieleroffiziere für unerheblich halten mochte, und auch dann, wenn er nicht auf eine besondere direkte Anfrage diese Umstände verschwiege oder eine falsche Antwort gab.

Der „Residenzboten“ hatte in den vom Oberlehrer Nies verfaßten Artikeln, die den Ausgangspunkt der ganzen Angelegenheit bilden, immer aufs neue behauptet, daß ganz Oldenburg ein Spielerneß, dessen Spielhauptmann der Minister sei. Die Artikel beschäftigten sich nicht mit lang zurückliegenden Vorgängen, sondern stellten die präziseste Behauptung auf, daß gespielt worden sei und gespielt werde. Der Minister Ruffrat, schon äußerlich als ein Mann von energischer Rücksichtslosigkeit und zugleich nervöser Leidenschaftlichkeit gekennzeichnet, hatte als Kenner der juristischen Handwerksgriffe aus all den beleidigenden Artikeln eine Behauptung herausgesucht, die ihrer Natur nach, wenn sie auch zehnmal wahr wäre, gar nicht bewiesen werden konnte. Er fügte sich beleidigt durch die Behauptung, daß seine Spielerintimität mit einem Gymnasiallehrer der Anklage gewesen sei, daß er ihn überraschend frühzeitig zum Gymnasialdirektor befördert habe. Spiel und Pump mit dem Lehrer konnten nachgewiesen werden und wurden auch in jenem Prozeß nachgewiesen, aber kein Sterblicher hat die Macht, wenn er nicht etwa kompromittierende Dokumente besitzt, den Nachweis zu führen, daß zwischen der Beförderung des Lehrers und der Hofarrendenschaft des Ministers ein innerer Zusammenhang bestände, weil ein so geschickt gewählter Anknüpfungspunkt der Minister zu der Hoffnung berechtigte, er könne einen allgemeinen Wahrheitsbeweis über seine Spieleraffären entgegen. Er lehnte in jenem früheren Prozeß auch zunächst mit Unterstützung des Staatsanwalts und des Gerichtsvorherrn jede weitergehende Frage zu beantworten ab. Die Verteidigung verfolgte umgekehrt den Zweck: da in den Artikeln der Fall des Gymnasialdirektors nur eine beiläufige Einzelheit bedeutete, den Gesamtinhalt der Artikel zur Beweisführung zu bringen. Und obwohl der Vorsitzende der Anklage war, man dürfe nur über den Einzelfall Beweis erheben, sagte es die Verteidigung durch, daß das Gericht in seiner Mehrheit durch einen formellen Beschluß sich zu der Anschauung der Verteidigung bekamte.

Aus diesem Hergang folgte unmittelbar: Dürfte der Minister zuerst der Meinung sein, es würde vom Gericht — von der Verteidigung zu schweigen — die weitere gehende Beweishebung über sein allgemeines Spielerleben als unerheblich erachtet, so lag ihm jetzt der Beschluß des Gerichtes vor, der die Erheblichkeit dieser allgemeinen Beweishebung unzweideutig feststellte. Minister Ruffrat konnte in jener Sitzung im Sinne der Reichsgerichts-Entscheidung nicht nur mit der Möglichkeit rechnen, daß die von ihm verschwiegenen Umstände über sein Spiel bis in die jüngste Zeit hinein für erheblich erachtet würden, sondern die Möglichkeit vor eine Tatsache, ein formeller Gerichtsbeschluß. Das Gericht hatte festgestellt, daß diese Momente für den Prozeß von Wichtigkeit seien und der Minister hatte danach kein Recht mehr, den durch seine Aussagen erweckten falschen Anschein, daß es sich um alte, längst vergangene Geschichten handele, unwidersprechen in der Verhandlung bis zum

Ende zu erhalten. Er mußte als vereidigter Zeuge reden, er mußte die erste Gelegenheit ergreifen, um den Irrtum klarzustellen, den seine Bekenntnisse über Jugenddummheiten erweckt hatten.

Es gibt von dem Biermann-Nies-Prozeß keine Stenogramme. Man weiß nicht, wie sich die Verhandlungen wörtlich abgespielt haben. Es gibt allerdings einen sogenannten stenographischen Bericht, aber der hat die Wertwürdigkeit, daß er nur den Inhalt, nicht aber den Wortlaut „stenographiert“ haben will. Es läßt sich also insbesondere nicht mehr feststellen, ob der Minister damals auf eine direkte Frage verneint habe, noch in jüngster Zeit gespielt zu haben. Das ist aber im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß solche Frage gestellt und direkt verneint wurde; denn wie das Gericht, so nahm auch die Verteidigung schon nach den ersten Aussagen des Zeugen Ruffrat an, daß es sich tatsächlich nur um alte Geschichten handele, daß also die inkriminierten Artikel übertrieben hätten. Die Verteidigung hätte also die Lage des Angeklagten nur verschlechtert, wenn es unter diesem Eindruck noch sich besondere Mühe gegeben hätte, diesen ungünstigen Tatbestand festzustellen. Aber der Minister, der der ganzen Verhandlung beiwohnte, mußte den Irrtum berichtigen, den seine fragmentarischen Bekenntnisse gemacht hatten. Herr Ruffrat sprach eben wie ein Diplomat, so wie etwa die preussischen Minister vor dem Parlament reden, wenn sie eine Nebenfrage erzählen und die Hauptsache verschweigen. Er vergaß nur, daß ein Diplomat unter dem Zeugeneid eben nicht diplomatisch reden dürfe. Obwohl ein stenographischer Bericht nicht vorliegt, läßt sich mit einer seltenen Bestimmtheit der Nachweis führen, daß in der Tat in dem Biermann-Nies-Prozeß die gesamte Spielerfähigkeit des Ministers unter Beweis stand, und daß dem Minister seine Pflicht nicht verborgen sein konnte, den falschen Eindruck seiner Zeugnisaussagen durch das volle Bekenntnis zu korrigieren.

Schon der Staatsanwalt in dem damaligen Prozeß erklärte es für strafverschärfend, daß die von dem Angeklagten verbreiteten Artikel dem Minister Hazardspiel vorwarfen, während es sich doch nur um Jugenddummheiten handelte. In der mündlichen und schriftlichen Urteilsbegründung leitet diese Auffassung wieder, ja die schriftliche Urteilsbegründung geht geradezu von der Feststellung aus, daß in den Artikeln dem Minister vorgeworfen werde, daß er noch spiele, während nur erwiesen worden sei, daß er vor zwölf Jahren als Staatsanwalt gespielt habe. Am Schluß der Urteilsbegründung wird dieses Moment als straf erhöhend nochmals betont. Die gesamte Öffentlichkeit mußte nicht anderes, als daß der Minister nur Jugenddummheiten zugegeben habe. Die lokale Ruffrat-Presse entsetzte sich immer wieder über das Charaktertum, daß man dem Minister alte Sünden anrechnete. Es kamen die ersten Zeugen, die bekunden wollten, daß der Minister auch später hazardiert habe. Die Ruffrat-Presse beiläufige diese Zeugen als unglaubwürdig zu erklären. Der eine sei ein bestraftes Subjekt, der andere ein unerfahrener junger Mensch. Sechs Monate lang ging die Beschuldigung unwiderrufen und ohne daß der Minister sich rührte durch die Welt. Endlich nach den verschärften Artikeln des „Residenzboten“ entschloß sich der Minister zur Anklage und nur tauchte plötzlich, zunächst noch im Hintergrund, die Version auf, der Minister habe ja gar nicht geschworen, lediglich in alten Zeiten gespielt zu haben. Im Prozeß Schwegner spielte diese Konstruktion bereits mit, aber die Frage, ob dem Ruffrat wirklich noch als Minister gespielt habe, stand noch im Vordergrund des Interesses. Der Wahrheitsbeweis wurde in diesem Prozeß noch zugelassen. Gleich der erste Belastungszeuge des Ministers, der Rechner Meyer, wurde freiwillig durch Verhaftung wegen Meineids sofort unschuldig gemacht. Die Verteidigung wurde in einer Weise behandelt, daß sie ihr Mandat niederlegte, und so wurde auch damals die Beweisaufnahme vereitelt.

Trotz der offenkundigen Tatsache, daß in dem früheren Prozesse über den gesamten Spielcharakter des Ministers verhandelt wurde und daß es von entscheidender Erheblichkeit war, über Art und Weise und Grad seines Spielens erschöpfende Auskunft zu erhalten, wurde diesmal plötzlich gerichtlich festgestellt, es habe sich damals nur um die Verleumdung von Einzelspielen gehandelt und der Minister sei nicht nur verpflichtet, sondern nicht einmal berechtigt gewesen, über seine weit ab von der Sache liegenden Spieleraffären den Gerichten Auskunft zu geben.

Es war die innerlich erregendste Episode dieses Prozesses, als die Mitglieder des früheren Prozesses, die Richter und Staatsanwälte, diesmal als Zeugen erschienen, um ihre Eindrücke über den Verlauf der damaligen Verhandlung zu beschwören. Dieselben Gerichtsbeamten, die von ganz ungewandten Zeugen stets ein fabelhaftes Gedächtnis und untrügliche Treue der Erinnerung unwesentlichster Einzelheiten fordern, zeigten sich selbst außerordentlich unsicher in ihrem Gedächtnis. Einer gab im Sinne der Verteidigung zu, er habe den Eindruck gehabt, als ob der Minister habe sagen wollen, daß er nur in alter Zeit gespielt habe und daß es auf diese Tatsache wesentlich angekommen sei. Die anderen, sofern sie sich überhaupt zu genauen Erinnerungen bekamen, aber erklärten nach demselben Schema, wie auch der Zeuge Ruffrat und der Redakteur eines dortigen Lokalblattes, es habe sich damals eben nur um Einzelspiele gehandelt und es sei gar nicht denkbar, daß der Minister sich über seine gesamte Spielerfähigkeit habe äußern brauchen. Nur einer der Landrichter sagte ganz bestimmt aus, Herr Dr. Klau, er bekundete seine Wissenschaft mit absoluter Entschiedenheit dahin, daß der Minister damals gar nicht befragt gewesen sei, über so abseits liegende Dinge zu sprechen; man hatte bei dieser Zeugnisaussage beinahe das Gefühl, als ob der Minister dann die Eidspflicht verletzt hätte, wenn er über seine Spieleraffären Auskunft gegeben hätte. Der Zufall wollte es, daß gerade diese einzige Aussage, die mit so sicherer Entschiedenheit vorgebracht wurde, von dem Verfasser der alten Urteilsbegründung stammt, derselben Urteilsbegründung, die dieser Frage

nach dem Spielcharakter des Ministers eine entscheidende Bedeutung beilegt und die Feststellung unternahm, daß der Minister nur in längst vergangenen Zeiten als Staatsanwalt gespielt habe. Was soll man von der Eidesfähigkeit der menschlichen Natur denken, wenn selbst Richter den entgegengekehrten Eindruck von einer Verhandlung eidlich bekunden, wie sie ihn unmittelbar nach der Verhandlung dokumentarisch festgelegt haben! Der Widerspruch wurde gar nicht aufgeklärt. Was in dieser Hinsicht versucht wurde, war völlig unverständlich.

Es steht also fest, daß juristisch gebildete Männer, ganz zweifellos nach bestem Wissen und Gewissen, sich jetzt in einen schweren Irrtum über die damaligen Vorgänge hinein überzeugt haben. Die Konstruktion, die zur Einleitung des Verfahrens gegen Biermann von der Anklage entbeut wurde, hatte sich so tief in die Gemüter der Oldenburgischen Richter hineingebohrt, daß es für sie gar nicht mehr möglich war, sich zu erinnern, sie hätten jemals anders gedacht.

Ob freilich diese Suggestion auch den Minister selbst beherzigt, darüber läßt sich nichts sagen. Er mußte damals vor Gericht wie auch bei den wiederholten Erörterungen im oldenburgischen Landtag das Bewußtsein haben, daß er als Diplomat eben das nicht zu sagen brauchte, was ihm unangenehm war. Er mußte damals wissen, daß es für das Gericht und für die Öffentlichkeit entscheidend bedeutsam sein würde zu erfahren, ob er bis in die neueste Zeit hinein gespielt. Wenn er geschwiegen, so hat er sicherlich nicht das Bewußtsein gehabt, damit die Pflicht des Eides verletzt zu haben, aber er hat sich in einem für einen Juristen höchst bedenklichen Irrtum über den Begriff des Eides befunden. Objektiv hat Minister Ruffrat damals im Sinne der Reichsgerichts-Entscheidung die Pflichten eines Zeugen verletzt. Und wenn der Angeklagte Biermann auch, wie alle anderen ohne Ausnahme bis zu diesem neuesten Verfahren, annahm, daß der Minister im Sinne der Eidespflicht alles gesagt habe und daß es mithin ein unbilliger Widerspruch zu seiner Aussage sei, wem die neuerlichen Spielergeheimnisse wahr wären, so darf er nicht verantwortlich gemacht werden dafür, daß der Minister sich in einem Irrtum darüber befunden hat, wie weit er vor Gericht als Zeuge zurückhaltend und reserviert sein dürfe. Objektiv hat Minister Ruffrat tatsächlich gegen die Auslegung der Eidspflicht, wie sie das Reichsgericht gibt, verstossen, und jeder hat das Recht, daraus eine Anklage zu erheben.

Das Wahrzeichen Oldenburgs ist eine uralte Linde auf dem Friedhofe. Sie ist so felsam gewachsen, daß ihre Krone wie Wurzelwerk aussieht. Die Sage erzählt, ein Mädchen sei unschuldig zum Tode verurteilt worden. Da habe es eine Linde mit der Krone in die Erde gesteckt und gerufen: „So wahr diese Linde wachsen wird, so wahr bin ich unschuldig!“ Und die Linde wuchs zur Sonne mit den Wurzeln, die sich als Krone entfalteten. Die Linde ist heute morisch und wird durch ein künstliches Gerüst gestützt. Die Opfer der Ruffrat-Prozesse können leicht Ersatz schaffen; sie dürfen getrost eine neue Linde mit der Krone in den Boden senken.

In dem gestrigen Leitartikel, der telephonisch aus Oldenburg übermittelt worden ist, befinden sich eine Reihe von Hörschülern: Der Rechtsanwalt, um dessen willen Biermann weitere fünf Monate erhalten hat, heißt Wisse (nicht Wisser). Ferner ist im vorletzten Absatz von Untersuchungschaft zum Strafvollzug (nicht Strafprozeß) zu lesen, und die Kennerung des Verteidigers über die Empfindung des Angeklagten lautet: „Ihr habt die Schlacht gewonnen, ich bin unterlegen. Ich aber habe Recht, Ihr habt die Macht.“ — Der Staatsanwalt heißt Dr. Fimmen (nicht Simmen).

Die Revolution in Rußland.

Ein Attentat auf den Zaren vereitelt?

„Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: Im Palast in Jaroslawe Sels wurde ein die Uniform eines Kosakenoffiziers tragender Mann verhaftet, der offenbar einen Aufschlag gegen das Leben des Zaren plante. Die Offiziere der Palastwachen bemerkten, daß sich der Mann verdächtig benahm und anstatt des Kosakenabends den Degen eines Infanterieoffiziers trug. Er wurde festgenommen, und bei einer danach vorgenommenen Durchsuchung des Palastes wurde ein Paket mit zwei Bomben gefunden. Infolgedessen fanden weitere Untersuchungen statt, die zu der Verhaftung von zwölf geheimen Polizeiangestellten als Mitschuldigen (?) dieses Mannes führten. Unter den in den letzten Tagen in Petersburg Verhafteten befindet sich auch die Tochter eines früheren Generalgouverneurs.

Ueber diesen angeblichen Vorgang wird weiter gemeldet: Der angebliche Kosakenoberst sei an einigen Defekten an seiner Uniform erkannt worden. Er befand sich im Besitze eines Kasten mit zwei japanischen Bomben. Er verweigert jede Auskunft über seine Person, auch wurden keinerlei Schriftstücke bei ihm vorgefunden. Infolge dieses Zwischenfalles sind bereits wiederum mehrere Verhaftungen vorgenommen worden; unter den Verhafteten befindet sich auch die Älteste Tochter des Generals Leontjew, eines früheren Provinzgouverneurs, dessen Wohnung in der Nähe der deutschen Postkastell liegt. Die junge Dame war durch anonyme Briefe der Polizei angegriffen worden. Eine bei ihr vorgenommene Hausdurchsuchung führte zur Entdeckung von Explosivstoffen unter ihrem Bett.

Bauernunruhen.

Tiflis, 5. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Aus zahlreichen Orten des Bezirks Wort werden schwere Ausschreitungen der Bauern gemeldet, die sich besonders gegen die Geistlichkeit und die adeligen Gutsbesitzer richteten. Die Aufständischen verübten Brandstiftungen, schlugen Waldungen

Die Inzertions-Gebühr

Befragt für die schlagwortreiche Kolonelle über deren Raum 40 Wg. für politische und gesellschaftliche Beitritts- und Besammlungs-Anzeigen 25 Wg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

... und raubten Gelder. Kosaken und Polizeimannschaften gingen gegen die Tumultuanten vor. Eine Anzahl Personen wurde getötet und verwundet.

Kischeneu, 5. April. In der letzten Nacht verübte ein Unbekannter einen Anschlag gegen den Schützen des Polizeikommissars Kiriligt in der Nähe des Stadtwalles, ohne ihn jedoch zu verletzen. Es gelang dem Täter zu entkommen. Heute früh fand man an dem Tatorte ein finnländisches Messer, das wahrscheinlich dem Angreifer gehört.

Zur Kirchenreform.

Petersburg, 6. April. Die „*Nowoje Wremja*“ meldet: In der vorgestern abgehaltenen Sitzung des Heiligsten Synod ist endgültig die Einberufung eines Konzils zur Wahl eines Patriarchen beschlossen worden. Der Beschluß wird dem Kaiser vorgelegt werden. Das Konzil soll in Moskau stattfinden. Erster Kandidat für das Patriarchat ist nach den kanonischen Bestimmungen der höchste Geistliche der Hauptstadt, also der Petersburger Metropolit Antonius. Der Synod wird dem Patriarchen als beratendes Organ zur Seite stehen. Der Posten des Oberprokurators wird abgeschafft, das Recht des Vortrages beim Kaiser geht auf den Patriarchen über.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Rückzugsgeschichte.

Petersburg, 6. April. (Meldung des Petersburger Telegraphen-Agentur.) In einem Telegramm des Generals Charlewitsch an den Generalstab wird von heute gemeldet: Von der Front unserer Armee wird das Erscheinen feindlicher Abteilungen auf der großen Mandarinenstraße und auf der Straße von Tschantafu nach Waimakai gemeldet. — In Korea, 5. West vor Kischin, hatte eine russische Truppenabteilung einen Zusammenstoß mit japanischer Infanterie. Der Feind wurde aus zwei Stellungen geworfen und durch unser Feuer und die Angriffe der Kosaken zerstreut.

Tokio, 6. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Eine amtliche Depesche berichtet: Ein Teil der japanischen Streitkräfte im Gebiet von Kaitan wurde am 4. April nachmittags die Küsten aus Kijuhju, drei Meilen nordöstlich von Nienuachie, und besetzte den Ort. — Am 3. April nachmittags rückte der Feind mit reitender Artillerie und Maschinengewehren von Taiwo her auf der Straße von Fenchua nach Süden vor; am 4. morgens eröffnete er ein Bombardement auf Chihueatun. Gleichzeitig ging eine starke russische Infanterie-Abteilung von dem Gebiet an der Hauptstraße her vor, während zwei andere russische Abteilungen unsere beiden Planken umgingen. Abends 6 Uhr waren die Russen bis auf 400 Meter an die japanische Stellung herangekommen. Der russische Angriff wurde völlig abgewiesen und der Feind zurückgeworfen. Auf japanischer Seite wurden 27 Mann verundet; der Verlust der Russen ist nicht genau bekannt; er wird auf mehr als 300 Mann geschätzt.

Wilhelm II. und die chinesische Neutralität.

Washington, 5. April. (Meldung der „Associated Press“.) Das Staatsdepartement publiziert die Korrespondenz über den Beitritt der Mächte zu Gahs Programm, wodurch die kriegsführenden Parteien in Ostasien betrogen wurden, die Neutralität Chinas zu respektieren. Was Deutschland betrifft, so trat Präsident Roosevelt — und er tat dies allein gegenüber Deutschland — persönlich mit dem Souverän, dem Kaiser Wilhelm, über die Angelegenheit in Meinungsaustrausch. Der Kaiser hatte durch den Votschaster Freiherrn Sped v. Sternburg die Sache beim Präsidenten Roosevelt in Anregung gebracht, und nach einer Konferenz zwischen dem Präsidenten, dem Staatssekretär Hay und dem deutschen Votschaster kam es zu der diplomatischen Aktion, die die Neutralisierung Chinas bewirkte.

Es ist an dieser Meldung unklar, aus welchen Anlässen und aus welchen Motiven Wilhelm II. solche Besorgnis um die chinesische Neutralität äußerte. Deuten doch keinerlei Anzeichen darauf hin, daß China während des Krieges aus der bisher streng beobachteten Reserve herauszutreten beabsichtigt. Oder sollen die kriegsführenden Parteien neuerdings gehalten sein, unter keinen Umständen mongolisches Gebiet zu betreten. Bisher hatten die Russen oft genug in dieser Beziehung die Neutralität Chinas mißachtet. Die Neutralitätsbedingung hätte also entweder schon viel früher oder besser überhaupt nicht gestellt werden sollen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. April.

Soziales Königtum.

In der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses am 27. März schloß Graf Bülow seine Rede zur Vergesetz-Novelle wie folgt:

Meine Herren, die Vergarbeiter des Ruhrreviers haben die Arbeit wieder aufgenommen mit der Hoffnung, daß die ihnen in Aussicht gestellte Novelle zum Vergesetz einen stärkeren Schutz ihrer Arbeitskraft, eine sichere Gewähr ihrer Arbeitsleistung und die Einführung von Arbeiterausschüssen bringen wird. Mögen auch die Verhältnisse in den Vergewerken vor Ausbruch des Streiks stark übertrieben worden sein, so vermag doch die staatliche Fürsorge in mehr als einer Richtung helfend und fördernd einzugreifen. Enttäuschen Sie, meine Herren, diese Hoffnungen nicht! Prüfen Sie mit Wohlwollen die Vorschläge, welche Ihnen die königliche Staatsregierung unterbreitet. Was Sie, meine Herren, in Erfüllung der sozialen Aufgaben, der sozialen Pflichten des Staates mit Gerechtigkeit und Unparteilichkeit für die Abstellung wirklicher Beschwerden tun, das tun Sie gegen sozialdemokratische Bestrebungen, das tun Sie für die Monarchie!

Damit hat Graf Bülow in aller Form die Monarchie für den Vergarbeiterkampf engagiert. Für die Krant- und Schlotzjunker ist die Anrufung der Monarchie jedoch keine wirkliche Beschwörungformel, sobald sie ihre eigenen Interessen gefährdet glauben. Die Monarchie ist ihnen gut genug, das dumme Volk damit zu schaden; für sie selber ist sie jedoch gar kein Gegenstand der Anbetung. Nur Mittel zum Zwecke ist sie ihnen. Graf Bülow hätte das wissen können. Er ist selbst schuld, daß die Monarchie eine so offene Niederlage gegen die berufenen Stützen des Thrones erleidet durch die Behandlung der Vergesetznovelle in der Kommission. Wir gratulieren aufrichtig zu diesem Erfolge. Die Königstreuesten Arbeiter werden nun einsehen, daß das soziale Königtum hilflos ist und glatt kapitulieren muß vor dem Nachtgebot der Unternehmer und Junker.

In der Presse werden zum Teil noch Hoffnungen auf die weiteren Verhandlungen der Kommission und des Plenums gesetzt. So vor allem in der Zentrum- und der freisinnigen Presse. Wir begreifen das ja bei dieser Presse; sind es doch das Zentrum und die Freisinnigen, die das größte Interesse daran haben, die Arbeiter in ewiger Hoffnungslosigkeit zu erhalten. Diese Parteien leben ja nur von den immer unerfüllten Hoffnungen, von dem Vertrauen der Arbeiter auf die „Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen“ durch die

soziale Monarchie. Sie müssen zwar jetzt zugeben, daß die Kommission von den Vorschlägen der Regierung nichts übrig gelassen, aber: Es wird schon noch alles gut werden. Das ist das alte Beruhigungsglied, mit dem man die Arbeiter in den Schlaf singen will; das wird man ihnen auch noch singen, wenn das Ausnahmegesetz gegen die Vergarbeiter in nächster Schönheit fertig dastehen wird. Wir wiederholen nachdrücklich: Vom preussischen Dreiklassen-Parlament haben die Vergarbeiter nicht den geringsten Schutz zu erwarten; zu erwarten haben sie lediglich ein Gesetz zum Schutze der Streikbrecher!

Zur Kennzeichnung dessen, was vom weiteren Fortgang der Beratungen zu erwarten ist, zitieren wir die „Konser-vative Korrespondenz“:

„Konservativerseits wird der Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse nur zugestimmt werden können, wenn Kantelen geschaffen werden, die den Mißbrauch der Ausschüsse von sozialdemokratischer Seite zu verhindern geeignet sind. Die konservative Partei kann dazu, daß die Arbeiterausschüsse sich zu sozialdemokratischen Organisationen auswachsen und statt dem sozialen Frieden, der Klassenberuhigung dienen, auf keinen Fall ihre Hand bieten.“

Noch kennzeichnender ist die Stimme aus dem Lager der Freikonservativen, die „Post“:

„Für den weiteren Verlauf der Verhandlungen über die sozialpolitische Novelle zum Vergesetz wird es von erheblicher Bedeutung sein, ob es gelingt, in einer rechtlich einwandfreien Form die von den Vertretern der beiden konservativen Fraktionen kundgegebene Absicht zu verwirklichen, die den Arbeiterausschüssen gestellte Aufgabe „auf geordnete und friedliche Verhältnisse in der Arbeiterkassen des betreffenden Werkes hinzuwirken und Störungen der öffentlichen Ordnung sowie Verdrängung von Arbeitwilligen, insbesondere auch gelegentlich von Arbeitseinstellungen hintanzuhalten“, mit strafrechtlichen Schutzbestimmungen zu umgeben. Sowohl der Herr Handelsminister, als die national-liberalen Mitglieder der Kommission haben sich mit der Tendenz der Anregung einverstanden erklärt, von beiden Seiten aber ist auf die Schwierigkeiten hingewiesen worden, welche dem gesetzgeberischen Plane aus der Reichsgesetzgebung, namentlich aus § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung, erwachsen; insbesondere hat der Handelsminister seine definitive Stellungnahme von der Fassung abhängig gemacht, welche die konservative Anregung bei der zweiten Lesung erhalten soll.“

Wenn so der Sache nach dem Gedanken die Wege geebnet sind, so ist das gleiche doch bedauerlicherweise in bezug auf eine rechtlich einwandfreie Formulierung desselben noch nicht der Fall. Die Schwierigkeiten, eine Form zu finden, welche mit dem Reichsrecht nicht kollidiert, sind vielmehr recht groß, und es wird bis zur zweiten Lesung der ernstlichsten Anstrengungen bedürfen, um sie zu überwinden. Inzwischen ist die Lösung der Aufgabe auch ernster Mühe wert; denn, wenn es gelingt, in diesem Punkte eine Verständigung zwischen den konservativen, freikonservativen und national-liberalen Mitgliedern der Kommission einerseits und der Regierung andererseits herbeizuführen, so wird eine solche auch über die allgemeine Einführung von Arbeiterausschüssen unschwer zu erreichen sein. Für die konservativen Parteien kommt außer der sachlichen Bedeutung einer wirksamen Verstärkung des Schutzes für die Arbeitswilligen dabei in Betracht, daß durch die Einführung einer solchen Bestimmung dem ganzen gesetzgeberischen Akt der ihm bedauerlicherweise anhaftende Anschein eines Gelegenheitsgesetzes gegen die Vergewerksbeijer im Ruhrrevier genommen und ihm damit offensichtlich der Charakter eines mit gleichem Maße unparteiisch beide Teile messenden, über den Parteien stehenden Aktes der Gesetzgebung wieder verliehen wird.“

Das heißt also, der Arbeiterschutz, wie ihn die Regierung gewähren wollte, ist abgetan; nur der Arbeitertrub steht noch zur Erörterung, aber auch dieser nicht mehr sachlich, sondern nur noch formell. Die Verhandlungen zwischen Konservativen, National-liberalen und Regierung gelten nur noch der Frage, wie es möglich ist, die Klippen des Reichsrechts zu umgehen; es ist lediglich noch eine juristische Formfrage zu lösen. Die Regierung der sozialen Monarchie ist einverstanden, daß aus ihrem Arbeiterschutzversprechen ein Streikbrecherschutzgesetz gemacht wird, sobald sie sich überzeugt, daß es sich juristisch machen läßt. Und daß sie dabei nicht nur juristische Zwirnsfäden, sondern handfeste juristische Balken nicht fürchtet, das hat sie ja bei dem Ansidelungsgesetze bewiesen.

Es lebe die soziale Monarchie!

Der Reichstag

erledigte auch heute wieder sein tägliches patriotisches Pensum. Es waren diesmal 33 Millionen, die neu für Südwesafrika bewilligt werden sollten. Daß Genosse Ledebour diese Gelegenheit benutzte, um schon jetzt davor zu warnen, nach Niederwerfung des Aufstandes den Eingeborenen ihr ganzes Land wegzunehmen, benutzte die Rechte und die National-liberalen, um ihre abgeklapperten patriotischen Entrüstungsphrasen wieder einmal an den Mann zu bringen. Herr Dr. Paasche stellte dem Reichstage die angenehme Wahl zwischen Vererbung und Niedermelung der Eingeborenen, Dr. Arendt warnte vor schwächlicher Humanität und Frhr. v. Richthofen wollte wenigstens prinzipiell festgesetzt wissen, daß Deutschland als der Stärkere das Recht auf Brutalität gegenüber den Eingeborenen hätte. Der Antisemit Vattmann, der sich jüngst ein unbefreitbares Verdienst dadurch erworben hat, daß er nachwies, wie ausschließlich große Kapitalistengesellschaften an Südwesafrika interessiert seien, sprach heute jedem das Gefühl für nationale Würde ab, der nicht unbesehen alle Torheiten und Grausamkeiten der deutschen Kolonialpolitik in Südwesafrika mitmache. Genosse Ledebour blieb diesen Helden der Logik und des Christentums die Antwort so wenig schuldig, wie dem berufenen Interpreten des neuen Testaments, Dr. Arendt. — Die Mehrheit bewilligte alles: sie hat dafür ein Schema gefunden. Der Reichstangler erklärt, daß er vor dem Reichstage alle Anforderungen der südwesafrikanischen Militärverwaltung vertreten werde, und der Reichstag erklärt, daß er der Regierung nichts abschlagen könne, was diese zur Niederwerfung des Aufstandes für notwendig erachte.

Obwohl in Kamerun irgendwelche kriegerischen Verwickelungen noch nicht eingetreten sind, wagen selbst die freisinnigen Volksparteier nicht, diesen Bewilligungskardon zu durchbrechen. Dr. Müller-Sagan gestand ganz offenherzig, daß die Verwaltung Kameruns dem Reichstage ein Buch mit sieben Siegeln sei; daß die Kolonialverwaltung ihn absichtlich im Dunkeln über die dortigen Zustände und ihre Pläne halte. Nur ahnen kann man, daß auch dort kapitalistische Gesellschaften von der Regierung Vollmacht erhalten haben, so viel Land zu rauben und so viel Eingeborene zu expropriieren, wie ihnen beliebt. Gleichwohl weigerte sich der freisinnige Redner, die Forderungen für Verstärkung der Schutztruppe in Kamerun mit uns abzulehnen. Seine Mannesseele zittert bei dem Gedanken, daß man ihm ein Teil der Verantwortung auferlegen würde, wenn das Treiben der Kapitalistenclique in Kamerun die Eingeborenen auch dort zur letzten Notwehr des Aufstandes treibt. Diese bürgerliche Feigheit erlaubt der Regierung, die Ausgaben für die Verstärkung der kameruner Schutztruppe als einmalig zu bezeichnen, während sie natürlich

bauernd sind, wie Genosse Südekum behauptete und niemand ihm zu bestreiten wagte. Praktisch hat diese Verwirrung der etatsrechtlichen Grundbegriffe zur Folge, daß auch diese Kosten durch Anleihe aufgebracht werden können, statt daß die Einzelstaaten sie tragen.

Den Rest der Sitzung füllte die Beratung kleinerer Vorlagen und Petitionen aus. Besonders bemerkenswert war an der Verhandlung nichts außer der Ungeschicklichkeit des Vizepräsidenten Dr. Paasche, der Sozialdemokraten und Zentrum für die Minderheit und in gleichem Atemzuge für die Mehrheit erklärte. So verhinderte er, daß überhaupt ein Beschluß über eine Petition der Scharfmacher im Baugewerbe zustande kam, und eriparte den ziegelroten Kühnemännern die verdiente Zurückweisung.

Morgen wird nur in ganz kurzer Sitzung die dritte Lesung des Ergänzungsetats vorgenommen werden.

Eine Programmrede des neuen Polizeiministers.

Im preussischen Abgeordnetenhause debütierte am Donnerstag der neue Minister des Innern von Bethmann-Hollweg. Er hielt einen ausführlichen programmatischen Vortrag in wohlgedauten Sätzen mit angenehmer Stimme. Und wenn man das, was er vortrug, hörte, konnte es leidlich scheinen. Leider darf man Worte eines Ministers nicht wörtlich nehmen. Das Wort hat immer einen Sinn und einen anderen. Und bei einem Minister ist es immer der andere, der sich schließlich als der richtigere erweist. Oder hat der Minister wirklich sagen wollen, daß die Volkswohlfahrt, deren wichtigster Teil die Arbeiterwohlfahrt ist, nur durch die Heranziehung der Arbeiterklasse selber gefördert werden kann? Er sagte ja direkt, daß diese wirklich ernste Lebensaufgabe des deutschen Volkes nur zu regeln ist unter Loslösung von allen bürokratischen Fesseln durch eine freie Teilnahme aller Volkskreise. Die Zukunft wird erweisen, was der Minister gemeint hat, oder vielmehr: sie wird ihm selbst erst klar machen, was er gemeint hat. Mit dem Amt wird in Preußen nicht nur ein Charakter, sondern auch ein Verstand verliehen, den der Begnadete erst im Laufe seiner Amtstätigkeit selber zu entdecken pflegt — nachdem er von seinem Privatverstand sich glücklich emanzipiert hat. Der neue Minister macht zunächst noch einen nicht unympathischen Eindruck; sein Gebaren ist noch gar nicht preussisch-ministeriell, eigentlich mehr professoral, auch die eingestreuten scherzhaften Bemerkungen sind ganz und gar von der Art der Kathederwitze in der guten, alten Zeit.

Trotz des neuen Ministers bleibt in Preußen alles beim alten. Bei der Interpellation über die epidemische Genickstarre, die in Oberschlesien haust, las der Kultusminister eine Erklärung ab, die da besagt: die Regierung wisse zwar nichts über das Wesen der Krankheit, ein Grund zur Beunruhigung liege aber nicht vor. In einem geordneten Staatswesen liegt ein Grund zur Beunruhigung überhaupt nie vor; es ist taktlos und dumm von einer Bevölkerung, sich über eine Krankheit zu beunruhigen, über deren Wesen amtlich nichts bekannt ist.

Der neue Minister hielt seine Programmrede bei der Beratung eines Antrages auf Schaffung eines Volkswohlfahrtsamtes. Das preussische Abgeordnetenhause will die Volkswohlfahrt fördern! Und wie ernst es diese Aufgabe anpackt, beweist die gründliche Arbeit seiner Kommission für Verhinderung des Vergarbeiter-schutzes!

Das hohe Haus war überhaupt heute fabelhaft sozial. Selbst die Wanderarmen will es heben, finanziell und sittlich. Vorwiegend sittlich. Der Abgeordnete Rabe von Rappenheim hielt eine Rede über den Segen der Arbeit und das Wort Carlyles: „Arbeiten und nicht verzweifeln“! Die Herren sahen dabei so verzweifelt aus . . .

Deutsches Reich.

Der Kaiser ist im Verlaufe seiner Mittelmeer-Reise nach Neapel gelangt, wo er vom italienischen König begrüßt wurde. Es wurden Schiffe besichtigt und Ausfahrten durch die Stadt unternommen. Ansprachen sind bisher nicht gehalten oder doch nicht übermittelt worden.

Sinnlose Schmähungen

entladet der Berliner Korrespondent der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ in einem Artikel über Marokko gegen den „Vorwärts“. Bebel erhält den Lobspruch eines „verschämten Anlaufs zur Anerkennung deutscher Interessen in Marokko“, während dem „Vorwärts“ „natürlich der infernalische Schatten eines Verdachts deutschnationaler Regungen besonders zutwider sein muß“, weshalb er nur „kräftig die französische Tricolore schwingt“. Wir sollen Herrn Delcassé „als das unerreichte Muster eines glänzenden Staatsmannes“ feiern, wir sollen die Pariser Interessen mit einer verblüffenden Ungemerttheit vertreten“ u. s. f. „Wo hat man, fragt das Blatt, in Deutschland etwas von dem „tofernden Mann“ vernommen, mit dem der „Vorwärts“ auf die französischen Gemüter einwirken will?“

Es ist die alte Methode geflüstelter Unterschlagung der wirklichen Anschauungen der Sozialdemokratie, die wieder gelobt wird zu dem edlen Zweck, die peinlich empfundene Kritik der auswärtigen Politik als „unpatriotisch“ und als „Förderung des Auslands“ zu verunglimpfen. Es ist der offiziöse Patriotismus, dem die Aufgabe gestellt ist, die internationalen Verhältnisse der gegenwärtigen Reichspolitik in Genialitäten ungeschwindeln.

Zum Unheil des Mannes der „Allg. Ztg.“ sind alle seine Unwahrheiten bereits von uns festgestellt worden, noch ehe er sie verübt. Wir haben aus früheren Anlässen schon nachgewiesen, daß wir die Vertretung der deutschen wirtschaftlichen Interessen in Marokko so wenig ablehnen, daß wir vielmehr bedauern, sie sei nicht schon zu rechter Zeit und in sachentsprechender Weise erfolgt, — womit zugleich der Versuch, Bebel und den „Vorwärts“ in Gegensatz zu setzen, in sich zusammenfallen mußte für jeden, dem an der Wahrheit liegt. Wir haben auch niemals Herrn Delcassé als glänzenden Staatsmann gefeiert, wir haben vielmehr begründet, warum die französische sozialistische Presse mit vollem Recht gegen Delcassé Stellung nimmt. Wir haben allerdings nicht gemeint, daß weil Herr Delcassé eine auswärtige Politik treibt, welche für Frankreich schädlich ist, die auswärtige Politik des Grafen Bülow für Deutschland vortrefflich sein müsse. Und wenn die Herren der „Allg. Ztg.“ vom „tofernden Mann“ in der verflochtenen Marokko-Woche nichts vernommen haben, so sind ihre Hörgänge durch die Gewohnheit des Theaterlärms, ohne welchen im neuesten Deutschland der politische Betrieb unmöglich ist, zu bewunderungswürdiger Abhängigkeit geblieben.

Köstlich ist es, daß die „Allg. Ztg.“, da sie uns beschuldigt, Pariser Interessen zu vertreten, sich zugleich auf die französische sozialistische Presse berufen zu dürfen glaubt, weil diese gegen die auswärtige Politik ihrer Regierung vorgeht. Nach dem Unverstand, den die „Allg. Ztg.“ gegen uns aufweist, möchte sie folgerichtig die französische sozialistische Presse verunglimpfen, daß sie kräftig die schwarz-weiß-rote Fahne schwingt. Herr Delcassé wenigstens hält die Haltung der französischen Sozialisten für ebenso wenig patriotisch, wie die „Allg. Ztg.“ die unfreie. Was aber, wenn deutsche Sozialdemokraten es tun, ein Verbrechen gegen den Patriotismus ist, das wird, wenn französische Sozialisten es tun, der höchsten Anerkennung wert!

In der Tat sind die deutschen Sozialdemokraten ebenso sehr und ebenso wenig „patriotisch“, wie die französischen Sozialdemokraten. Diese verurteilen die auswärtige Politik Delcassés, welche Frankreich an Russland ausliefert und Deutschland vernachlässigt, mit dessen Völkern der französische Sozialismus zu stets besseren Beziehungen zu gelangen erhofft. Die deutsche Sozialdemokratie verurteilt aufs schärfste die Marokko-Angelegenheit des Grafen Bülow, weil ohne vernünftigen Anlaß eine beklagenswerte Verschärfung der deutsch-französischen Beziehungen hervorgerufen sowie für das herrschende Frankreich der Anlaß gegeben wird, den Rückhalt der zarischen Allianz zu sichern.

Ein infames Kaserneübel.

Recht üble Verhältnisse zwischen den älteren Mannschaften und den Rekruten förderte am Donnerstag eine Verhandlung vor dem Berliner Kriegsgericht der I. Garde-Division zutage. Auf der Anklagebank saßen sechs sog. alte Jünglinge, die Grenadiere Ved. Kad., Kistelhorn, Widmann, Jarbig und Berninger, welche sich wegen gemeinschaftlicher vorläufiger körperlicher Mißhandlung von Rekruten, sowie der Unteroffizier, Fähnleinführer Wotho v. Sklar, der sich wegen schuldhafter Verabstimmung der ihm obliegenden Beaufsichtigung Untergebener zu verantworten hatte. Am 12. vorigen Monats desertierte der Rekrut Stuhl von der 1. Kompanie des 4. Garde-Regiments zu Fuß. Am folgenden Tage wurde er jedoch schon wieder im Tegeler Forst aufgegriffen. Als Grund zu seiner Flucht aus der Kaserne gab er an, daß er häufig von den alten Leuten mißhandelt worden sei. Die Untersuchung ergab denn auch, daß die Rekruten oft von den alten Leuten geschlagen wurden. Am meisten hatte hierunter Grenadier Kuhl, der im Dienst etwas schwerfällig war, zu leiden. Am Abend des 11. März schloß auf der Stube 85/86 eine Lampe. Die alten Leute befahlen den Rekruten, die Lampe zu suchen, stellten sich dann mit erhobener Kloppeitsche an der Tür auf und schlugen auf die hinausgehenden Rekruten ein. Auf Stube 88 mißten die Rekruten unter die Betten kriechen, um die Lampe zu suchen. Auch hierbei wurden sie mit Füßtritten und Schlägen mit der Kloppeitsche traktiert. Als Kuhl dann wieder zurückgekommen war, befahl man ihm, unter dem Bett sein Spindelschild zu suchen, und auch bei dieser Gelegenheit wurde der Grenadier mißhandelt. „Wenn die Hammeln (Rekruten) herunterkommen und den Tisch haken wollen, werden wir sie schon verpöhlen.“ Hiermit waren zwei Rekruten einer anderen Kompanie gemeint, welche bald darauf in das Zimmer traten und einen Tisch holen wollten. Auch diese erhielten beim Hinaustragen des Tisches Stöße und Schläge mit der Kloppeitsche. Kuhl wurde auch in vielen Einzelfällen von vier der Angeklagten durch Ohrfeigen, Fußtritte usw. mißhandelt. Das Kriegsgericht verurteilte nach längerer Verhandlung die angeklagten Grenadiere von drei bis zu zwölf Tagen Gefängnis und sprach den Angeklagten Jarbig frei. Gegen Unteroffizier v. Sk. wurde auf einen Tag Gefängnis verurteilt.

Auch in diesem Fall ist das schändliche Treiben erst durch die Desertion eines Gemisshandelten offenbar geworden und zur Bestrafung gelangt. Die Bestrafung aber ist überaus milde ausgefallen. Es ist eine Schande sondergleichen, daß sich ältere Soldaten dazu hinreichen lassen, Rekruten zu peinigen und zu mißhandeln, anstatt sie hilfreich zu fördern.

Parteiliebe des Zentrums. Aus München wird berichtet: Der bayerische Reichsrat und Reichstagsabgeordneter Professor Freiherr von Hertling hat im „Sozialland“ eine Abhandlung über „Politische Parteibildung und soziale Schichtung“ veröffentlicht. Darin kommt folgender Passus vor: „Eine große Wirtschaft braucht einen Hausknecht — Schlamm ist es nur, wenn der Hausknecht den Herrn spielt und den Ton angibt.“ Die „Neueste Nachr.“ meint dazu: Freiherr v. Hertling will durch seine Abhandlung zweifellos an der bayerischen Zentrumsherrschaft Kritik üben, es sei bekannt, daß die Führung der bayerischen Zentrumspartei sich gegenwärtig in den Händen eines Mannes befindet, den man mit Herrn v. Hertling als „Hausknecht“ bezeichnen dürfte. Zu dieser Glosse bemerkt nun der „Bayer. Kur.“: „Wie können aus Achtung vor Freiherrn v. Hertling nicht annehmen, daß er in so geschäftiger und niedriger Weise einem ihm vielleicht mißliebigen Parteigenossen und Reichstagskollegen nahe treten wollte. Wenn aber das der Fall wäre, dann bedauern wir aufrichtig Freiherrn v. Hertling, daß er sich eine so schmuckvolle Waise geben konnte.“

Neue Mutige Scharmügel in Südafrika.

Nach Meldung des Generalleutnants v. Trotha überfiel Leutnant Müller auf dem Marsch von Olabandja nach Ojhangwe bei Fundo mehrere Hereroverbände, nahm 20 Männer und 21 Weiber gefangen und erbeutete mehrere Gewehre. Nach Angabe eines Händlers sollen sich Friedrich und Wilhelm Maharero sowie Traugott, der Sohn Tjietos, nach Abgabe der Waffen auf einer englischen Polizeistation östlich Kieffontein (Nord) befinden. Auf einem Patronenriff südlich des Gudup fielen am 31. März drei Reiter der 2. Ersatz-Kompanie, einer wurde verwundet. Major v. Etorff hatte am 23. März in Avadaob die Meldung erhalten, daß Spuren von Hotientotten bei Kowise-Koll, aus östlicher Richtung kommend und in nordöstlicher Richtung weiterführend, beobachtet seien. Er vermutete daher, daß ein Raubzug gegen Aminuis geplant sei, und entsandte die 3. Kompanie Regiments 2 mit 1 Geschütz dorthin. Die Vermutung war richtig gewesen; Oberleutnant v. Waehr mit 31 Reitern der 4. Kompanie stieß am 25. März vier Kilometer südlich Aminuis auf eine 150-200 Mann starke Hotientottenbande und hatte ein schweres Gefecht, bei dem 1 Sanitätsbeamter, 1 Unteroffizier, 4 Reiter fielen und 1 Unteroffizier, 5 Reiter verwundet wurden. Ein Reiter wird vermisst. Wahrscheinlich infolge der Annäherung der 3. Kompanie ging der Feind eiligst in die Richtung auf Kowise-Koll zurück. Meldung über seine Verluste fehlt noch. Die 3. Kompanie verfolgte, konnte den Gegner aber nicht mehr einholen und kehrte nach Avadaob zurück. Major v. Etorff tritt nunmehr den Vormarsch auf Sebai an. Das Hauptquartier verbleibt bis auf weiteres in Sebai.

Das sind abermals neun Tote, ein Vermisster und sieben Verwundete!

Berlin, 6. April. Ein amtliches Telegramm aus Windhuk meldet: Reiter Karl Eisenmann, geb. 2. 8. 82 zu Badnang, am 28. März 05 in Kranken-Sammelstelle Gochas an Typhus gestorben. Am 2. April 05 bei Bakriem erschossen aufgefunden: Unteroffizier Heinrich Worman, geb. 25. 9. 80 zu Gemünden, Reiter Rudolf Werner, geb. 9. 8. 82 zu Berlin.

Ausland.

Schweiz.

Volksabstimmung über Verfassungsrevision.

Luzern, 31. März. (Sig. Ber.) Am Sonntag, 2. April, haben die Stimmberechtigten des Kantons Luzern über ein Initiativbegehren der liberalen Partei abgestimmt, das die Ergänzung der Verfassung durch Aufnahme folgender Grundzüge verlangt: Reduktion der Mitglieder der Regierung von sieben auf fünf, Einführung der Gesetzgebungsmotivierung, Vervollständigung der Kantonshauptstadt, die auch den Rücktritt der Regierungsräte aus dem Verwaltungsrat von Aktiengesellschaften zur Folge hätte, Volkswahl der Statthalter (Vandräte), Revision des Steuergesetzes, Ueberlassung eines Viertels der Abgaben für Getränke und Wirtschaften sowie der Markt- und Hausiergebühren an die Gemeinden. Die beiden Postulate: Gesetzgebungsmotivierung und Vervollständigung der Kantonshauptstadt, während sie die übrigen Forderungen ablehnt und bekämpft. Die sozialdemokratische Partei unterstützt einzelne Postulate des Initiativbegehrens, während sie die anderen ablehnt. Eine besondere Agitation hat sie aber auch für die Annahme der ersteren nicht entfaltet, sie steht der ganzen Aktion der Liberalen feindlich gegenüber. — Im Kanton Argau soll durch Volksabstimmung am nächsten Sonntag eine urdemokratische Einrichtung, die aber

heute nicht mehr zweckmäßig scheint, abgeschafft werden, nämlich die Vornahme der Wahlen und der Abstimmung über Vorlagen in den amtlichen Gemeindeversammlungen, Referendumsversammlungen genannt. Das bezügliche Initiativbegehren will die Gemeindeversammlung durch die Wahl- und Stimmurne ersetzt wissen. Der Große Rat und die Regierung wollen für Verfassungsänderungen und die Steuererhebung die Referendumsversammlung beibehalten. Wahrscheinlich liegt das Initiativbegehren, dessen Annahme unter den obwaltenden Umständen ein Fortschritt wäre. —

Frankreich.

Eine wunderliche Verschwörungsgeschichte

befähigt zurzeit die Pariser Polizei. Von welcher Person oder Partei die „Verschwörung“ eigentlich ausgeht, hat bisher noch nicht ermittelt werden können. Nur das Faktum des entdeckten Putsch-Planes soll angeblich feststehen. Die Verschwörer haben etwa 500 alte Grasgewehre beiseite geschafft. Die Polizei besitzt auch eine Liste derjenigen Leute, für die diese Gewehre bestimmt waren. Es sind dies zumeist ausgebildete Unteroffiziere und Kolonialsoldaten, die von einer unter der Leitung eines gewissen Sunau stehenden Kolonialgesellschaft angeworben worden waren unter dem Vorwande, daß man ihnen in Südafrika, wo die Gesellschaft große Ländereien besitze, Stellung verschaffen wolle. Die Polizei glaubt, daß die Verschwörer den phantastischen Plan gehabt haben, sich im Eifsee des Präsidenten Louvet zu bemächtigen.

Nach einer weiteren Meldung sind der Polizei bis jetzt acht am Komplott beteiligte Personen bekannt. Als Hauptkomplotteur gilt ein Hauptmann Tamburini. Von seinen Hintermännern weiß man noch nichts. Die Polizeipräsidentur dementiert ausdrücklich gestrige Blättermeldungen, wonach bei dem Obersten Marchand als vermittelnden Komplizen Hausdurchsuchungen vorgenommen worden seien. Ferner wird versichert, daß die Entdeckung der Verschwörung eine Verstärkung der Wachen des Eifsees und der Rationalbank keineswegs habe notwendig erscheinen lassen.

Ob am Ende der „Kaiser der Sahara“ seine Annektionsgelüste auch auf Frankreich selbst ausgedehnt hat? —

Paris, 6. April. (B. L. Z.) Senat. Bei der Beratung des Kriegsbudgets erklärt Kriegsminister Derville, die sich aus der Herabsetzung der Dienstzeit ergebenden Mehrausgaben würden für dieses Jahr nur ungefähr 20 Millionen Franz betragen.

Deputiertenkammer. In der fortgesetzten Beratung des Gesetzes betreffend Trennung von Staat und Kirche befürwortet der Berichterstatter Briand (Soz.) die Annahme der Vorlage, die eine wahrhaft liberale Reform darstelle. Redner weist die Notwendigkeit der Trennung nach und gibt zu, daß an der Vorlage einige Abänderungen vorgenommen werden könnten.

Italien.

Attentatsankündigung gegen den „Avanti“.

Rom, 6. April. (Privattelegr. des „Vorwärts“.) Der liberale-konservative Abg. Macola, bekannt als Duellmörder des Radikalen Caballotti, wurde im gestrigen „Avanti“ heftig angegriffen. Heute übersendet Macola der Redaktion ein Schreiben, in dem er droht, den Verfasser des gestrigen Artikels niederzuschießen zu wollen wie einen toten Hund. Der „Avanti“ erwartet ruhig den Besuch des mordlustigen Lummels.

Die Deputiertenkammer nahm in geheimer Abstimmung mit 213 gegen 46 Stimmen den deutsch-italienischen Handelsvertrag an. —

Amerika.

Aus Kanada. Von Zeit zu Zeit wird in Kanada das Thema einer Angliederung an die Vereinigten Staaten erörtert. Die gelegentlich als wirtschaftliche Notwendigkeit hingestellt wird. Durch die amerikanische Zollpolitik, die auf Kanada wenig Rücksicht nimmt, soll aber der Gedanke einer vollständigen Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten sehr gestärkt worden sein, trotzdem manche gerade das Gegenteil davon erwarteten. — Unterdessen sieben sich jährlich viele Tausende von amerikanischen Farmern in Kanada, besonders im Nordwesten des großen Gebietes an. Im vorigen Jahre kamen 46 000 und im laufenden Jahre werden 60 000 Einwanderer aus den Vereinigten Staaten erwartet, wie der erste Inspektor der Einwanderungs-Agenturen Kanadas vor kurzem bekannt machte. Die Northern Pacific Eisenbahngesellschaft hat ausnahmsweise die Frachttarife für die Hochfesten, Gerätschaften und Maschinen der Farmer, die nach dem Nordwesten Kanadas gehen, um die Hälfte ermäßigt. Die Eisenbahnen und Landbesitzer tun ihr Möglichstes, um Anwerber heranzuziehen. Viele Farmer kommen aus Iowa, Illinois, Minnesota, Nebraska und Kansas und lassen sich verlocken durch die Aussicht, jungfräulichen Boden für 10 Dollar pro Acre (etwa ein Morgen) zu kaufen, während sie ihre alten Farmen mit 50 bis 150 Dollar pro Acre verkaufen. Trotzdem machen sie oft einen schlechten Kauf, aber die Auswanderung nach Kanada dauert an. —

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 6. April 1905, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

In den Ausschuss für die Vorlage betr. eine Aenderung in der Benutzung der Wasseranstalt zu Nummernburg sind u. a. auch gewählt die Stadtv. Dr. Bernstein, Stadthagen, Tols. Dorf (Soz.).

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Ende Februar er. verlagte Beratung der neuen Steuerbockschläge, welche der Ausschuss auf Grund der betreffenden Magistratsvorlage gemacht hat. Die Erörterung über die Einführung einer Lustbarkeitssteuer war abgeschlossen. Der Ausschuss hatte ferner u. a. empfohlen, die kommunale Grundsteuer dahin zu reformieren, daß sämtliche Grundstücke nach dem Maßstabe des gemeinen Wertes besteuert werden; dabei sollte der Magistrat die Angängigkeit einer höheren Besteuerung des unbebauten Grundbesitzes in Erwägung ziehen.

Da der Referent Stadtv. Haberland noch nicht anwesend ist, wird der Gegenstand einstweilen zurückgestellt.

Die Wahl des Stadtv. Baurat Herzberg ist vom Wahlprüfungs-Ausschuss mit 5 gegen 3 Stimmen für ungültig erklärt worden, weil die Wehrzeit, gestützt auf ein oberverwaltungsgerichtliches Erkenntnis, annimmt, daß Herr Herzberg, der sich mit seiner Familie in Wilmersdorf niedergelassen hat, in Berlin eine Niederlassung nicht mehr besitzt.

Referent Stadtv. Liebnecht: Wegen die Wahl ist ein Protest nicht eingegangen. Die Prüfung ist mit der denkbarsten Vorsicht vorgenommen worden, da mangels eines Protestes eine weitere Nachprüfung nicht stattfindet und die Kassierung der Beschlüsse der Versammlung in den Wahlfragen Kerfin und Leis eine besondere Warnung war. Die Hauptfrage ist, ob Herr Herzberg auch einen Wohnsitz in Berlin hat. In der Liste des Wahlbureau wird Herzberg als Bernburgerstr. 14 Wohnhaft geführt. Er wird nach seinem Verzuge nach Wilmersdorf als Forense in Berlin besteuert. Er hat ausdrücklich erklärt, daß er den Wohnsitz in Berlin beizubehalten gedenke. Die Berliner Wohnung liegt im Hinterhause, Hof, zwei Treppen, ist ein Raum mit Bett und Waschklosette, Tisch und Stühlen, und dieser Raum ist abgemietet von den Geschäftsräumen der Firma Börner u. Herzberg. Das Bett ist, wie durch Recherchen sich ergeben hat, kein Bett, sondern ein Schlafsofa von ziemlich mangelhafter Beschaffenheit. (Heiterkeit.) Fraglich ist, ob Herr Herzberg den Wohnsitz in Berlin aufgegeben hat; einen Wohnsitz an mehreren Orten kann man nach dem bürgerlichen Gesetzbuch, § 7, haben. Wenn jemand zwei verschiedene Wohnungen hat, fragt sich,

ob die Wohnungen derart sind, daß zwei verschiedene Wohnsitz dadurch begründet werden können. Die Erklärung, die Niederlassung nicht aufzugeben, ist nur dann von Bedeutung, wenn ihr nicht tatsächliche Momente entgegenstehen. Das Ober-Verwaltungsgericht hat in dem Falle des gräflich Schaffgotsch'schen Verwalters Dr. Stephan-Deußen entschieden, daß die drei Zimmer, welche dieser Herr nach seinem Verzuge in einen Vorort in der Stadt beiseite hielt und von wo aus er seine sämtlichen Geschäfte betrieb, ohne sich abzumelden, und wo er seine Steuern weiter bezahlte und seine Ehrenämter weiter wahrnahm, daß diese Wohnung keine Niederlassung im Sinne des Gesetzes sei. Der Fall liegt also ganz analog dem Falle Herzberg. Die Niederlassung blieb auf den bloßen Geschäftsbetrieb und die öffentliche Tätigkeit des Dr. Stephan beschränkt, führt das erwähnte Erkenntnis aus; somit sei diese Wohnung keine Niederlassung und die Erklärung des Dr. Stephan unwirksam, da ihr die Tatsachen entgegenstehen. Es kommt also darauf an, daß die ganze Persönlichkeit des Betreffenden ihren Mittelpunkt in dem Wohnsitz hat; es kann da keine dauernde Trennung zwischen privaten, Familien- und beruflichen Tätigkeiten Platz greifen. Hier aber handelt es sich nicht etwa um ein bloß vorübergehendes Verziehen der Familie des Herrn Herzberg nach Wilmersdorf. Ein bloßes Absteigequartier und Geschäftsbureau können nicht als Wohnsitz angesehen werden. Die allgemeine Gerichts-Ordnung von 1845 steht auf demselben Standpunkt und auch die Notize zum bürgerlichen Gesetzbuch bieten dafür Material im Sinne des Ausschuss-Antrages. Ein doppelter Wohnsitz kann nur angenommen werden, wenn an beiden Orten eine eingerichtete Wirtschaft besteht und an beiden Orten die gesamte Lebensstätigkeit des Domizilianen gleichmäßig sich abspielt. Das Gutachten, welches die Rinderheit sich vom Justizrat v. Gordon hat ausfertigen lassen, geht davon aus, daß Herr Herzberg den Willen, die Niederlassung aufzugeben, nicht bekundet habe; Tatsachen, welche dem entgegenstünden, seien nicht vorhanden, denn er erledige von den Berliner Räumen aus einen großen Teil seiner geschäftlichen, privaten, öffentlichen und gefelligen Angelegenheiten. Diese Voraussetzungen sind aber gänzlich unzutreffend. Keiner der Gesetzeskommentatoren läßt auch nur die Möglichkeit offen, im Falle Herzberg zwei Wohnsitz anzunehmen. Die Ausschussmehrheit ist somit zur Kassierung der Wahl gekommen. (Beifall.)

Stadtv. Galland (A. L.): Meine Fraktion kommt aus rein rechtlichen Erwägungen aus der Ueberzeugung, daß die Wahl Herzberg rechtsbefähigt ist. § 7 U. G. verlangt eine Erklärung über die Aufhebung des Wohnsitzes; ohne diese Erklärung bleibt die Vermutung der Fortsetzung des bestehenden Rechtsverhältnisses bestehen. Das Reichsgericht hat in einem Erkenntnis von 1901 ausgesprochen, daß es durchaus nicht notwendig ist, daß die gesamte persönliche und wirtschaftliche Tätigkeit des Betreffenden sich an dem Wohnsitz abspielt. Herr Herzberg ist eng mit Berlin verknüpft, ist seit Jahrzehnten Berliner Bürger; er hat bewußtweise dieses Zimmer gemietet, um den Zusammenhang mit Berlin aufrecht zu erhalten. Der Unterschied zwischen Stephan und Herzberg liegt in der persönlichen Ruance. Der letztere hat es von der Pike auf zu einem Vermögen gebracht (Wachen bei den Sozialdemokraten), aber seine Einfachheit und Schlichtheit beibehalten.

Stadtv. Dr. Preuß (Soz.-fortsch.): Wir entscheiden heute über eine Frage von sehr erheblicher präjudizeller Tragweite. Ob wir bei der Entscheidung souverän sind, ist nach dem Zuständigkeitsgesetz zweifelhaft; der Magistrat kann event. das Verwaltungsstreitverfahren gegen unseren Beschluß einleiten. Daß eine gerichtliche Prüfung möglich ist, sollten wir begründen, denn die Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidung wohnt unserer Versammlung doch im höchsten Sinne tatsächlich nicht bei. Nach den bestehenden Gesetzen genügt es nicht, daß man einen geschäftlichen Wohnsitz hat, sondern es ist die Niederlassung die Voraussetzung für das Bürgerrecht und für die Wahlfähigkeit. Unsere Versammlung hat auch, weder im Falle Kerfin noch im Falle Leis besondere richterliche Autorität bewahrt. (Unruhe.) Das von Herrn Galland angeführte Reichsgerichts-Erkenntnis sagt uns gar nichts Neues und entscheidet namentlich nicht die Frage, ob Herr Herzberg einen doppelten Wohnsitz hat. Wenn es bloß an der Willenserklärung läge, würde ja Herr Herzberg den Berliner Wohnsitz behalten, selbst wenn er auch das Zimmerchen wieder aufgäbe.

Stadtv. Ledewig (A. L.) protestiert gegen das merkwürdige Verhalten eines Freundes der Selbstverwaltung, gegen die Souveränität der Versammlung schon jetzt Magistrat und Oberpräsident anzurufen. Der Fall liegt außerordentlich schwierig und die Analogie mit dem Fall Stephan sei nur eine ganz oberflächliche. Es sei eine reine Lauffrage, ob hier ein doppelter Wohnsitz vorhanden ist. Redner hofft, daß die Wehrzeit sich für die Gültigkeit der Wahl erklären wird.

Stadtv. Singer (Soz.): Von allen diesen juristischen Ausführungen kann ich nur sagen: Wir sind von alledem so dumm, als gingen wir ein Rüstrod im Kopfe herum. (Heiterkeit.) Wenn wir auf den Boden der Wirklichkeit zurückkehren, bleibt nur die Frage übrig: Ist die Wohnung in der Bernburgerstraße ein Wohnsitz? Ich wage die Behauptung, daß der Baurat Herzberg diese Stube nicht haben würde, wenn er nicht Stadtvorordneter von Berlin sein wollte. Wenn das Gesetz einen solchen Wohnsitz vorschreibt, so sage ich: Was da als Wohnsitz bezeichnet wird, ist nicht sein Wohnsitz! Wenn Herr Herzberg wirklich einmal abends spät geschäftlich in Berlin aufgehalten wird, kommt er mit den hiesigen Verlebensgelegenheiten fast ebenso schnell nach Wilmersdorf, wie nach der Bernburgerstraße. Diese gehört also nicht zu den aus dem Berufe hervorgehenden Notwendigkeiten für Herrn Herzberg, sondern sie ist genommen zu dem Zweck, um den Mangel eines Wohnsitzes zu maskieren. Solange das Gesetz besteht, müssen wir, zur Entscheidung über seine Handhabung berufen, entscheiden, wie es der gesunde Menschenverstand verlangt, und dürfen uns nicht auf Listeleien einlassen. Wie stehen denn die Wähler zu dieser Frage? (Aufe: Es ist doch kein Widerspruch erhoben worden.) Natürlich nicht; wahrscheinlich haben die Wähler, als sie ihn wählten, nicht gewußt, daß er im Juli schon nach Wilmersdorf verzogen war, sondern haben geglaubt, er wohne nach wie vor in der Margaretenstraße. Die Wähler sollen also von uns verurteilt werden, durch einen Mann vertreten zu werden, der tatsächlich nicht in Berlin wohnt! Herr Galland hat unnötig die persönlichen Eigenschaften des Herrn Herzberg in die Debatte gezogen. Es ging Herrn Galland wie manchem Juristen; wer zu viel beweisen will, beweist zu wenig. Aus der Bescheidenheit des Herrn Herzberg hat er und nachdemigen wollen, daß es das erstrebenswerte Ziel auch vermögender Leute sein sollte, solche Absteigequartiere als Wohnsitz zu nehmen. (Heiterkeit.) Die Wahl ist keine Wahl, welche den Voraussetzungen der Städte-Ordnung entspricht, weil die Stube in der Bernburgerstraße kein Wohnsitz im Sinne des Gesetzes ist. Mit seiner Andeutung wegen der Aufsichtsbekörderung hat Herr Preuß nur sagen wollen, daß wir Beschlüsse fassen müssen, die der Prüfung standhalten können. Sie würden ein Präjudiz der allerschwerlichsten Art schaffen. Hier will man einen Mann der Versammlung erhalten; in einem anderen Falle könnte an der Persönlichkeit des Betreffenden der Versammlung gar nichts liegen und dann wäre sie durch dieses Präjudiz gebunden.

Stadtv. Preuß: Die Denunziationen, die mit Herr Ledewig unterzieht, liegt mir wirklich völlig fern. Mit meinem Hinweis auf den Magistrat habe ich mich um die Selbstverwaltung gerade verdient gemacht. Die bona fides dessen, der mir einen solchen Vorwurf öffentlich zu machen wagt, muß ich geradezu bestreiten.

Stadtv. Gassel (A. L.): Herr Preuß hat, natürlich unbeschränkt, doch den Zweifel an die Hand gemalt. Herr Singer will zum Unterschied von seinem Parteifreund Liebnecht die Frage nicht als Rechtsfrage, sondern nach dem gesunden Menschenverstand entscheiden. Sie muß als Rechtsfrage entschieden werden, dabei braucht aber der gesunde Menschenverstand nicht auszuscheiden. (Heiterkeit.) Ich stehe völlig auf dem Boden des Gutachtens des Dr. v. Gordon. Nur bei der Begründung, nicht beim Aufgeben eines Wohnsitzes sind alle die Erwägungen anzustellen, welche Herr Liebnecht und Herr Preuß angestellt haben. Wir haben uns daher für die Gültigkeit entschieden. Der Hinweis auf die Fälle Kerfin und Leis ist wertlos, weil diese Sachen noch beim Ober-Verwaltungsgericht schweben.

Stadtv. Dr. Gelpke (Fr. Fr.) schließt sich den Ausführungen von Cassel, Galland und Wabewitz an.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortschritt.): Wenn der Redner und seine Gewährsmänner recht haben, hat sich das Ober-Vollzugsgericht im Falle Stephan des schwersten Rechtsirrtums schuldig gemacht. Die Sozialdemokraten sind als Richter in dieser Frage um so mehr unbefangene, als sie nie Aussicht haben werden, im Tiergarten, dem reichsten Viertel Berlins, in der ersten Abteilung gewählt zu werden. (Beifall.)

Stadtv. Cassel lehnt es für sich und seine Freunde ab, dem Räte des Dr. Nathan folgend, den Sozialdemokraten das sacrificium intellectus zu bringen.

Das Schlusswort des Referenten, der die angeführte Reichsgerichts-Entscheidung als dem Standpunkte der Ausschussmehrheit keineswegs widersprechend bezeichnet, wird allmählich durch immer stärker werdende Unruhe der Reichheit überdönt. Auf den Ruf: Ruhe! von den Vätern der Sozialdemokraten tritt nur für kurze Zeit verhältnismäßige Stille ein.

In namentlicher Abstimmung wird die Wahl mit 62 gegen 88 Stimmen für gültig erklärt.

Da es inzwischen 1/2 Uhr geworden ist, beschließt die Versammlung, die Fortsetzung der Steuerdebatten von der heutigen Tagesordnung abzuheben.

Nach Erledigung einer Reihe von Vorlagen ohne allgemeines Interesse wird der Magistratsrat beraten, der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft zu Preisen für ihre 20. Wanderausstellung 1906 in Schöneberg 20 000 M. zu bewilligen.

Stadtv. Borgmann (Soz.) ersucht um Ablehnung der Vorlage. Die bisherigen Ausstellungen hätten mit großen Defizits geendet. Die Gesellschaft diene in der Hauptsache dem Großgrundbesitz und sei auch dem Bunde der Landwirte tributpflichtig. Die Ausstellung finde zudem nicht in Berlin, sondern in Schöneberg statt, da möge man das reiche Schöneberg in Anspruch nehmen. (Beifall.)

Stadtv. Gronewaldt (K. L.) tritt für den Magistratsantrag ein. Die Ausstellung werde Hunderttausende von Besuchern nach Berlin führen. Nicht die Agrarier, sondern die Berliner Bürger würden die 20 000 M. in Wahrheit erhalten.

Stadtv. Ramsdau: Zu den Kosten der Ausstellung tragen wir nicht bei, sondern wir wollen einen Beitrag zu den Prämien leisten. Im Jahre 1894 hat Berlin auch noch den Treptower Park für die Gesellschaft hergegeben.

Stadtv. Thieme (Fr. Fr.) tritt ebenfalls dem Stadtv. Borgmann entgegen. Berlin sei auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Maschinenwesen tonangebend, was hier sehr in Betracht komme. 1894 habe die Gesellschaft in Berlin nicht etwa ein großes Geschäft gemacht, sondern das bis dahin größte Defizit erlebt.

Stadtv. Borgmann: Herr Thieme als Fabrikant von Düngemitteln hätte doch besser getan, sich an der Debatte nicht zu beteiligen. Die Gesellschaft hat ihren Hauptstützpunkt in ihrer wirtschaftlichen Abteilung, aus der sie soviel heraus schlägt, daß sie noch den Bund der Landwirte subventionieren kann, alles andere ist immer Verlust. Ob Berlin diese 20 000 M. leistet oder nicht, der erhoffte Fremdenzustrom wird doch kommen.

Stadtv. Vorst. Dr. Langerhans: Sie können der Gesellschaft doch nicht, wenn sie nach Berlin kommt, alle Unterstützung versagen. Von jeder Ausstellung in Berlin haben doch auch die Bürger Vorteile. Aber das ist Nebenache gegenüber dem großen Zweck der Förderung der Landwirtschaft.

Stadtv. Singer: Die landwirtschaftlichen Vereine haben Geld genug, um ihre Veranstaltungen selbst zu bezahlen. In einer Zeit, wo gerade die Städte von den Agrariern so schwer bedroht sind, wo die Ernährer der Arbeiter zugunsten der Agrarier geradezu verschlechtert wird, haben wir am allerwenigsten Veranlassung, einer solchen Gesellschaft ein Präsent zu machen. Ich beantrage, die Vorlage in einem Ausschuss vorzubereiten.

Stadtv. Thieme erklärt, schon vor 15 Jahren aus der Gesellschaft ausgeschieden zu sein, deren Mehrheit übrigens dem Bunde der Landwirte nicht angehöre.

Stadtv. Borgmann bezweifelt die Beschlußfähigkeit. Die Beschlußfähigkeit wird festgestellt. Schluß 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages beschloß am Donnerstag mit der Beratung des Totalisatorgesetzes, das eine Unterdrückung des privaten Wettbüros zum Ziele hat. Die Regierung wünscht nicht, wie der Landwirtschaftsminister v. Pöhlitz erklärte, daß außerhalb der Rennplätze überhaupt Rennwetten gemacht werden; wenn jemand zu den Rennplätzen hinauswölge, um dort zu wetten, dann dürfe man annehmen, daß er gegen seinen Obolus für die Förderung der Landesveredelung opfere. Die Diskussion war sehr lebhaft, da Minister v. Pöhlitz sich eine Verständigung sehr angelegen sein ließ. Nur Kennzeichnung des Standpunktes der sozialdemokratischen Partei verweigerte Abg. Singer auf die von ihm in der ersten Lesung des Gesetzes abgegebene Erklärung: Wenn die Mittel so aufgebracht würden, wie wir vorschlagen, dann würden auch wir einer Pflege der Landesveredelung nicht entgegenstehen; aber wir würden unsere Hand nicht dazu bieten, die Veredelung durch Mittel zu fördern, die unserer Meinung nach verwerflich sind. Durch den Totalisator werde das Spiel förmlich sanktioniert. Darum verhielten wir uns nach wie vor ablehnend gegen den Gesetzentwurf.

Börsenkommission, Sitzung vom 6. April. Paragraph 68a, Schuldner aus einem Börsentermingeschäft, auf das § 51 Absatz 3 und § 60 zutreffen, soll noch bis sechs Monat nach erhaltener Rechnung das Recht zustehen, die Erfüllung zu verweigern. Singer und Genossen (Soz.) beantragen, statt sechs Monate „zwei Wochen“ zu sagen. Andere Anträge, die meist die Pflicht zur Erfüllung einschränken wollen, sind von Burslage und Genossen (Z.) und Camp eingebracht. Semler plädiert wieder lebhaft dagegen, daß solche Geschäfte kurzerhand für nichtig erklärt werden. Wie könne denn ein niedriges Geschäft durch Zeitverlust Gültigkeit erlangen? Regierungskommissar Demps verweist auf analoge Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Ehe. (Zwischenruf: Also Ehe-Termingeschäft!) Bernstein (Soz.) kritisiert § 68a. Nachdem man bereits den Kreis der Personen, welche für diese Art Geschäfte haftbar sein sollen, beschränkt hat, will man hier auch noch diesen eine geradezu unerhörte Befreiung über die Anerkennung von solchen Geschäften einräumen, die für sie ungültig verlaufen. Denn Geschäfte, bei denen er gewinnt, wird niemand nachträglich die Anerkennung verlangen. Dispositionsfähige Leute, die gewöhnlich oder berufsmäßig Geschäfte aller Art machen, also genau wissen, was sie tun, sollen nachdem sie schon Abrechnung über die Erledigung des Geschäftes erhalten haben, noch sechs Monate Zeit haben, die Anerkennung des Geschäftes zu verweigern. Biersohn Tage sei eine vollauf hinlängliche Frist. Herold begründet, Staatssekretär Posadowsky bekämpfe die Anträge des Zentrums. Was sie verlangten, sei beispiellos. Dove legt die juristischen Aenderungsanträge und den Paragraphen selbst stimmen, hofft, daß aus der ganzen Sache nichts wird. Regierungsdirektor Wendelstedt macht ihm klar, daß er nicht weiß, worum es sich handelt. Hält Antrag Singer und Genossen für zu weitgehend. Hält dann aus, daß an der Proporzunterstützung Termingeschäfte gemacht werden, die alle Beteiligten für nötig halten, von denen aber zu befürchten ist, daß das Reichsgericht sie eines Tages auf Grund des jetzigen Gesetzes auch für nichtig erklären wird. Aufträge und Depeschen wanderten in immer größerer Zahl ins Ausland. Reventlow sucht darzulegen, daß er doch weiß, worum es sich handelt und beantragt, Debatte über § 48a wieder aufzunehmen. Dies wird abgelehnt, dagegen nach kurzer Debatte beschlossen, über den Paragraphen

ber Geschäfts, für die der Bundesrat die Formen festgesetzt hat, nicht als verbotene Termingeschäfte betrachtet wissen will — jetzt abzustimmen. Die Abstimmung ergibt Ablehnung mit zehn gegen neun Stimmen. Semler greift die Regierung wegen ihrer schwächlichen Haltung an, Posadowsky beteuert, daß es der Regierung mit der Vorlage überaus ernst sei. Herold erklärt, daß es sich beim Terminhandel in Getreide nicht nur um Schutz der Unerfahrenen, sondern um ein Verbot aus wirtschaftlichen Gründen handelt (d. h. um Agrarierinteressen!) Singer will der Regierung glauben, daß es ihr mit dem Gesetz ernst sei, sie zeige aber nur nicht genug Ernst, sondern greife nach allem, was nach etwas aussieht, wovon sie sich aber sagen muß, daß es wertlos sei. Er stehe auch nicht auf dem Standpunkt des alles oder nichts, wolle aber kein Gesetz, das unter dem Schein einer Verbesserung die wirkliche Verbesserung aufhält. Der jetzige Zustand sei unhaltbar, lasse man ihn noch eine Weile andauern, dann werde die Regierung durch die Gewalt der Umstände genötigt sein, energisch vorzugehen. Er stimme Semler zu, daß es nötig sei, Verträge gegen die Jubilatur des Reichsgerichts und die Herabdrückung der Begriffe Spiel und Wette in die Entscheidung über vollwirtschaftlich notwendige Geschäfte zu bringen. Die Frist von sechs Monaten für Einrede gegen abgewidmete Geschäfte komme dieser Jubilatur viel zu weit entgegen. Mit derselben Logik könne man eine Karenzzeit für die Haftbarkeit in Strafsachen einführen. Das sei kein Gesetz für alle, sondern ein Gesetz für privilegierte Klassen. Statt der Unsicherheit, die man durch die Bestimmung herbeiführe, solle man lieber gleich ein Verbot erlassen. Obgleichs würden schon jetzt viele Geschäfte in der Form des Kaffageschäftes gemacht, die faktisch Termingeschäfte seien. Aus allem, was die Regierungsvertreter gesagt, ergeben sich die Notwendigkeit kurzer Fristen, wie sie der sozialistische Antrag verlangt. Regierungskommissar v. Horst verteidigt die Regierung gegen Singer und polemisiert gegen Herold unter Hinweis auf Krisenfälle. Posadowsky: Die Regierung sei durch die Bedingungen des Parlamentarismus zu ihrem Verhalten gezwungen. Hätte sie eine bürsefreundliche Mehrheit, so würden keine drei Tage vergehen und eine andere Vorlage eingebracht werden. Kampf kennzeichnet die Fristbestimmung als das Recht, sich sechs Monate zu überlegen, ob man wie ein Schachmann handeln will. Vorlage reklamiert dies Recht im Namen des deutschen Volkes. Nachdem noch Herold sich bereit erklärt hat, für andere Termingeschäfte die Nichtigkeit durch Anerkennung aufheben zu lassen, wenn für Termingeschäfte in Getreide die Nichtigkeit absolut bleibt, wird erst der Antrag der Sozialisten und dann die Regierungsvorlage mit allen gegen fünf Stimmen (Sozialisten und Freisinnige) abgelehnt, dann ein Antrag Camp, der die Regierungskommission agrarisch verschlechtert und Antrag Burslage durch Streichung eines Satzes den Agrariern noch mündgerechter gemacht, fällt aber in der Schlussabstimmung mit neun gegen neun Stimmen ab. Nach welchem erproblichen Resultat die Kommission ihre fruchtbare Arbeit bis nach den Osterferien verlegt.

Wahlprüfungs-Kommission. Es wurde von der Kommission die Nachprüfung der Wahl des Abg. v. Deryn (L.) im Wahlkreise Ludenwalde-Jauch-Beitzig bezüglich des ziffermäßigen Ergebnisses vorgenommen. Trotz der festgestellten massenhaften Verfälschungen und der daraufhin vorzunehmenden Kästereien von Stimmen verbleibt dem Abgeordneten von Deryn noch eine Mehrheit von circa 300 Stimmen. Die Kommission beschloß daher die Wahl für gültig zu erklären und stellte den Bericht fest. Ferner wurden folgende Verichte festgestellt: 1. über die Wahl des Abgeordneten Professor Panni (Soz.) Ober-Varnimer Wahlkreis. Die Wahl wird beanstandet und Erhebungen beschlossen wegen der vorgenommenen amtlichen Wahlbeeinflussung; 2. über die Wahl des Abg. Brunstermann (L.) im Wahlkreis Schaumburg-Lippe. Die Wahl wird für gültig erklärt.

Bei der Nachprüfung der Wahl des Abg. Schläter (L.) im Wahlkreise Schwiebus-Grosen-Jüllichau wird rechnerisch festgestellt, daß unter Berücksichtigung aller erheblich befundenen Unregelmäßigkeiten Schläter nur 8455 Stimmen verbleiben, während die absolute Mehrheit 8493 Stimmen beträgt. Die Wahl wird demnach beanstandet und Erhebungen beschlossen. Im Falle der Bestätigung der geringsten Vorkommnisse müßte die Wahl für ungültig erklärt werden.

Aus Industrie und Handel.

Wasserkraftanlagen bei Lausenburg a. Rh. Seit mehreren Jahren schon wird die Ausnutzung der Wasserfälle bei Lausenburg am Rhein zur Erzeugung elektrischer Kraft geplant, doch konnte sich bisher die badische und schweizerische Regierung über die Ausbeutung (der Ort liegt an der Grenze beider Staaten) nicht einigen. Jetzt haben sich, wie die „Allg. Ztg.“ erfährt, die schweizerische und die badische Regierung auf Grund einer mehr als anderthalbjährigen Prüfung dahin geeinigt, die Konzession zur Errichtung eines Wasserwerkes bei Lausenburg am Rhein an die geeigneten Firmen Heben und Guilleaume, Karlsherrl Mühlheim a. Rh. und Schweizerische Druckluft-Elektrizitätsgesellschaft Bern zu erteilen. Mit dem Bau des auf 50 000 Pferdekrafte berechneten Riesenwerkes soll begonnen werden, sobald die von badischer Seite noch ausstehenden förmlichkeiten erledigt sind. Es soll die Wasserkraftanlage errichtende Firma auf ausdrücklichen Wunsch der badischen Regierung in den Konzessionsbedingungen angehalten werden, auf die wichtigsten durchführbaren Wünsche der badischen Handels- und Handwerkskammern eingehende Rücksicht zu nehmen.

Mit des Jolkarischen Strenges machte, so schreibt man uns aus Baden, eine Offenburger Fabrikantenfirma recht empfindliche Bekanntheit. Das Groß-Badische Hauptsteueramt der an der Schweizergrenze gelegenen Station Singen stellte fest, daß die Seidenfabriker Bohringer in Offenburg durch Bezug von Seide aus der Schweiz sich einer Zollhinterziehung (§§ 135, 149 des Vereinsollgesetzes) schuldig gemacht habe. Die vorentschlichen Abgaben berechnen sich mit 1380 M.; die Strafe beziffert sich nach dem vierfachen Betrag der Abgabe, wurde also auf 5520 M. festgesetzt; schließlich ist auf Erlegung des Einziehungswertes der Seide von 20 571 M. erkannt worden. Der Fabrikant ließ eine Entscheidung des Landgerichts herbeiführen und machte geltend, daß die doppelte gezinnte Seide, um welche es sich handelt, nicht zollpflichtig sei. Das Urteil bestätigte den Strafbescheid des Hauptsteueramtes.

Nachwirkungen des transatlantischen Schiffsabtriebes. Haben auch die großen deutschen Schiffsahrtgesellschaften, besonders der Norddeutsche Lloyd, durch den Schiffsabtrieb im vorigen Jahre manchen Schaden erlitten, so doch lange nicht im gleichen Maße wie ihre Konkurrenten, die Cunard-Linie. Ihr Jahresabfluß ergibt nur einen Gewinn von 80 213 Pfund Sterling, zu dem die Verwertung weiterer 75 000 Pfund aus der Reserve hinzugefügt. Nach Abzug von 130 802 Pfund. Sterl. für Abnutzung der Schiffe und Wertes sowie von 6423 Pfund. Sterl. für Versicherung und nach Zahlung der Einkommensteuer bleibt nur ein Ueberschuß von 7429 Pfund. Sterl. Eine Dividende gelangt nicht zur Auszahlung. Die Verwaltung erklärt: „Die Aktionäre wissen, daß die Gesellschaft im vergangenen Jahre gezwungen war, sich gegen eine außerordentliche Opposition zu verteidigen. Vor einem oder zwei Jahren bildete sich ein Verband aus einer Anzahl der wichtigsten transatlantischen Passagier-Linien zwischen England und den Vereinigten Staaten. Dieser Verband schloß auch ein Bündnis mit den in gleicher Weise tätigen festländischen Linien. Die Folge dieses Bündnisses war, daß die Cunard-Linie isoliert und in ihrer Stellung ernstlich bedroht wurde. Es blieb ihr nichts anderes übrig, als von ihrem Abkommen mit den Linien über die Passagierpreise zurückzutreten und sich so Handlungsfreiheit zu sichern. Dieser Rücktritt hatte einen allgemeinen Angriff der verbündeten Linien auf die Cunard-Gesellschaft zur Folge. Die betreffenden Linien begannen einen Fahrpreiskrieg, durch den sie selbst und die Cunard-Linie große Verluste erlitten.“ Gut rentiert hat sich auch bisher die Cunard-Linie nicht; doch verteilte sie immerhin in den letzten drei Jahren 4 Proz. Dividende.

Die Marokkofrage vor dem englischen Unterhaus.

London, 6. April. (W. T. B.) La bouche (liberal) fragt, ob die englisch-französische Konvention der deutschen Regierung amtlich bekanntgegeben worden sei und ob irgendwelche späteren Mitteilungen über die Konvention zwischen Großbritannien und Deutschland ausgetauscht wurden. Redner stellt weiter die Anfrage, ob irgend ein Vertrag bestünde zwischen Deutschland und Marokko, der Deutschland besondere Handelsrechte und Privilegien sichere und, wenn dieses der Fall sei, ob diese Rechte analog wären denen, die Großbritannien durch die im Jahre 1856 zwischen England und Marokko abgeschlossene Konvention zugestanden seien, und ferner, ob der Sultan von Marokko noch das Recht habe, Verträge, durch die Handelsrechte zugestanden werden, mit anderen Ländern abzuschließen, die nicht beteiligt wären an der englisch-französischen Konvention.

Unterstaatssekretär Carl of Perch erklärt: Die englisch-französische Erklärung vom 8. April 1904 ist der deutschen Regierung offiziell nicht mitgeteilt worden, und zwischen der britischen und der deutschen Regierung sind keine Mitteilungen betreffend diese Erklärung, soweit sie sich auf Marokko bezog, erfolgt. Der Sultan von Marokko beteiligte sich an der Erklärung nicht, die ein unabhängiges Abkommen zwischen der französischen und der britischen Regierung war, das sich auf die beiderseitigen Interessen in jenem Lande bezieht. Der Vertrag zwischen Deutschland und Marokko vom Jahre 1890 ist analog dem Vertrage zwischen England und Marokko vom Jahre 1856.

Gibson Bowles (L.) fragt: Sind Mitteilungen an Deutschland erfolgt in betreff anderer Teile des englisch-französischen Abkommens? — Carl of Perch erwidert: Es haben keine Mitteilungen an Deutschland stattgefunden außer in betreff des Dekrets des Khehive.

Der Finanzminister Austen Chamberlain erklärt, daß jetzt Verhandlungen zwischen der chinesischen Regierung und den Vertretern der Mächte bezüglich der Art der Bezahlung der chinesischen Kriegsschuldigung im Gange wären. Bis die Verhandlungen abgeschlossen seien, könne er keine Auskunft über den jährlichen Betrag der Abschlagszahlungen geben, die England erhalten werde.

Das Oberhaus hat die dritte Lesung des Gesetzes angenommen, welches die Regierung ermächtigt, in Zeiten, wo die Militärs durch eine besondere Proklamation zum aktiven Dienst bei den Bahnen einberufen ist, Militärmannschaften auch von vornherein für den Dienst im Auslande anzuwerben.

Trinksprüche.

Neapel, 6. April. (W. T. B.) Heute Abend fand im Palazzo Reale eine Galastafel statt, bei der der König von Italien einen Trinkspruch ausbrachte. Er begrüßte den deutschen Kaiser. Von politischem Interesse ist nur der folgende Passus des Trinkspruches:

„Auf diese Weise befestigt sich noch mehr das gegenseitige Band der innigen Freundschaft, das für die beiden verbündeten Völker ein Pfand des Friedens und einer gedeihlichen Zukunft darstellt. Mit diesen Gefühlen im Herzen und mit warmsten Wünschen erhebe ich das Glas und trinke auf das Wohl und die Gesundheit Eurer Majestät erhabenen Familie, die in Hinsicht auf das bevorstehende glückliche Ereignis von Freude erfüllt ist, sowie der edlen deutschen Nation, der treuen Verbündeten Italiens.“

Der König sprach italienisch. Der Kaiser antwortete in deutscher Sprache mit einem Trinkspruch, dessen politischer Gehalt folgendermaßen lautet:

„Ein festes und sicheres Pfand des Friedens ist der Dreibund und unsere verbündeten Völker erfreuen sich der schönsten Entfaltung ihrer Kräfte unter seinem Schutze. Auf die treue Bundesgenossenschaft und innige Freundschaft Italiens und seines erhabenen Monarchen festbauend leere ich mein Glas auf Eurer Majestät Wohl, das Eurer Majestät, des Thronerben und der gesamten königlichen Familie mit meinem Gruß an das mit so sympathische italienische Volk.“

König Eduards Besuch in Frankreich.

Calais, 6. April. (W. T. B.) Der König von England ist heute nachmittags 1 Uhr 40 Minuten hier eingetroffen und nach kurzem Aufenthalt nach Paris weiter gefahren.

Bierresitte, 6. April. (W. T. B.) Präsident Loubet traf in Begleitung des Generals Dubois und des englischen Wotchschafters kurz vor 6 Uhr nachmittags auf dem hiesigen Bahnhof ein. Bald darauf kam der Zug an, der den König von England von Calais brachte. Der König, der bei vorzüglicher Gesundheit schien, zeigte sich entschloßen, Hauptes an der Tür des Wagens und reichte dem Präsidenten die Hand, indem er ihm seinen Hand ausdrückte, daß er zu seiner Begrüßung erschienen sei. Die Menge, die sich auf dem Bahnhofe angesammelt hatte, brachte Hochrufe auf die Republik und König Eduard aus. Präsident Loubet bestieg den Wagen des Königs und verweilte dort in freundschaftlicher Unterhaltung mit dem König. Bei der Abfahrt des Zuges erneuerten sich die Kundgebungen der Zuschauermenge.

Paris, 6. April. (W. T. B.) Der Zug mit dem Könige von England und dem Präsidenten lief um 6 Uhr 35 Minuten auf dem Lyoner Bahnhofe ein. Der König und der Präsident verließen den Wagen. Der König reichte dem Präsidenten die Hand und dankte ihm nochmal für seine Begleitung, während der Präsident die Öffnung aus sprach, den König bald wieder begrüßen zu können. Der Präsident verließ darauf den Bahnhof. Um 7 Uhr 10 Minuten erfolgte die Abreise nach Marseille.

Paris, 6. April. (W. T. B.) Die Deputiertenkammer hat die Generaldiskussion des Gesetzentwurfes betreffend Trennung von Staat und Kirche beendigt.

Stockholm, 6. April. (W. T. B.) Das „Amtsblatt“ veröffentlicht eine Erklärung, die der Kronprinz-Regent in einem gestern stattgehabten gemeinsamen Staatsrate abgegeben hat. In der Erklärung fordert der Kronprinz die Staatsräte der beiden Königreiche auf, unverzüglich und ohne an früheren Gesichtspunkten festzuhalten, freie und freundschaftliche Verhandlungen über die neue Ordnung aller gemeinsamen Angelegenheiten wieder aufzunehmen auf der Grundlage, daß vollständige Gleichstellung für beide Länder gesucht und verwirklicht werden müßte. Der Weg, auf dem man mit gutem Willen von beiden Seiten zu einer alle Parteien befriedigenden Lösung gelangen können, sei folgender: ein gemeinsamer Minister des Aeußeren, Schwede oder Norweger, der beiden Königreichen oder einer gemeinsamen Institution verantwortlich ist; besondere Konsuln für jedes Königreich mit der Maßgabe, daß die Konsuln bezüglich aller Angelegenheiten, die die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten betreffen, dem Ministerium des Aeußeren unterstehen. Sollte im Laufe der Verhandlungen eine andere Form für die Organisation der gemeinsamen Angelegenheiten gefunden werden, selbstverständlich unter Beibehaltung der Gemeinsamkeit in der Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten, die eine unumgängliche Bedingung für das Bestehen der Union sei, so werde er auch diese in erste Erwägung ziehen.

Reichstag.

180. Sitzung vom Donnerstag, den 6. April 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratliche: Frh. v. Stengel, Dr. Stuebel. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend Aufhebung des § 42 Nr. 6 des Reichs-Beamtengesetzes vom 31. März 1873.

Abg. Kaas (Antif.): Trotz der beängstigenden Finanzlage stimmen wir der Vorlage zu, weil wir es für ein Gebot der Gerechtigkeit halten, auch den hohen Reichsbeamten zu gewähren, was Preußen seinen Beamten gewährt.

Der Gesetzesentwurf wird hierauf in erster und zweiter Lesung angenommen.

Hierauf wird der Antrag Büsing (natl.) und Genossen betreffend Aenderung der Grundbuchordnung in dritter Beratung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Ergänzungen für den Reichshaushalt und den Etat der Schutzgebiete. Die Kommission beantragt Bewilligung unter Abziehung von 100 000 M. an der Forderung von 200 000 M. für Bauten in Kamerun zur Unterbringung der zwei neu hingefandten Kompanien.

Beim Etat für Südwestafrika weist

Abg. Ledebour (Soz.)

darauf hin, daß der Kolonialdirektor Stuebel in der Kommission erklärt habe, daß die Behandlung der Hereros nach Beendigung des Aufstandes nach einer offenen Frage sei, daß man aber die Prinzipien der Humanität dabei anwenden würde. Viel wichtiger als diese Versicherung ist aber der Satz, daß unter keinen Umständen den Hereros das Land, das sie früher im Besitz gehabt haben, wiedergegeben werden könne.

Wir können und doch unmöglich auf den Standpunkt der unzüchtigen Völker von Asien und Afrika stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun macht es für diese Frage auch absolut keinen Unterschied, ob die Hereros und Hottentotten ihr Land im Stammesbesitz oder im Individualbesitz haben. Tatsächlich kennen sie ja nicht den Privatbesitz an Grund und Boden. Und es war die erste schreiende Ungerechtigkeit, daß man unsere Rechtsinstitutionen, unsere Auffassungen vom Grundbesitz schematisch auf die Afrikaner übertragen hatte.

Wir erheben Protest dagegen, daß dieser Krieg irgendwie ausgenutzt wird, um die Eingeborenen ihrer Eigentumsverhältnisse zu berauben. Wir wünschen, daß die Reichsregierung sich unter keinen Umständen zu einem derartigen Raubsystem hinreißen läßt.

Die Budgetkommission und der Reichstag stehen der Kolonialverwaltung mit gebundenen Händen gegenüber. Sie kann fordern, was sie will und beruft sich einfach auf die Erklärungen der Leute an Ort und Stelle. Im einzelnen ist eine Nachprüfung der Berechtigung solcher Forderungen fast nie möglich. Bis jetzt sind bereits 196 Millionen für Südwestafrika weggeworfen. Wir sind aber noch lange nicht am Ende der Ausgaben angelangt, selbst wenn die Dambos trotz der beständigen Drohungen der Kolonialinteressenten nicht in den Krieg getrieben werden sollten.

Abg. Dr. Arendt: Herr Ledebour würde recht haben, wenn es sich um einen Krieg zwischen zivilisierten Völkern handelte. Davon ist hier aber keine Rede. Vieken wie den Hereros ihr Land, so würden sie uns das nicht als Zivilisierten, sondern als Schwäche auslegen. Dann würden sie bei nächster Gelegenheit wieder über unsere deutschen Landesteile herfallen.

Abg. Frh. v. Nichte-Hausdorff (L.): Der Abg. Ledebour hat als Dozent des Völkerrechts begonnen und als Kaufmann geschlossen. Völkerrechtlich fällt das Eigentum des einen Staates im Kriege an den siegreichen. (Lärm bei den Sozialdemokraten: Das ist aber neu!) Aber vor allem protestieren wir dagegen, daß die Lehren des Völkerrechts auf diese Verhältnisse Platz greifen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Die Hereros haben jedenfalls in diesem Aufstande so furchtbare Leiden durchgemacht, daß, wenn sie schließlich die Erlaubnis erhalten, sich wieder anzusiedeln, sie nach ihren eigenen Erfahrungen nicht annehmen können, daß darin Schwäche oder Furcht der deutschen Verwaltung ausgedrückt sei, um so weniger, als sie noch entworfen werden. Mit der Furcht, sich schwach zu zeigen, kann man übrigens die barbarischen Mißhandlungen des überwindenen Feindes rechtfertigen. Aber gerade bei den unterworfenen Völkern, die in furchtbarer Weise drangaliert werden, ist die Gefahr von Aufständen und späteren Kriegen viel größer. Die beiden Vordenker haben ausgeführt, daß auf die ausständischen Hereros das Völkerrecht nicht anwendbar sei. Aber die humane, dem Völkerrecht entsprechende Behandlung ausständischer hat sich z. B. nach dem amerikanischen Sezessionskriege ausdifferenziert. Darum sollten auch wir nicht nur kriegsführenden Staaten, sondern allen Völkern gegenüber die Grundzüge der Humanität walten lassen. Unsere Stellung zum Eigentum der Hereros entspricht vollkommen unserer Gegnerschaft zum privaten Besitz an Grund und Boden überhaupt. Gerade bei den Hereros haben wir noch den Stammesbesitz, den wir in Form des Gemeinbesitzes an Grund und Boden bei uns einführen wollen. Um so schärfer bekämpfen wir es, wenn man den Hereros ihren Grund und Boden unter allerhand Fiktionen zugunsten einzelner Kapitalisten nehmen will.

sich dieses unheilvollen Besitzes möglichst bald wieder entäußern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Latmann (Antif.): Herr Ledebour hat bei seiner Berechnung des Wertes ganz die Bedeutung Südwestafrika als Bergbauland übersehen. Für die barbarischen Mißhandlungen, die Herr Ledebour anföhrt, tritt niemand, auch nicht der größte Kolonialfreund ein, im übrigen stehen gerade den Sozialdemokraten solche Vorwürfe am wenigsten an, ich erinnere an die Greuel der Kommune. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Wir alle bedauern die Ausgaben für den unglücklichen Krieg. Aber das ist kein gerechter Krieg, den die Eingeborenen gegen uns führen. Es mögen ja Fehler gegen die Hereros gemacht sein, aber liegt denn daselbe vor gegen die Hottentotten? Nein! Hendrik Witboi ist von uns gehätichelt worden, er hat uns bei seinem Gotte, er war guter Christ, Treue geschworen, und dann hat er doch den Aufbruch gegen uns entfaßt.

Abg. Ledebour (Soz.): Ich bestreite es dem Abg. Paasche, daß die Deutschen dort friedliche Kulturarbeit getrieben hätten. Die Deutschen haben den Eingeborenen das Land in unverantwortlicher Weise abgenommen. Das ist, Herr Abg. Latmann, in einer Menge von Broschüren festgelegt, und sogar in der Regierungsdenkschrift selbst. Was Hendrik Witboi anlangt, so mag er ein ebenso guter Christ sein wie Sie, Herr Abg. Paasche. (Große Heiterkeit.) Aber die Deutschen haben ihm gegenüber die Felle geschrien. (Stürmisches Lachen im größten Teile des Hauses.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt: je weniger Afrika, desto besser, nachdem aber deutsches Blut in Südwestafrika noch immer in Gefahr schwimmt, können wir nicht umhin die Mittel zu gewahren, um Verhütung in diese Kolonie zu bringen. Wenn aber Herr Paasche sagte: Von den Grundbesitzern der Gerechtigkeit und Humanität könne den Hereros gegenüber nicht die Rede sein (vehementen Widerspruch bei den Nationalliberalen), so muß ich betonen, daß wir auch dem schlimmsten Feind gegenüber der Gerechtigkeit und Menschlichkeit nicht entsagen können. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Mir ist es nicht eingefallen, eine derartige Behauptung aufzustellen. Als Herr Ledebour sagte, man solle den Hereros gegenüber human verfahren und ihnen ihr Land wiedergeben, habe ich lediglich erwidert, wenn man den Grausamkeiten der Hereros gegenüber Gerechtigkeit walten lassen wollte, müßte man sie als Raubmörder am nächsten Baume aufhängen. Damit schließt die Debatte.

Der Nachtragsetat für Südwestafrika wird bewilligt. Beim Nachtragsetat für Kamerun protestiert Abg. Dr. Sidelum (Soz.) gegen die in der Vorlage angewandte Form der Etatierung. Es ist eine starke Zumutung an den Reichstag, daß er glauben soll, diese Verklärung sei nur für ein einziges Jahr berechnet. Aber nur unter dieser Voraussetzung wäre es zulässig, ihre Kosten unter die einmaligen Ausgaben zu legen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich kann mich den Ausführungen des Abg. Dr. Sidelum nur anschließen. Da uns in der Kommission keinerlei weitere Aufklärungen gegeben worden sind und da wir in Wäde Gelegenheit haben werden, und aufs eingehendste mit Kamerun zu beschäftigen, wenn hier, wie leider zu erwarten, uns Vorlagen über dortige Eisenbahnbauten zugehen, so verzichte ich heute darauf, in eine eingehende Diskussion einzutreten. Ich bin aber nicht davon überzeugt, daß das Vorgehen der Regierung in Kamerun richtig ist. Wir sind dort dem diskretionären Ermessen von Handelsgesellschaften preisgegeben, denen die Regierung Vollmacht erteilt hat, ihr Interessengebiet so weit auszudehnen, wie sie wollen. Wir müssen die Verantwortung für Schritte tragen, die nicht der Entscheidung der Reichsverwaltung unterstehen. Das schlimmste ist, daß die Gesellschaften einfach ihre Profite einstreichen, ohne irgend etwas zu den Kosten der Unterhaltung der Schutztruppe beizutragen. (Bravo! links.)

Abg. Frh. v. Tiedemann (Abg.) erhebt Widerspruch. Der Geschäftsbildungsantrag Dr. Müller-Sagan ist also abgelehnt. Das Haus tritt in die Beratung der Petitionen ein. Der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen petitioniert 1. um eine Reichsstatistik über die im Handelsgewerbe beschäftigten weiblichen Personen; 2. um Gleichstellung der im Handelsgewerbe angestellten weiblichen Personen im Handel bezüglich ihrer Ausbildung; 3. darum, daß Prinzipale, die wegen unbilliger Handlungen an ihrem weiblichen Personal gerichtliche Strafen erlitten haben, fernerhin keine weiblichen Angestellten mehr halten dürfen. Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Latmann (Antif.) stimmt der Kommission bezüglich des ersten und zweiten Abzuges zu, wünscht aber Ueberweisung des dritten Abzuges an den Reichskanzler als Material.

Abg. Ruten (B.) beantragt, daß Absatz 1 zur Berücksichtigung bei der allgemeinen Berufszählung überwiesen werde, die beiden anderen Anträge als Material überwiesen werden.

Alle drei Teile des Antrages Ruten und damit auch der Antrag Latmann werden angenommen.

Eine weitere Petition verlangt Schutz der Zivilmusiker gegen die Konkurrenz der Militärmusiker.

Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material. Abg. Thiele (Soz.) beantragt, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Es sei geradezu standalös, wie die Militärmusiker gegenüber den Zivilmusikern begünstigt würden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus beschließt nach dem Antrage der Kommission.

Eine Petition auf Beseitigung der Theaterzensur wird auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) abgelehnt.

Eine Petition des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine wünscht Erlass eines Gesetzes über die Errichtung von Arbeitsnachweisen.

Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material.

Abg. Thiele (Soz.): Die Petition wünscht Arbeitsnachweise für alle Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. An der Verwaltung sollen Arbeiter und Unternehmer gleichmäßig beteiligt sein. Wir können dem Beschlusse der Kommission nur zustimmen.

Das Haus beschließt Ueberweisung als Material.

Bei der Beratung der Petition betreffs Gewährung von Schadenersatz für den Verlust von Pferden infolge vermeintlicher Einschleppung von Brucille durch Militärpferde legt Abg. Fries (natl.) dem Hause die bezüglichen Verhältnisse dar.

Nachdem ein Regierungskommissar den ablehnenden Standpunkt der Militärverwaltung begründet hat, beschließt das Haus nach dem Antrage der Kommission Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Eine Petition des Verbandes der deutschen Baugewerbe-Verufsgenossenschaften und des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die sich gegen die Einstellung von Arbeiterkontrolluren und für die Wankontrolle durch die einzelstaatlichen Staatsbeamten ausspricht, beantragt die Kommission dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Abg. Lesche (Soz.): Wir bitten, die Petition nicht als Material zu überweisen, denn wie die Revision jetzt geübt wird, ist sie entschieden ungenügend. Die Revisionsbehörden machen das förmliche Rechenexempel, daß sie die Zahl der wirklich revidierten Betriebe mit der Zahl der dabei interessierten verschiedenen Berufsgenossenschaften multiplizieren. (Heiterkeit.) Eine Revision durch Arbeiterkontrolluren ist dringend notwendig. Wir beantragen Uebertragung zur Tagesordnung.

Sitzpräsident Dr. Paasche läßt über den Antrag Lesche abstimmen und konstatiert Minderheit, obgleich das Zentrum und die zahlreich vertretenen Sozialdemokraten dafür stimmten. Hierauf läßt er über den Antrag der Kommission abstimmen, gegen den nur das Zentrum und die Sozialdemokraten stimmen und muß wiederum Minderheit konstataren. (Weiterkeit im ganzen Hause.) Es ist also kein Beschluß zustande gekommen.

Eine Petition betr. Aenderung der Verordnung über den Betrieb der Wäckerien und Konditorien wird dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Eine weitere Petition betr. die Stilllegung von Kohlenzechen im Ruhrrevier wird auf Antrag Bebel (Soz.) abgelehnt.

Zur Ueberweisung als Material empfiehlt die Kommission eine Petition betr. Zulassung des freien Verkehrs mit Futtermittel-Viehpulver.

Abg. Reich (L.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung über diese Petition. Mit dem Verkauf derartiger Futtermittel, welche die kleinen Landwirte viel zu teuer bezahlen müßten, werde ein arger Schwindel getrieben.

Das Haus beschließt Uebergang zur Tagesordnung.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Dritte Lesung der Aenderung des Beamtenpensionsgesetzes und der Ergänzungssetats. Schluß 4 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

174. Sitzung vom Donnerstag, den 6. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Studt.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation der Abgg. Faltin (B.) und Genossen:

„Ist es der königlichen Staatsregierung bekannt, daß in Oberschlesien die Genidstarre epidemisch auftritt? Welche Maßnahmen hat die königliche Staatsregierung dagegen ergriffen und gedenkt sie dagegen weiter zu ergreifen?“

Kultusminister Dr. Studt erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung der Interpellation hebt Abg. Faltin (B.) große Verbreitung der Genidstarre in verschiedenen Kreisen Oberschlesiens hervor.

Kultusminister Dr. Studt: Auf die ersten Anzeigen von Erkrankungsfällen habe ich bereits am 9. Dezember v. J. den Regierungspräsidenten zu Oppeln zu einer eingehenden Berichterstattung aufgefordert. Damals handelte es sich um elf Erkrankungen an Genidstarre und es wurden umfassende Maßnahmen zur Verhütung der weiteren Ausbreitung der Seuche getroffen. Trotzdem ist sie auch in den Bezirken Breslau und Liegnitz aufgetreten. Bedauerlicherweise hat sich infolge der Epidemie der Bevölkerung eine große Unruhe bemächtigt. Zur Veruhigung möchte ich erwähnen, daß die Zahl der Erkrankungen in den letzten Wochen etwas abgenommen hat und zu hoffen ist, daß bei wärmerer Witterung die Seuche noch weiter zurückgehen wird.

Vor allem müssen die Erkrankten von den Gesunden möglichst gesondert werden, was freilich bei der großen Dichtigkeit der Bevölkerung sehr schwer durchzuführen ist. Die Behörden überwachen sorgfältig die Desinfektionsvorrichtungen in den Gemeinden. Wissenschaftliche Untersuchungen über die Seuche sind im Gange und eine Druckchrift über den Charakter der Seuche soll in der Bevölkerung verteilt werden. (Während der Ausführungen des Ministers herrschte große Unruhe im Hause, so daß sie auf der Tribüne nicht völlig zu verstehen waren.)

Da ein Antrag auf Besprechung der Interpellation nicht gestellt ist, so ist der Gegenstand damit erledigt.

Auf der Tagesordnung steht weiter der Kommissionsbericht über den Antrag des Graf Douglas (L.) auf Schaffung eines Volkswohlfahrtsamts.

Die Kommission beantragt, die Staatsregierung zu ersuchen, als behördliche Einrichtung zur Förderung der Volkswohlfahrt in Stadt und Land möglichst bald ein Volkswohlfahrtsamt zu schaffen, behufs ausgiebiger Mitwirkung des Volkelements ihm einen ständigen Beirat anzugliedern und die hierfür erforderlichen Mittel im Staatshaushalt bereitzustellen. Das Amt soll dem Staatsministerium unmittelbar unterstellt werden. Die Ernennung der Mitglieder und des Vorstehenden durch den König erfolgen. Dem Amt soll insbesondere obliegen: 1. Die Entwicklung der Volkswohlfahrtspflege im In- und Auslande zu verfolgen und darüber der Staatsregierung Bericht zu erstatten; 2. Wahrnehmungen, die ein Eingreifen oder eine Abänderung der Gesetzgebung oder der Verwaltungstätigkeit erforderlich erscheinen lassen, der Staatsregierung mitzuteilen; 3. auf Anordnung der Staatsregierung Gutachten zu erstatten, Vorschläge auszuarbeiten, und bei der Vorbereitung von Gesetzesentwürfen und Verwaltungsanordnungen mitzuwirken; 4. auf Anordnung der Staatsregierung bei größeren Unglücksfällen oder Krisen die freiwillige Hilfs-tätigkeit einleitend zu leiten.

Im Laufe der unerheblichen Debatte nimmt das Wort

Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg: Aus dem einmütigen Beschluß der Kommission und den Äußerungen der Vertreter der verschiedenen Parteien geht die Ueberzeugung hervor, daß eine weitere Ausgestaltung der Wohlfahrtspflege eine der ernstesten Aufgaben der Gegenwart bilden. Die Staatsregierung ist für diese Veranlassung dankbar und erblickt in den Vorschlägen zu dem Antrage eine höchst erfreuliche Uebereinstimmung der beiderseitigen Ansichten. Schließlich bildet die Förderung nationaler Volkskultur den Kern jeder staatlichen Maßregel oder sollte ihn bilden. Ich persönlich halte diejenigen Beamten für die tüchtigsten, welche den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in der Förderung der Volkskultur erblicken. (Beifall.) Zweifellos ist auf dem Gebiet der Volkswohlfahrtspflege, ganz abgesehen von der Tätigkeit der Staats- und Reichsbehörden, sehr viel geschehen, aber es bleibt auch noch sehr viel zu tun übrig. Der Abg. Goldschmidt hat ebenso interessante wie bewundernswürdige Zahlen über die Säuglingssterblichkeit angeführt, andere Redner haben auf andere Gebiete hingewiesen. Vielleicht ist mir eine Bemerkung allgemeiner Natur gestattet. Man hat in den letzten Jahrzehnten das Hauptgewicht gelegt auf die Fürsorge für die in irgend einer Beziehung Schwachen, auf die Verbesserung der Krankenhäuser, die Gründung von Heilanstalten und auf die Unterbringung von Siechen, Krüppeln usw. Persönlich will mir scheinen, daß man auch der gesunden Bevölkerung des Volkes gedanken muß. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden daraus nicht die Folge zu ziehen haben, daß wir in der Fürsorge für die Schwachen nachlassen, wohl aber die Lehre, daß wir bei der Förderung für die Gesunden Unterlassenes nachzuholen haben. (Beifall.) Schließlich sieht und fällt die Zukunft unseres Vaterlandes doch mit der Frage, ob es gelingt, ein vernünftiges und verzärgeltes oder ein körperlich starkes Geschlecht heranzuzüchten (Beifall), ob es möglich ist, in diesem corpus sanum eine sana mens (im gesunden Körper einen gesunden Geist) zu schaffen, d. h. eine mens, deren Bildungsbedürfnis nicht mit der letzten Klasse der Volksschule abschließt (Sehr gut!), für die die Ausbildung nationaler Charaktere eine selbstverständliche Aufgabe ist. (Beifall.) Auf diesem Gebiet der Volkswohlfahrtspflege, welche positive Werte schafft, indem sie vorhandene, gesunde Werte weiter entwickelt, gibt es unendlich viel zu tun und ich erwarte das Beste von der freien Tätigkeit des Volks. Der Durs nach der Befriedigung derartiger Bedürfnisse ist auch in den unteren Schichten ein viel größerer als allgemein geglaubt wird. (Sehr richtig! links.) Auf Details brauche ich nicht einzugehen. Welche Lücken insbesondere in der Fürsorge für die der Schule entwachsende Jugend, namentlich auf dem Lande, noch auszufüllen sind, weiß jeder, der darüber nachgedacht hat. (Sehr gut! links.) Je unabhängiger man sich da von Vorurteilen religiöser, politischer oder sozialer Art hält, um so mehr werden wir zu Fortschritten in dieser Richtung kommen können. Es steckt in allen solchen Bestrebungen ein gutes Stück Optimismus, und je mehr man sich da fern hält von jeder weltfremden Utopie, um so mehr wächst das Vertrauen zu der Entwicklungsfähigkeit menschlicher Art. Ohne dieses Vertrauen und diesen Optimismus möchte ich nicht an dieser Stelle stehen. (Beifall.)

Ich habe diese Bemerkungen vorausgeschickt, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, wenn ich einige kritische Bemerkungen zu dem Antrage mache. Es soll hier eine Behörde geschaffen werden für ein Gebiet, das so weit ist wie das menschliche Leben und keine Grenzen kennt, weil hoffentlich die Kulturbedürfnisse des Volkes fortgesetzt steigen. Mir scheint, da liegt die Frage nahe, ob ein Gebiet von so weitem Umfang überhaupt eine Zentralisation verträgt, ob das Amt das ihm in Masse zufließende Material praktisch wird verwerten können, ob seine Laborate in unserer Schäre, Vereins- und Kongregationszeit (Heiterkeit) noch die nötige Beachtung finden werden, ob der bürokratische Charakter, der durch den Antrag bekämpft werden soll, von den Maßnahmen des Amtes ferngehalten werden kann. Weiter ist es fraglich, ob die Tätigkeit des Amtes möglich sein wird ohne Weibungen mit den Faktoren, die sonst auf dem Gebiete tätig sind, wie z. B. der Zentralverein für Arbeiterwohlfahrt und das Rote Kreuz. (Sehr richtig! links.) Die Regierung wird auch prüfen müssen, inwieweit etwa bestehende Organisationen durch die Maßnahmen des Amtes unterdrückt werden und ob nicht den Leitern solcher Organisationen durch die Vermehrung des Schreibwesens die Liebe zur Tätigkeit gelähmt wird. (Sehr richtig! links.) Eine Behörde wird um so ausgiebiger in ihren Vorschlägen sein, je weniger sie für die Deduktion der Kosten zu sorgen hat. (Heiterkeit.) In Bezug auf die Einrichtung eines Bezirks wird geprüft werden müssen, ob man den ohnehin schon komplizierten Organismus unserer Behörden noch weiter erschweren soll. Jedenfalls hat die Kommission eine große Fülle von Anregungen gegeben und die Staatsregierung wird den Antrag ernsthaft prüfen. Die Regierung wird im Verein mit Ihnen an der Lösung der hier erörterten Aufgaben weiter arbeiten. (Beifall.)

Abg. Kunze (L.) weist darauf hin, daß die Milchzentrale in Berlin durch Verbesserung der Milch viel zur Verminderung der Säuglingssterblichkeit beigetragen habe. (Lachen links.)

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.): Die vom Abg. Kunze getriebene Wirtschaftspolitik ist geeignet, die Nahrungsmittel für die weniger bemittelten Bevölkerungsklassen zu verteuern. So ist auch die Berliner Milchzentrale mit der Absicht ins Leben gerufen, die Milch zu verteuern. (Widerstand rechts.)

Hierauf wird der Kommissionsantrag angenommen. Es folgt der Kommissionsbericht über den Antrag v. Bodelschwing (S. I. P.) betreffend die Fürsorge für arbeitsuchende mittellose Wanderer.

Die Kommission ersucht die Staatsregierung in einer Resolution, einen Gesetzentwurf zur Regelung der Fürsorge für mittellose Wanderer vorzulegen, wobei folgende Grundgedanken zur Berücksichtigung empfohlen werden: 1. In der Vorlage soll eine Bestimmung getroffen werden, daß die Regierung sich in angemessener Weise an den Kosten beteiligt, 2. zur Einrichtung, Unterhaltung und Verwaltung der Stationen sollen die Kreise verpflichtet werden, 3. zwei Drittel der Kosten hat die Provinz den Kreisen zu erstatten, das dritte Drittel entfällt auf den Kreis, in dem die Wanderstation liegt, 4. die Beförderung der mittellosen Wanderer nach den Stationen und Arbeitsstätten soll zu einem ermäßigten Eisenbahntarif erfolgen, 5. innerhalb der Provinz (Kommunalverband) soll eine Zentral-Arbeitsvermittlungsstelle errichtet werden.

Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg: Zweifellos ist sehr viel Leidtun in vielen vorhanden, die in zerlumpten Kleidern auf der Landstraße einhergehen, aber man kann doch die Frage aufwerfen, ob die Anzahl dieser Leute viel größer ist als die Zahl derjenigen Leichtsinningen, die in eleganter Kleidung auf den Postwägen verkehren. (Sehr richtig! links.) Man soll dem Arbeitslosen, aber arbeitswilligen Arbeiter zu vermitteln suchen und die arbeitsunwilligen zur Arbeit anhalten. (Sehr richtig!) Die Fürsorge in dieser Richtung muß hauptsächlich der freien Tätigkeit der Kommunalverbände überlassen bleiben. Die Errichtung von Stationen, wie sie der Antrag vorschlägt, ist Sache der Provinzen, nicht, wie der Antrag meint, der Kreise. Daß ich so schnell, wie der Abg. v. Bodelschwing es wünscht, einen Gesetzentwurf vorlegen kann, möchte ich bezweifeln. (Beifall.)

Abg. Brütt (fr.) empfiehlt einen Antrag, wonach der Staat zwei Drittel der Kosten der Stationen tragen soll.

Der Antrag Brütt wird abgelehnt, der Kommissionsantrag gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag, 11 Uhr (Antrag Camp über die Kostenminderungen; dritte Beratung des Ausführungsgesetzes zum Reichs-Scandalegesetz; Wahlprüfungen.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1904.

Nach der in Nr. 14 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten Jahresabrechnung hat sich der Verband auch im vorigen Jahre wieder in jeder Hinsicht günstig entwickelt. Die Mitgliederzahl ist von 160 135 auf 198 964 (191 762 männliche, 7202 weibliche) gestiegen.

Von der Zunahme treffen 87 195 auf die männlichen, 1634 auf die weiblichen Mitglieder. Die Kassenrechnung zeigt ein viel günstigeres Bild als in den früheren Jahren. Sie bilanziert mit 8 517 397,48 M. Die Reineinnahme ist 3 309 887,86 M. An ordentlichen Beiträgen wurden vereinnahmt 3 236 803,15 M., gegen 1903 Zunahme: 945 732,70 M. Das Vermögen des Verbandes hat sich von 911 635,24 M. um 631 777,89 M. vermehrt auf 1 543 353,13 M. An Unterstützungen wurden verausgabt für: Reise- und Unterstufung 829 394,39 M., Rechtschutz 58 205,67 M., besondere Notfälle 128 329,83 M., Umzugs-Unterstützung 19 800 M. Zusammen 1 028 631,28 M. Die Umzugs-Unterstützung trat erst am 1. Juli 1904 in Kraft. Die Ausgaben für Streiks sind in Wirklichkeit höher als 829 394,39 M., sie betragen 1 229 837 M. Die Differenz zwischen den beiden Summen ist aus den Ortsverwaltungen überwiesenen 20 Proz. der Beiträge und aus anderen lokalen Mitteln beglichen worden. Außer für Streiks sind auch für andere Unterstützungszwecke noch große Summen aus den lokalen Mitteln geleistet worden. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ sagt, daß eine systematische Zusammenstellung dieser Leistungen erst ein vollständiges Bild von der Wirksamkeit des Verbandes geben würde. Bemerkenswert ist bezüglich der „Streik-Unterstützung“, daß die Ausgaben für Ausperrungen von 440 048,29 M. auf 710 815 M. gestiegen sind, ein Beweis für die zunehmende Schärfe des Klassenkampfes. — Von den weiteren Ausgaben der Hauptkasse seien noch angeführt: Agitation 93 297,20 M., „Metallarbeiter-Zeitung“ 143 651,66 M., Aufrechterhaltung internationaler Beziehungen 4580,25 M., Beiträge an die Generalkommission 30 774,08 M. Der Anteil der Ortsverwaltungen (20 Proz. der Beiträge) beträgt 644 332,75 M. Trotz der großen Fortschritte, die der Verband im Jahre 1904 gemacht, gibt es für ihn noch der Arbeit genug, denn Hunderttausende von Metallarbeitern leben noch gleichgültig in den Tag hinein. Die Aufgabe ist gestellt: sie alle müssen für die Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gewonnen werden.

Berlin und Umgegend.

Streik der Modell- und Fabrikarbeiter. Die Zahl der Betriebe, welche die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben, ist auf 17 gestiegen, die zusammen 96 Arbeiter beschäftigen. Im Stabellwerk an der Oberspree hat die Direktion die Bewilligung, welche der Meister der betreffenden Abteilung schon vor dem Streik gewährt hatte, wieder zurückgezogen mit der Begründung, der Meister sei sich der Tragweite der Bewilligung nicht bewußt gewesen. Unter diesen Umständen haben sich die Modellistenschüler des Stabellwerks vollständig den Streikenden angeschlossen. Die Betriebe, welche sich weigern, die Forderungen zu bewilligen, haben zum Teil den Versuch gemacht, ihre Modellarbeiten auswärts anfertigen zu lassen. Der Holzarbeiter-Verband hat aber bereits Vorkehrungen getroffen, damit Berliner Streikarbeiten in auswärtigen Betrieben nicht angefertigt werden.

Die Lohnbewegung der Gärtel- und Galanteriefabrikanten hat das Einigungsamt des Gewerbegerichts in mehreren Sitzungen beschäftigt, ohne daß es zu einer Verständigung zwischen den Parteien kommen konnte. Gefordert wurde im wesentlichen ein Mindestlohn von 26 M. für gelernte Arbeiter, 18 M. für Stepperinnen, 13,50 M. für Hilfsarbeiterinnen über 16 Jahre, 10 M. für Hilfsarbeiterinnen unter 16 Jahre, 21 M. für Hilfsarbeiter. Für Ueberstunden ein Zuschlag von 25 Proz. Abschaffung der Afford- und Heimarbeit, 53 Stunden Arbeitszeit pro Woche.

Von der Gewährung eines Mindestlohnes wollten die Arbeitgeber nichts wissen, sie erklärten, nur einen Durchschnittslohn bewilligen zu wollen, der festzustellen ist, indem man den Löhnen aller Arbeiter eines Betriebes der Durchschnitt berechnet wird. Die Vertreter der Arbeiter hielten dagegen an der Forderung des Mindestlohnes fest, da der Durchschnittslohn nicht annehmbar sei. Dies war einer der wesentlichen Differenzpunkte, die in den Verhandlungen hervortraten. Da eine Verständigung der Parteien nicht zustande kam, fällt das Einigungsamt gestern einen Schiedsspruch, den die Vertreter beider Parteien anzunehmen erklärten. Der Schiedsspruch setzt folgende Durchschnittslöhne fest: Für gelernte Arbeiter der Gärtelbranche pro Stunde 52 Pf., für gelernte Arbeiter der Galanteriebranche 45 Pf., für Stepperinnen 32 Pf. — Sattler, Vorsteuher und Lederarbeiter erhalten im ersten Jahre nach der Vergebung einen Stundenlohn nicht unter 35 Pf. — Alle Arbeiterinnen und Arbeiter, sowohl in der Werkstatt, wie außer dem Hause beschäftigte, erhalten zu ihren bisherigen Löhnen eine Zulage von 5 Proz. im Durchschnitt, so daß jeder eine Zulage erhält. — Affordarbeit darf nicht verweigert werden; die Affordpreise werden im Durchschnitt so erhöht, daß die betreffenden Arbeiter durchschnittlich 5 Proz. mehr verdienen als bisher. Diese Affordpreise müssen so gestellt sein, daß die Arbeiter 10 Proz. mehr zu verdienen in der Lage sind, als der letzte Stundenlohn betrug. — Ueberstunden werden mit einem Zuschlag von 25 Proz. vergütet. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 53 Stunden (täglich neun, Sonnabends acht Stunden). — In der Gärtelbranche sollen in Zukunft keine Heimarbeiter neu eingestellt werden. In der Galanteriebranche sind den Heimarbeitern dieselben Affordpreise zu zahlen, welche die Werkstattarbeiter für die gleichen Artikel erhalten. Für diejenigen Artikel der Heimarbeit, welche überhaupt nicht in der Werkstatt hergestellt werden, erhöhen sich die Affordpreise um 5 Proz. — Die Arbeitgeber verpflichten sich, Arbeiter nur zu den vorstehenden Bedingungen zu beschäftigen, während andererseits die Arbeitnehmer sich verpflichten, nur bei solchen Arbeitgebern zu arbeiten, welche die Bedingungen erfüllen. — Nun folgen die aus anderen Verträgen bekamten Bedingungen über Einrichtung einer paritätischen Schlichtungskommission, welche entstehende Differenzen zu erledigen hat. Weiter wird bestimmt, daß der vorstehende Vertrag vom 10. April d. J. bis zum 1. Juli 1907 gilt, und sich von da ab immer auf ein Jahr verlängert, wenn er nicht 3 Monate vor Ablauf gekündigt wird. In Betrieben, wo bereits höhere als die im Vertrage festgesetzten Durchschnittslöhne gezahlt werden, sind dieselben auch während der Dauer des Vertrages beizubehalten.

Im Einverständnis mit den anwesenden Arbeitgebern wurde bemerkt, daß bei der Berechnung der vertragsmäßigen Durchschnittslöhne auch die Erhöhung von 5 Prozent mit in Ansatz zu bringen ist.

Zu einer Arbeitsniederlegung kam es gestern auf dem Produktspeicher der Firma Joseph Schmelz, Wälderstr. 11. Die Firma kauft hauptsächlich Papierabfälle in Buchdruckereien, Buchbindereien und Lugsopapierfabriken auf. Zum Sortieren der Abfälle beschäftigt sie ca. 240 Arbeiterinnen; außerdem noch einige 30 Arbeiter, die das Verladen und Zufahren zu besorgen haben. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Betriebe sind nun geradezu erbärmlich. Für die schmutzige und staubige Arbeit erhalten die Arbeiterinnen bei zehnstündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn von ganzen 9 M., wovon noch die Versicherungsbeiträge abgezogen werden. Nur die Vorarbeiterinnen bekommen 11—12 M. Die Vorarbeiter werden mit 18 M., einige mit 19—21 M. pro Woche entlohnt. Außerordentlich mangelhaft sind die hygienischen Einrichtungen. Für die gesamten 240 Arbeiterinnen sind nur drei Klosetts vorhanden. Als einzige Waschelegenheit gibt es ein in den Klosterräumen befindlicher Wasserleitungshahn mit Ausguß. Den Ankleideraum bildet ein sehr primitiver Verschlag. Für die Arbeiter gibt es Waschelegenheit und Ankleideraum überhaupt nicht. Ueber die Behandlung aber führen die Leute lebhafteste Klage, weil sie häufig mit ausgefuchsten Schimpfworten bedacht werden. Das Eigen bei der Arbeit ist den Frauen verboten; wer gegen dies Verbot verstößt, hat Strafe zu zahlen. Ueberhaupt herrscht dort ein wahrhaft rigoroses Strafsystem. Wer z. B. bei der Arbeit spricht oder lacht, muß eine Mark Strafe zahlen; ebenso wer nach Meinung des Aufsichtspersonals schlechte Arbeit liefert usw. Bedenkt man nun, daß die Frauen außer dem Sortieren auch Ballen stopfen und diese zwei bis drei Zentner schweren Lasten auf den Speicher laden und dort aufstapeln müssen, so läßt sich die Unzufriedenheit der Arbeiterinnen mit ihrer miserablen Lage sehr leicht erklären. Der allgemeine Mißmut trieb die gesamten Arbeiter und Arbeiterinnen denn auch dazu, um einer an sich nicht gerade besonders bedeutungsvollen Ursache willen die Arbeit zu verweigern. Es handelte sich um die nach Meinung aller ungerechtfertigte Entlassung eines Arbeiters. Erst der Ver-

mittelung eines Vertreters vom Handels- und Transportarbeiter-Verband gelang es, die erregten Arbeiter und Arbeiterinnen wieder zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Bei den diesbezüglichen Verhandlungen hat der Firmenchef dann u. a. auch eine baldige Lohnerhöhung in Aussicht gestellt, die sicher um so nötiger ist, als die Arbeiterinnen in den meisten anderen Produktspeichern doch wenigstens 12 M. Anfangslohn erhalten. Die Organisation wird jetzt auf alle derartigen Betriebe ein wachsameres Augenmerk richten.

Handwerker- und Berufsgenossen-Verband. Unsere Kollegen sind durch den Streik der Weber u. Weberinnen in der Teppichbranche in Mitleidenschaft gezogen worden durch die Ablehnung Streikarbeit zu verrichten. Die Unternehmer machen den Versuch, Hilfskräfte aus den ihnen nahestehenden Expeditionsfirmen zu gewinnen. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, diese Firmen Baader, Benjamin u. Co., feilsch zu meiden, dort keine Arbeit anzunehmen.

Die Sektionsleitung. Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Achtung, Tapezierer! Die Kollegen in Leipzig befinden sich im Ausstand. Es wird von verschiedenen Seiten versucht, durch Annoncen im „Lokal-Anzeiger“ Arbeitswillige für Leipzig zu lockern. — Zugug nach dort ist streng fernzuhalten.

Die Verbandsleitung. Die Lohnbewegung der Spandauer Holzarbeiter hat mit einem vollständigen Erfolge für dieselben geendet. Nachdem zwischen beiden Teilen über den von den Arbeitnehmern aufgestellten Lohnstarif eine Unterhandlung angeknüpft worden war, hat die beiderseitige Kommission in voriger Woche zur Anerkennung dieses Tarifs durch die Unternehmer (mit geringfügigen Änderungen) und zur sofortigen Einführung des Neunstunden-Arbeits-tages geführt. Der neue Tarifvertrag wurde für zwei Jahre verabredet, und gelangte auch in sämtlichen Tischlereien zur Durchführung; nur die Unternehmer Perrin und Gärtner mußten von den Gesellen erst durch einen eintägigen Streik hierzu gezwungen werden.

Deutsches Reich.

Zur Schuhmacherbewegung in Weihenfeld. Echt russische Zustände haben, wie man uns aus Weihenfeld schreibt, dort plattgegriffen. Ein Schuß Arbeitswilliger, 36 an der Zahl, Böhmen, Tschechen, allerhand Renegatenmaterial, kam am Dienstag vor Bahn von Glatz in Schlesien in Streikorte an. „Nur“ 20 Polizisten und acht Gendarmen nahmen die ganz verunreinigt Dreinschauenden in Schutz. Nach der Ankunft wurden drei der Angeworbenen von acht Polizisten (!) und zwei Gendarmen (!) gebracht; einer der Gendarmen ging hinterdrein mit schußfertigem Karabiner. Da die Leute der deutschen Sprache nicht mächtig waren, winkten die Fabrikanten meist ab, so daß diese scharfe Eskorte erst lange hausieren gehen mußte, ehe sie das losbare Material los wurde. Nur der letzte der Fabrikanten hatte Mitleid und übernahm die Arbeitswilligen. Einer davon besah sich die Fabrik von außen, machte Rehet und ging mit ins Streiklokal; die übrigen beiden folgten sehr bald nach. Ein weiterer Transport der Angeworbenen wurde von den übrigen Polizisten und berittenen Gendarmen nach der Altstadt gebracht unter allgemeinem Gelächter des Publikums. Noch im Laufe des Tages sind 11 der Unterbrachten wieder den Fabriken entwichen. Die Fabrikanten verweigern die Herausgabe der den Leuten abgenommenen Papiere und die Behörde greift nicht ein. Die vom Regierungspräsidenten v. d. Redde angeordneten verschärften Maßnahmen durch Entsendung von 15 Gendarmen lassen die Streikenden kühl und sie werden durch ihre Haltung beweisen, wie unnötig und überflüssig derartige Anordnungen sind.

Der Kampf der Kölner Brauerei-Arbeiter.

Ein Privattelegramm meldet uns aus Köln: Die meisten Großbrauereien von Köln, Wülfrath und Kall haben die organisierten Brauer ausgesperrt oder ihnen geländigt. Unter den Westfern herrscht aber Uneinigkeit. Manche haben gegen die Arbeiter nichts unternommen, andere noch schnell eine Kündigungsfrist eingeführt. In Betracht kommen 700 organisierte Brauerei-Arbeiter, hinter denen 20 000 Gewerkschaftler stehen.

Der Schneiderstreik in Köln. Am ersten Tage des Ausstandes haben bereits, wie uns unser Kölner Korrespondent meldet, achtzehn Geschäfte und Meister die Forderungen bewilligt. Eine dreistündige Verhandlung vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts verlief ergebnislos. Die Ausständigen bezeichnen die dort gemachten Angebote als so gering, daß von einem ehrlichen Frieden nicht die Rede sein könne. Die Gehilfen wollen nochmals einen Versuch vor dem Einigungsamt machen. In einer einstimmig angenommenen Resolution heißt es: „Sollte auch dabei keine Einigung zustande kommen, dann werden sich die Gehilfen auf einen längeren Kampf vorbereiten, und dann kann von einer Ermäßigung der Forderungen keine Rede mehr sein.“

Die „Harmonie“ in der Prags.

Bei der Firma Petry in Kölsdorf bei Dären (Rheinland) legten 75 Arbeiter wegen Nahrungszweier Kollegen, die in einer Versammlung über Mißstände in dem Betriebe gesprochen hatten, die Arbeit nieder. Einer der Streikenden ist „christlich“ organisiert; die übrigen gehören zum Hirsch-Dunckerischen Gewerksverein.

Maurerbewegung in Bamberg. Im vorigen Jahre wurden zwischen den Arbeitern und Unternehmern Abmachungen getroffen, daß in diesem Jahre die miserablen Löhne der Maurer verbessert werden sollten. Nunmehr weigert sich aber die Mehrzahl der Unternehmer, dieses Versprechen einzulösen. Die Lohnkommission wurde beauftragt, die Bewegung partiell durchzuführen und auf allen Warten im Verein mit den in Betracht kommenden Arbeitern einen hierfür günstigen Zeitpunkt baldigt zu bestimmen. In dem Mainischen Bau-geschäft ist der Streik bereits ausgebrochen.

Tarifbewegung in der Münchener Maschinenindustrie. Die Arbeiter der Münchener Maschinenfabriken haben durch den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes den Direktionen einen Tarifentwurf unterbreitet, in dem eine zehnprozentige Erhöhung der Stundenlöhne und Affordhöhe, und für die Werkstatt- und Hof-tageelöhner stufenweise Löhne gefordert werden. Weiter wird in dem Vertrag verlangt, daß Affordarbeiten schriftlich zu vereinbaren und 20 Proz. Zuschlag als Afford-Mindestverdienst gewährt wird. Bis 15. April wird Antwort erwartet.

Die Damenschneider und -Schneiderinnen in München sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern einen Mindestlohn von 5,50 M. für Schneider und Wäger, 1,50 M. für Hilfsarbeiterinnen, für selbständige Arbeiterinnen 2,50, für Maschinenarbeiterinnen 3 M., sowie neunstündige Arbeitszeit, 50 Proz. Zuschlag für Ueberstunden und doppelten Stundenlohn bei Arbeiten an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Kamhafte Firmen haben diese Forderungen bereits bewilligt. — Zugug von Damenschneidern und -Schneiderinnen nach München ist streng zu meiden.

Ausland.

Große Aussperrung im Baugewerbe in Malmö. Die Neue Bau-meistervereinigung von Malmö hat am Dienstag eine allgemeine Aussperrung der Maurer und Maurerarbeitende, soweit sie bei den Mitgliedern der Vereinigung tätig sind, durchgeführt, weil ein Teil der Arbeitsleute die Arbeit niedergelegt hatte. Die Zahl der Aussperrten beträgt über 600.

Wartbreite von Berlin am 5. April. Nach Ermittlungen des (gl. Postgebrüders. Für 1 Doppel-Jentner: Weizen*), gute Sorte 17,20—00,00 M., mittel 00,00—00,00 M., geringe 00,00—00,00 M. Roggen*), gute Sorte 13,50—13,78 M., mittel 13,78—13,74 M., geringe 13,72—13,70 M. Zuckergerste*), gute Sorte 16,00—14,90 M., mittel 14,80 bis 13,70 M., geringe 13,60—12,50 M. Hafer*), gute Sorte 16,20—15,40 M., mittel 15,20—14,60 M., geringe 14,50—13,80 M. Gerste, gelbe, zum Kochen 15,00—30,00 M. Speisebohnens, weiße 50,00—30,00 M. Linsen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—6,50 M. Rüböl 5,00—4,32 M. Den 9,00—7,20 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schock 4,00—2,70 M. *) Drei Wagen und ab Bahn. **) 10 Bohn.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 7. April

Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Romeo und Julia.
Schauspielhaus. Shakespeares Ad-
nigdrömen. Zweiter Abend:
König Heinrich der Vierte. (Erster
Teil.)
Deutsches. Die Bohème.
Berliner. Japfenstreich.
Westen. Don Juan.
National. Fra Diavolo.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Thalia. Der Kilometersteifer.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Krieg im Frieden.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-
städtisches Theater.) In Be-
handlung.

Leffing. Traummusik. 7 1/2 Uhr.
Kleines. Nachtasyl.
Reifens. Geschlossen.
Central. Die Jungfrau.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Lustspielhaus. Eine Abrechnung.
Die Bäuerin.

Trianon. Ihr Alibi.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber
großen Teich.
Welle-Miliane. . . noch einmal so
lieben!

Carl Weiß. Judith, die Schwester
vom russischen roten Kreuz.
Lustig. Der Herrgottschneider.
Kajino. Lolo's Vater.

Apollo. Das Weissenmädchen.
Spezialitäten.
Herrfeld-Theater. Die Meyer-
hains.

Palast. Die Räuber. Spezialitäten.
Passage-Theater. Emmi Kröchert.
Bsp. Die 7 Allison's. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Wintergarten. Leo de Werode.
Julius Spielmann. Spezialitäten.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Der Simplon und sein Gebiet.
Invalidenstr. 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Zum 50. Male:
Ein Sommernachtstraum.
Sonabend, Sonntag: Ein Sommer-
nachtstraum.

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.
Sonabend: Angela. Abschied vom
Regiment.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Er-
mächtigte Preise. Familienidyll. Liebes-
träume. Serenissimus.
Sonntag abends 8 Uhr: Salome.

National-Theater
Helldorferstr. 19.
Freitag, den 7. April 1905:
Die Jüdin.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonabend zum erstenmal: Fra
Diavolo. Anfang 7 1/2 Uhr.

Kasino-Theater
Lothringerkraße 37. Täglich 8 Uhr:
Lolo's Vater.
Vollständig in Ad. L'Arronge.
4 Akten von
Vorher das gr. neue April-Programm.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Heirat auf
Probe.

Trianon-Theater.
Gute und folgende Tage:
Anfang 8 Uhr.
„Ihr Alibi“
(Les Duponts).
Sonntag nachm.: Die glückliche
Gilberte.

Apollo-Theater.
218. Friedrichstraße 218.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Das Weissenmädchen.
Vorher 8 Uhr:
Die April-Spezialitäten.
Sonntag, 9. April, nachm. 3 Uhr,
ermäßigte Preise: Berliner Luft
und die neuen April-Spezialitäten.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Zum letztenmal:
Die Waife aus Sowood.
Schauspiel in 4 Akten von Charlotte
Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonabend: Die Banditen.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum letztenmal:
Judith,
die Schwester vom russ. roten Kreuz.
Anfang 8 Uhr.
Sonabend nachm. 4 Uhr Kinder-
vorstellung: Saeewittchen.
Sonabend abends zum erstenmal:
Die kleinen Vagabunden.

Urania, Taubenstr. 48/49

8 Uhr:
Der Simplon und sein Gebiet.

**Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.**

**P. CASTAN'S
PANOPTICUM.**

Friedrichstr. 165.
Das sensationelle
Riesen-Mädchen!!!
Rosa Wedsted,
2 Meter 20 cm hoch,
größte lebende Riesin
der Welt.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Der Herrgottschneider.
Sonabend: Hofenraiß's Erben.
Sonntag nachmittags: Der neue
Silbbarz.
Abends: Der Herrgottschneider.
Montag: Hajemann's Töchter.

**Deutsch-Amerikanisches
Theater.**

Köpenickerstr. 67/68, Stat. Jannowitzbr.
Jeden Abend!
Ueber'n großen
452. TEICH.
Male: Anf. 8 Uhr, Ende 10
Sonntag nachm. 3 Uhr:
HALBE PREISE.
„Ueber'n großen Teich“.

Residenz-Theater.

Dir.: Richard Alexander.
Gute wegen Vorbereitung
geschlossen.
Morgen 8 Uhr zum erstenmal:
Herzogin Crevette.
(La Duchesse des Folies-Bergères.)
Schauspiel in 3 Akten
von Georges Feydeau.
Sonntag u. folgende Tage: Herzogin
Crevette.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der selige
Toupinel.

Metropol-Theater

Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssoppe mit Gesang
und Tanz in 5 Bildern von
Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom
Direktor Richard Schultz.
Josef Giampietro.
Josef Joseph. Anton Grünfeld
Frid. Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett).
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr

Passage-Theater.

Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonnt. u. Wochentags 5 Uhr.
Emmi Kröchert
dem Berliner sein Ja!
Die 7 Allison's
Krabaten.
Lotte Sebus
Vortragskünstlerin.
Losoros, Koloratur-Sängerin.
Man de Wirth, Damen-Imitator.
14 neue glänzende Nummern.

**Gebrüder
Herrfeld-Theater.**

Der größte Erfolg
seit 14 Jahren
ist unbestritten die Novität:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten von Anton
und Donat Herrfeld mit
Anton Herrfeld als
Vikschewitsch, Herausgeber d. „Schein-
messer“ und
Donat Herrfeld als
Kommerzienrat Meyerhain.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Gustav
Behrens
Spezialitäten-
Theater,
Frankfurter-
Allee 55.**

Das vollst. neue April-Programm.
Neu! Jul. Hauff, brillanter Charakter-
Komiker. Neu! Dr. Adolph, Equilibrist
auf dem Drahtseil. Nitz Elvira,
Kongleuse auf rollender Stugel. Mizzi
Rother, Wiener Wiedersängerin. Stella
Oest, deutsch-dänische Soubrette.
Serra u. Sano, ausgezeichnete Original-
Duettilisten etc.
Anf. Wochentags 7 Uhr, Sonntags 8 Uhr.



Neu! Jul. Hauff, brillanter Charakter-
Komiker. Neu! Dr. Adolph, Equilibrist
auf dem Drahtseil. Nitz Elvira,
Kongleuse auf rollender Stugel. Mizzi
Rother, Wiener Wiedersängerin. Stella
Oest, deutsch-dänische Soubrette.
Serra u. Sano, ausgezeichnete Original-
Duettilisten etc.
Anf. Wochentags 7 Uhr, Sonntags 8 Uhr.

Schiller-Theater Friedrich-Wilhelm-
städtisches Theater.

Freitag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Die sittliche Forderung.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Johannistauer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Die sittliche Forderung.
Freitag, abends 8 Uhr:
In Behandlung.
Komödie in 3 Aufzügen von
Max Dreger.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.

Neues Konzerthaus

Grand Hotel Alexanderplatz.
Großes Kurt Goldmann-Konzert
unter Mitwirkung des Salon-Humoristen G. Honné. Anfang 8 1/2 Uhr.
Albert Moerner.

Zirkus Schumann.

Nur kurzes Gastspiel!
Wirklich sensationelle Neuheit!
12 Original-Chinesen 12
worunter der berühmte Ex-Mandarin
Ching-Ling-Foo.
Das größte aller lebenden Wunder!
Unglaublich
erschienen die phänomenalen
Leistungen dieser Truppe, daher
kommen, sehen, staunen!
Ferner: Die be-
rühmten
Little Chee-Toy. Chad-ra.
Po-ta-to etc.
Vorher: Das vorz. Programm
und um 9 1/2 Uhr mit einzig da-
stehendem Erfolg:
Eine Nordlandsreise.
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nach-
mittags 3 1/2 Uhr: Ein Kind frei.
In beiden Vorst.: **Ching-Ling-
Foo** mit seinen 12 Chinesen.

Palast-Theater

Burgstr. 22. früher Feen-Palast.
Bis-a-vis d. Börse, 2 Min. v. Hof. Börse.
Heute große Elite-Vorstellung.
8 Uhr: 8 Uhr:
Die Räuber.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von
Friedrich Schiller.
An allen andern Tagen 8 1/2 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Vorher:
Spezialitäten ersten Ranges.
Kaffeeöffnung 7 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorzeige dieser Annonces zahlen
wochentags halbe Preise.
Die Räume des Palast-Theaters
sind in großen Vereinen wochentags
mit Vorstellung und Ballmusik zu
hulden Bedingungen zur Verfügung.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Eine Abrechnung.
Die Bäuerin.
Rosa Bertens als Gast.
Sonabend nachm. neu einstudiert:
Das böse Prinzchen.
Abends: Der Familientag.

Bernhard Rose-Theater

Gefundbrunnen, Badstraße 58.
Die Gastspiel-Vorstellungen
finden in folgenden Etablissements statt:
Bernhard Rose-Theater.
Stadt-Theater Moabit.
Frühels Allerlei-Theater.
Etablissement Neue Welt.
Anfang 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Nummer Platz 50 Pf.

Volksgarten-Theater

(früher Weimann).
Freitag, den 7. April 1905:
Keine Vorstellung.
Nächste Vorstellung am Sonntag,
den 9. April, nachm.: Der Schweine-
hirt v. Zuckerland. Eine Komödie
für Kinder in 5 Bildern. Abends:
Hofmann's Lustspiel in 4 Akten von
Thilo u. Traubsa.

**Otto Pritzkow's
Abnormitäten-Ausstellung**

Münnstraße 16.
täglich Vorführung
Mit Arabella,
die einzige Dame, welche auf dem
ganzen Körper tätowiert ist.

**Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder.**

Riesen! Zwerge!

Sanssouci.

Kottbuser Tor - Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
**Hoffmanns
Norddeutsche Säger
u. Tanzkränzchen.**
Sonabend, 8. April:
Extra-Theater-Abend:
Muttersegen.
Schauspiel m. Ges. in 5 Akten.
Nachdem: Tanzkränzchen.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Streich-Konzert.
Dienstag, Donnerstag,
Sonabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal:
Tanz.

Die Zeit der frischen Eier.

ist endlich gekommen!

FrISCHE Eier sind bekanntlich das nahrhafteste und billigste Nahrungsmittel
für jedermann. Ich offeriere schöne, grosse, ganz frISCHE Eier
zu 65-75 Pf. die Mandel. - Auch empfehle ich:
Gute Kochbutter à Pfd. 110 Pf. - **Feine Tafelbutter**, täglich frisch,
à Pfd. 120 Pf., das feinste vom feinsten à Pfd. 130 Pf. - **Ferner: Tilsiter
Fettkäse**, butterweich à Pfd. 60 Pf. - **Prima saftigen Schweizerkäse**
à Pfd. 70 Pf. - **Zartschnittigen Alpen-Limburger** Stück 60 und 80 Pf.
Ramadourkäse, feinste Ware, Stück 25 u. 35 Pf. - **Echt französische Käse**,
wie **Camembert, Brie, Neufchâtel, Gervais, Roquefort**, echt italien.
Gorgonzola und andere Käse, gut gereift und sorgfältig gepflegt

Zur Konfirmation empfehle:
Geschmackvoll hergerichtete Käseschüsseln zu mässigen Preisen

In meinen beiden Lagerverkaufsstellen: **Königsbergerstr. 34**
und **Gr. Frankfurterstr. 123**, gebe ich **Butter, Käse u. Eier**
auch in kleineren Quanten zu billigeren Preisen ab

Detail-Geschäfte:
1. Landsberger Allee 41
2. Eisenbahnstrasse 44
3. Koepenickerstrasse 1
4. Zorndorferstrasse 10
5. Wrangelstrasse 20

6. Warschauerstrasse 15
7. Königsbergerstrasse 34
8. Frankfurter Chaussee 127
9. Gr. Frankfurterstrasse 123
10. Uhandstrasse 135
11. Richthofenstrasse 13

Wilhelm Goebel, Buttergrosshdl., Berlin, Königbergerstr. 31

**Vorzugs-Preise.
Zum Umzuge
Teppiche**

Zaal-	Teppiche à 90, 65 und 50 P.
Salon-	Teppiche 65, 40 30
Eyche-	Teppiche 50, 30 25
Wohn-	Teppiche 35, 25 20
Herren-	Teppiche 25, 18 15
Sofa-	Teppiche 14, 8 6
Bett-	Teppiche 5, 2,50 1,25

Portieren

Blisch-Portieren	2 Schals und à 20, 12 und 9 P.
Luch-Portieren	ein 15, 10 6
Velvet-Portieren	Lambrequin 25, 15 10
Brosat-Portieren	zusammen 18, 14 12
Wollfress-Portieren	12, 10 7,50

Außerdem große Vorken zurückgesetzter Steppdecken,
Gardinen, Divandecken sowie vorjährige Muster in
Stores, Tischdecken, Läuferstoffen; einzelne prima
Felle, wollene Schlaf- und Reisebedecken jetzt nach der
Inventur zu wirklich fabelhaft billigen Preisen.

**Teppichhaus
B. Hurwitz**

Rotes Schloß 25052*
vis-a-vis dem National-Denkmal.



J. Soujon
Berlin NO.
Prenzlauer Allee 217.

Hüte und Mützen
in den neuesten Fassons
empfehle
zu billigsten Preisen.
Herren-Artikel
in großer Auswahl.

CARL SCHREIER.

Größtes Spezial-Geschäft für
Küchen-Bedarfs-Artikel.

Hauptgeschäft: Berlin N., Dalldorferstr. 20.
Zweig-
geschäfte:
N. Dalldorferstr. 21.
„Ackerstr. 23.
„Veteranenstr. 2.
„Schönhauser
Allee 182.
Zweig-
geschäfte:
80. Reichendorfer-
straße 15.
„Eisenbahnstr. 42.
Rixdorf:
Bergstr. 145.
Garantie
für jedes Stück.

Sportshaus 'Ziegenhals'

Bahnstation u. Post Zenthof.
Stadtbahn- u. Gürtelbahn-
Verkehr. Herrlich u. Croffin-
see gelegen, schönster Aus-
sichtsort der Dahme, 2000 Personen fassend,
Vereinen, Fabriken, Gesellschaften zu Dampfpartien und Ausflügen
bestens empfohlen. Herrlicher Garten, große Säle, massive Regalbahnen,
Kaffeehaus, 25 Worg. Spielplätze i. Hochwald. Dampfer steh. auch Sonntags
billig u. Verfüg. Kommiss u. kleine Gesellschaft. hole bei nach. Berlin, v. Bahnh.
m. Notord. ab. Fernsp. Amt Königs-Wusterhausen Nr. 75. Max Horschel.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Säger
Unsere süßen
Dienstmädel.
Anf. Wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

**Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik**

Gustav-Lustig, Berlin, Prinzen-
straße 46, verleiht gegen Nachnahme
garantiert neue Bettfedern à Pfd. 65 Pf.,
diesjährige halbdunen à Pfd. 24,25,
bessere halbdunen à Pfd. 22,25,
vorzügliche Dunen à Pfd. 22,25.
- Von diesen Dunen genügen
3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett.
Herstellung frei. Preisl. u. Bedenken
gratis. Jede Konfirmationskarte.

Hüte in allen
Preislagen.

R. Weidner, Hutmacher,
Dresdenerstr. 100,
so der Prinzenstraße. 22221*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Richter **Julius Opetz** am 4. April an Lungenerkrankung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. April, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Porsthorstraße 54 aus nach dem Hinterhof des Kirchhofes in Köpenick statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Richter **Artur Teske** am 4. April an der Prostatierkrankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. April, nachmittags 4 Uhr, vom städtischen Krankenhaus am Urban aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Schwager und guter Bruder, der Hausdiener **Franz Schumann** im Alter von 23 Jahren an der Prostatierkrankheit verstorben ist.
Dies zeigen an
Oskar Scholz als Schwager,
Georg Schumann als Bruder.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. M., nachmittags 3 Uhr in Wilhelmshöhe statt. 7598b

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Franz Schumann** am 5. d. M. an der Prostatierkrankheit im Alter von 23 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Marius-Kirchhofes in Wilhelmshöhe aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Heute früh entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter **Magdalene Klitsch** im 72. Lebensjahre.
Dies zeigen allen Freunden und Bekannten hiermit an
Schöneberg, den 5. April 1905.
Familie Klitsch,
Familie Wollermann,
Familie Kicker.
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes an der Magistrate aus statt.

Am Mittwoch, den 5. d. Mts., starb plötzlich nach kurzem, aber schwerem Leiden meine innigst geliebte Frau, meine herzensgute Mutter, liebe Schwester und Schwägerin **Karoline Liebe** geborene Böttcher.
Um stillen Beileid bitten
Familie August Liebe, Restaurant, Eisenbahnstr. 305.
Die Beerdigung findet am 9. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine innigst geliebte Frau **Pauline Kohn** geborene Zech am Montag Nacht im Alter von 44 Jahren verstorben ist.
Um stillen Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen **C. Kohn** und Kinder.
Die Beerdigung findet am Sonntag, mittags um 12^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Jellig-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

Aufsagung.
Für die herzlichste Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
Frau Witwe Koch.

Danksagung.
Für die rege Beteiligung und die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unserer Tochter **Charlotte** sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Karl Grumbach nebst Frau, Andrasstr. 11.
Möbel-Fabrik „Berolina“
Berlin O. 34, Boxhagenstraße 16a.
Sonntags, den 22. April, nachmittags 1 Uhr, in den Geschäftsräumen:
Außerordentliche General-Versammlung der Möbel-Fabrik „Berolina“ (G. m. b. H.).
Tages-Ordnung:
Ergänzungswahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
Der Vorstand.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.
(Mitgl. d. Arb. Radf. Verb. „Solidarität“).
Touren am Sonntag, 9. d. M.:
1. Abt.: Früh 8 Uhr nach Gradowsee (Höllhütte). Rückmittags 1^{1/2} Uhr nach Birkenwerder. Start: Kunitz, Bülowsstraße 10.
2. Abt.: Früh 8 Uhr nach Kreuzberg (Wagners, Wilhelmstr.). Rückmittags 1^{1/2} Uhr nach Hefenwinkel (Gefellshaus). Start: Mariannen-Platz.
3. Abt.: Früh 8 Uhr nach Streitzäge durch den Oden. Rückmittags 1^{1/2} Uhr nach Hefenwinkel (Höhlwein). Start: Märtyrer-Platz.
4. Abt.: Früh 7 Uhr nach Hertenwald. Rückmittags 1^{1/2} Uhr nach Hefenwinkel. Start: Tiplum, Landsberger Allee 41/42.
5. Abt.: Früh 8 Uhr nach Sandhauken. Rückm. 1^{1/2} Uhr nach Birkenwerder (Paradiesgarten). Start: Biretta-Platz.
6. Abt.: 7^{1/2} Uhr nach Gradowsee (Höllhütte). Rückmittags 1^{1/2} Uhr nach Birkenwerder (Paradiesgarten). Start: Rettelberg-Platz.

„Voran II“
Einkaufsgenossenschaft des Berliner Arbeiter-Radfahrer-Vereins.
Den Bundesgenossen empfehlen wir unsere Geschäftsstelle für den Einkauf von Fahrrädern, Ersatzteilen, Pneumatik, Laternen, Karbid, Holzwaren usw. in bester Qualität, bei billigsten Preisen.
Geschäftsstelle: **M. Labbe**, Ewinenmünderstraße 69 III.

General-Versammlung der **Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnis-Kasse der Lederjuristen Berlins** (G. u. Nr. 50) am Sonntag, den 16. April, vormittags 10 Uhr, b. Föld, Weinstr. 11.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1905.
2. Geschäftsbericht.
Der Vorstand,
7435 G. H.: **Gustav Busso**.

Orts-Krankenkasse der **Kürschner u. verw. Gewerbe** zu Berlin.
Ordentl. General-Versammlung der Delegierten am Dienstag, den 11. April 1905, abends 8 Uhr, in der Brauerei Vohow, Prenzlauer Allee 242/247.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung über den Jahresbericht und des Protokolls. 2. Jahresbericht. 3. Bericht der Kassieren. 4. Die Uebernahme der Krankenkasse durch den Gewerkschaften-Verein. 5. Erhöhung des Beitrags der Rentanten. 6. Der Dienstvertrag der Kassierangestellten. 7. Kassengeschäften.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Erscheinen sämtlicher Vertreter ist dringend notwendig.
Der Vorstand,
K. H.: **G. Soldankranz**, Vorsitzender.

Tod und Teufel allem Angeziener!
Reichels Spezial-Mittel töten sicher Wanzen, Schwaben und jede Brut!
50 Pf. 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-, 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 10.-, 11.-, 12.-, 13.-, 14.-, 15.-, 16.-, 17.-, 18.-, 19.-, 20.-, 21.-, 22.-, 23.-, 24.-, 25.-, 26.-, 27.-, 28.-, 29.-, 30.-, 31.-, 32.-, 33.-, 34.-, 35.-, 36.-, 37.-, 38.-, 39.-, 40.-, 41.-, 42.-, 43.-, 44.-, 45.-, 46.-, 47.-, 48.-, 49.-, 50.-, 51.-, 52.-, 53.-, 54.-, 55.-, 56.-, 57.-, 58.-, 59.-, 60.-, 61.-, 62.-, 63.-, 64.-, 65.-, 66.-, 67.-, 68.-, 69.-, 70.-, 71.-, 72.-, 73.-, 74.-, 75.-, 76.-, 77.-, 78.-, 79.-, 80.-, 81.-, 82.-, 83.-, 84.-, 85.-, 86.-, 87.-, 88.-, 89.-, 90.-, 91.-, 92.-, 93.-, 94.-, 95.-, 96.-, 97.-, 98.-, 99.-, 100.-
Echt u. garantiert wirksam nur, wenn in Originalpackungen mit dieser Marke verschlossen.
Verfälscht in Drogerien, wo Glasate mit **Tod und Teufel**.
Otto Reichel, BERLIN SO., Eisenbahnstr. 4.
Fernspr.: IV, 640, 4582, 3190.

Naturleben!
Erholungs- und Ruhebedürftige Frauen am Thüringer Walde in Kollert und gesundem gelegenen Landhaus billiger Aufenthalt nehmen. Näheres durch **Ed. Jacobi**, Singen bei Paulinzella Str. 2 Thüringen.

Achtung! VI. Wahlkreis! Achtung!
Sonntag, den 9. April, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:
Volks-Versammlung für Männer und Frauen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Fritz Zabell** über „Soldatenuhndlungen und Militärdienst“. 2. Diskussion.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vertrauensmann.
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.**

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!
Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. (Zahlstelle Berlin und Umgegend).
Sonntag, 9. April, vormittags 10 Uhr, in Sugenhagens Etablissement, Moritzplatz:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1905. 2. Die Stellungnahme zum 1. Mal. 3. Stellungnahme zur Konferenz event. Wahl der Delegierten. 4. Die Verhandlungen in der Schlichtungskommission resp. Beschäftigung über die Verlängerung des Vertrages. 5. Verschiedenes.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen erforderlich. Mitgliedsbuch legitimiert. — Ohne dasselbe kein Eintritt.
Die Ortsverwaltung.

Schnupft nur echten **bayerischen Schmalzler** von der Firma **G. S. Berger, Landshut in Bayern**, Schmalzler - Brauhausfabrik, gegründet 1872. Erste Fabrikaliederlage: Berlin O., Petersburgerstr. 81 I. Generalvertreter: **H. Rothchild**, Plöckchen 5 Pl.-Verkauf und 10 Pl.-Verkauf. Echter Schmalzler in jeder Preislage. Jedes Quantum wird von Berlin aus franko geliefert, sowie Plakate gratis. Zu haben in allenigarvengeschäften. 7005

Herrentragen, rein Vein. 47. beste Qualität. Dy. M. 3 u. 3.50. Manschetten, prima. 4fach 1/2 Dy. M. 1.80 und 2.25. Servietten, größte Auswahl Stück von 30 Pf. an. Krawatten, Handschuhe, Hosenträger, Taschentücher, Strümpfe etc. Detailverkauf zu Engros-Preisen.
Ernst Marcuse
23. Münzstrasse 23.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 9. April, vormittags 9^{1/2} Uhr, im großen Saal des „Cercins Berliner Musiker“ (Karl Elsner), Kaiser Wilhelmstr. 18a:
Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht der Branchen-Kommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchen-Kommission. 4. Verschiedenes.
Alle Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, da der Saal um 1 Uhr geräumt werden muß.
Zur besonderen Beachtung! Zur leichteren und einfacheren Erledigung unserer Bureaugeschäfte eruchen wir unsere Mitglieder, jeden Wohnungswechsel unverzüglich unter Angabe der Ort- oder Hauptnummer schriftlich durch Postkarte dem Bureau mitzuteilen. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß Ersatzbücher für verlorene nur nach genauester Angabe der Ort- oder Hauptnummer, als auch wann und wo der Verlierer seinen letzten Beitrag gezahlt hat, im Bureau gegen Zahlung von 20 Pf. angefordert werden können. Schriftliche Besuche ohne Einzahlung obiger Angaben und des Betrages werden nicht berücksichtigt.
Zur Beachtung! Im Rigarengehäft von Wangenheim, Baumsehulweg 14, befindet sich jetzt eine Zahlstelle.
11414 Die Ortsverwaltung.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau und Arbeitsnachweis: Rosenthalerstr. 57.
Montag, 10. April, abends 8^{1/2} Uhr, in Freie Wilkes Festsaal, Brunnenstr. 188:
Beschließende Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum 1. Mal. 2. Antrag der Ortsverwaltung auf Zahlung von Entschädigungen. 3. Gewerkschaftliches. — Aufnahme neuer Mitglieder.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, zahlreiche Beteiligung notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Achtung! Einsetzer! Achtung!
Sonntag, den 9. April, vormittags 10 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die Bezirks-Sitzungen statt.
Montag, den 10. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal II):
Kommissions-Sitzung.
Der Obmann.
Achtung! Bürstenmacher! Achtung!
Montag, den 10. April, abends 8^{1/2} Uhr, bei Pfeffer, Rosenthalerstraße 57:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Vom Bürstgeleiten zum Hobelarbeiten. Referent: Kollege **H. Schmalbach**. 2. Diskussion. 3. Der Streit bei den Firmen Kraus und Endmann. 4. Raffeler. 5. Branchenangelegenheiten.
Um zahlreichem Besuch ersucht
Die Branchenkommission.

Achtung!
Am Sonntag, den 9. April ev., vormittags 10 Uhr, findet in der **Tranta, Taubenschloß 48-49**, eine **Sondervorstellung** statt. **Wickets** sind auf dem Bureau, Engel-Ufer 15, I. Zimmer 11 zu haben.

Heute: Frische Blut u. Leber-Wurst
in bekannter label-loser Qualität.
Rich. Augustin, Lindenstr. 69, Hofpartee, Frühstücks- und Mittagstisch. Sitzungszimmer. Tel. Amt IV, 8729.

Kranz- u. Blumenbinderei von **H. Eckert**, 98. Rottbufer Damm 98.
5 3/4 Pfund Brot 50 Pf. (Brotware 6 Stk. 10 Pf.)
Albrechts Bäckereien:
Brangelstr. 135, Krautstraße 19, Kaiserstraße 28, Sankt-Nikolaus-Str. 2, Markthalle Südstr., Stand 222/23, Markthalle Andrasstr., Stand 161/18
Central: Boxhagenstr. 13.
Zahn-Klinik. beliebige Teilzahlung. Invalidenstr. 145.
Olga Jacobson,

Achtung! Vergolder.
Filiale Berlin. 225/9
Montag, den 10. April 1905, abends präzis 8 Uhr, in den Armikhallen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal):
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Schriftstellers Genossen **Saage**: „Entwicklungsgeschichte des Weltalls und der Erde“. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 1. Quartal 1905. 4. Stellungnahme zur Waise. 5. Verschiedenes.
Zwei Beschlüsse werden die Versammlung pünktlich eröffnet, und ist es Pflicht der Mitglieder, die Versammlungen etwas reger zu besuchen als bisher.
Der Vorstand.
Der Arbeiter-Radfahrer-Verein „frisch auf“, Spandau, feiert am 8. April sein
4. Stiftungs-fest bestehend in
Theater, musikalischer Unterhaltung, Reigenfahren und lebende Bilder.
Alle umliegenden Bundesvereine sind hierdurch freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Restauration zur Radfahrer-Börse, Schillingstraße 22.
Am Sonntag wird mein Lokal eingeweiht. Dazu lade ich ein alle Freunde, Bekannte und Genossen von weit und breit. Hier kommt willkommen ist und gern gesehen. Wer nicht kommt, spart das Kommen und das Gehen.
Extra-Einladungen ergeben nicht.
Einen angenehmen Abend vorzubereiten zeichne mit Hochachtung
Leo Ostrowski, Schankwirt, Schillingstr. 24.

Hut-Zentrale
Draniensstr. 2, Mantelstraße.
Großes Spezial-Geschäft für Filz- und Seiden-Hüte.
Großes Lager in Herren-Wäsche, Krawatten, Handschuhen, Trikotagen, Schirmen, Stöcken und Mützen.

Krug zum grünen Kranze am Alexanderplatz (im Keller).
Täglich: „Fidelitas!“
Carl Lüdeckes humoristisches Ensemble.
Entree frei. 25662*

Sporthaus zur großen Krampe. Kolonie Müggelheim. **W. Troppens.** Fernspr. Amt Köpenick 141.
Bringe hierdurch den werten Vereinen, Radfahren und Gewerkschaften mein herzlich an Bald und Wasser gelegenes Lokal in freundlicher Erinnerung. Drei Säle und sonstige Räume, 1000 Personen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend. Küche, sowie Getränke in bekannter Güte. 25382*

Nur 12 Minuten vom Bahnhof Grünau entfernt wird ein neues, hoch und gesund an dem herrlichen Havelberg gelegenes Terrain (ausdichtungsreicher Punkt in der Umgebung Berlins!) in beliebig großen Parzellen von circa 40 Quadratrußen an zum Verkauf gestellt. Bortäglicher Gartenboden! Im Frühjahr beste Pflanzzeit! Zu billigen Preisen von
1 M. 60 Pf. an pro qm netto Bauland werden Landparzellen sowie barriere Baustellen unter günstigsten Zahlungsbedingungen verkauft. **Hochbau und Landhausbau** gestattet.
Näheres nachmittags von 2-6 Uhr (auch Sonntags) im Restaurant **Meier**, Straße am Havelberg 19, bei Grünau. 26222*

Möbel-Fabrik - Niederlage **Otto Plettner,** Tischlermeister, N., Dalldorfer-Straße 19.
Wohnungs-Einrichtungen und einzelne Möbel 26331*
in gediegener Ausführung zu soliden Preisen.

Zehnte Generalversammlung des Verbandes der Bäcker.

Hamburg, 5. April. (Eig. Ber.) Heber den Punkt „Agitation, Gaueinteilung und die Geschäftsführung in den Mitgliedschaften“ und die dazu vorliegenden Anträge entspinnt sich eine fünfstündige Debatte, die mit der Annahme folgender Anträge endigt:

Das Statut dahin abzuändern, daß auch weltliche Personen und Lehrlinge dem Verbande beitreten können. Die weltlichen Mitglieder (Beitrag 25 M. pro Woche) erhalten die Hälfte der festgesetzten Unterstützungsbeiträge.

Der Begriff „Hilfsarbeiter“ ist im Statut genau festzusetzen.

Der aus dem Verbande erfolgte Ausschluß wegen rezidierender Beiträge kann rückgängig gemacht werden, wenn das Mitglied sich innerhalb eines Jahres wieder meldet und die rezidierenden Beiträge nachbezahlt. Doch haben solche Mitglieder eine einjährige Karenzzeit durchzumachen, bis sie ihre früheren Rechte bezüglich der Unterstützung wiedererlangen. Beitragsrückstände von über ein Jahr können nicht nachbezahlt werden.

Der Verbandsvorstand kann in Orten oder für industrielle Bezirke, in denen mindestens 1000 organisationsfähige Arbeiter und Arbeiterinnen der Branche vorhanden sind, auf Antrag der betreffenden Zahlstellen für die Geschäftsführung einen Beamten anstellen, wenn die finanzielle Lage des Verbandes dies gestattet und am Orte resp. Bezirk mindestens 200 Mitglieder vorhanden sind. Der Hauptvorstand kann für Orte und Bezirke, wo die Verhältnisse besonders günstig oder erfolgversprechend sind, Ausnahmen gestatten.

Die Kassierer der Mitgliedschaften sind verpflichtet, mit Ausnahme von bei der Aufnahme arbeitsloser Kollegen, bei Reuaufnahmen in den Verband fünf Wochenbeiträge, an Orten mit Lohnbewegungen jedoch vom Augenblicke der Genehmigung solcher durch den Verbandsvorstand zehn Wochenbeiträge zu erheben.

Die weiteren Anträge haben kein öffentliches Interesse.

Die Gehaltsfrage der Verbandsbeamten wird wie folgt geregelt: Das Gehalt des Vorstehenden beträgt monatlich 200 M. (bisher 180 M.), des Hauptkassierers 150 M. (bisher 165 M.), der Gauleiter höchstens 30 M., feigend bis 40 M.

Als Sitz des Verbandes wird Hamburg, als Sitz des Ausschusses München wiederbestimmt.

Zum Verbandsvorstand wird Klmann, zum zweiten Vorsitzenden Kretschmer, Hamburg und zum Hauptkassierer Friedmann einstimmig wiedergewählt.

Damit sind die Arbeiten der Generalversammlung beendet.

In seinem Schlusswort ersucht Klmann die Delegierten, für die gefassten Beschlüsse und für den Ausbau der Organisation tatkräftig einzutreten.

Mit einem Hoch auf den Verband, in das die Delegierten begeistert einstimmen, wird die Generalversammlung nach dreitägiger Dauer geschlossen.

Achter Verbandstag der Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Im Verlauf der Debatte über den Bericht des Gesamtvorstandes nimmt auch das Wort Sabbath als Vertreter der Generalkommission.

Im haben zwei Neuherungen hier auf dem Verbandstage veranlaßt, das Wort zu ergreifen. Es betreffe dies den Vorwurf, daß das italienische Jahrbuch ausbleibe sei. Das Ausbleiben der Zeitung sei auf den Umstand zurückzuführen, daß dem Redakteur bei seiner italienischen Agitationsreise die Gelegenheit gefehlt habe, Manuskript zu beschaffen. Was den zweiten Vorwurf anlangt, die Generalkommission habe die Organisation der Bauhilfsarbeiter bei ihren Lohnkämpfen nicht unterstützt, wie beispielsweise die Zertifikats- und Bergarbeiter, so sei das total unrichtig. Die Generalkommission hat weder eine Organisation vorgezogen, noch die Bauhilfsarbeiter benachteiligt. Die Rechte der Generalkommission seien beschränkt, sie beruhten auf den Beschlüssen der Gewerkschaftslogen. Die Generalkommission hat nur dann Auftrufe zur Unterstützung einer Organisation erlassen, wenn sie von den Zentralvorständen dazu aufgefordert worden sei. Das sei auch bei den Bauarbeitern geschehen. Nur bei den Bergarbeitern sei eine Ausnahme gemacht worden. Das war auf die ganz besondere Bedeutung dieses großen Lohnkampfes zurückzuführen. Aber auch hier sei die Generalkommission mit den Zentralvorständen in Verbindung getreten.

Redakteur Töpfer erwidert auf die Angriffe bezüglich der internationalen Beziehungen. Heber den österreichischen Verbandstag habe ein kurz gefasster Bericht im Jahrbuch gestanden. Die Organisationsverhältnisse der österreichischen Kollegen seien überaus traurig; sie seien erst in der Zahl von 1200—1500 organisiert, und doch in 6—7 Städten seien Anfänge einer Organisation vorhanden. Die Beitragsverhältnisse seien solche, daß eine Organisation auch mit bestehenden Anforderungen nicht erhalten werden könne. Er hege zwar die Hoffnung, daß die Leiter der österreichischen Organisation Wandel anstreben werden, bezweifelt aber, ob die dortigen Kollegen das nötige Bestreben für solche Bemühungen haben werden. Er könne sich deshalb mit der Teilnahme an Konferenzen im Auslande nicht befremden. Der Redner macht bezüglich der Zeitungsexpedition den Vorschlag, diese zu zentralisieren. Davon verspricht er sich die Vereinfachung der Verwaltung von Zeitungsgebühren. In bezug auf Änderung einer vorhandenen Nicht-übereinstimmung zwischen ihm und dem Vorstande bemerkt der Redner, daß der Redakteur nicht immer die prinzipielle Meinung des Hauptvorstandes zu teilen brauche, daß er auch eine andere Meinung haben darf.

Verbandsvorsitzender Wehrendt referiert sodann über:

Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks.

Auf alle Lohnbewegungen und Streiks einzugehen, halte er für unzulässig. Nur diejenigen sollen erörtert werden, die ein größeres Interesse beanspruchen und für die Zukunft ausschlaggebend sind. Redner erwähnt sodann ein Geschehen, das auf dem vorigen Verbandstage als Unterlage zu diesem Punkte der Tagesordnung gedient habe, den Leitenden für die Verwaltungsvorstände, der allerdings in verschiedener Richtung einer Aenderung bedürfte. Auch das Streikreglement müsse einer Korrektur unterzogen werden in bezug auf die durch den Kartellvertrag mit den Maurern und Zimmerern getroffenen Vereinbarungen. Mit diesem Kartellvertrag sei auch den wilden Streiks, das heißt solchen, bei denen eine Organisation der anderen gar keine Mitteilung davon gemacht habe, gesteuert worden, und damit wieder den Vorwürfen, die die Maurer uns, noch mehr wir aber den Maurern machen mußten. Redner bespricht hierbei auch die Differenzen, die zwischen gelehrten und ungelernen Arbeitern vielfach bestanden und bezeichnet sie als ein Uebelbleibsel bürgerlicher Anschauungen. Darauf wendet er sich den einzelnen Kämpfen zu, die die Organisation zu bestehen gehabt, so in Lüneburg, Königberg, Bremerhaven, Bremen, Bromberg, Köln, Kassel, Bielefeld usw., wobei er auch hervorhebt, daß die

Maurer nicht immer die Solidarität gegenüber den Bauhilfsarbeitern gezeigt haben, wie es zu erwarten gewesen sei. Die Kollegen hätten aus den Kämpfen die Lehre zu ziehen, daß eine gute Organisation allein noch nicht den Sieg über den isolierten Gegner davontrage, vielmehr gemeinsames Handeln der verwandten Berufe erforderlich sei. Bei der Erörterung fast jeden der geführten Streiks rügt der Redner scharf die Nichtbeachtung der statutarischen Vorschriften. Die Quintessenz seiner Ausführungen ist, daß die Kollegen ohne die Genehmigung des Hauptvorstandes in keinen Streit treten dürften. Dafür müßte in Zukunft unter allen Umständen gesorgt werden. Ueberhaupt sei er der Meinung, daß Massenstreiks in großen Städten niemals von langer Dauer sein dürfen. Unsere Lohnkämpfe werden sich immer mehr zuspitzen, da uns ein festgeschlossenes Unternehmertum gegenübersteht. Redner kommt auf die Lohnbewegungen im laufenden Jahre zu sprechen. Zwar seien ihm schon wieder eine Anzahl Lohnbewegungen gemeldet, aber nicht sämtliche, ganz abgesehen von solchen, die die Maurer eingeleitet und wo unsere Kollegen in Mitleidenschaft gezogen sind. Das sei auch eine Verletzung der statutarischen Bestimmungen, aber näher heiße es: Hauptvorstand, zahllos! Das Hauptgewicht sei darauf zu legen, daß alle Vorbedingungen zu einem Streit vorhanden seien. Im großen und ganzen besorgten die Unternehmer die Taktik, die vor Jahren bereits von Berliner Unternehmern angeregt worden sei. Die Arbeitgeberorganisation der einzelnen Städte solle sich Angestellte beschaffen, die nicht nur die Arbeiterorganisationen überwachen, sondern auch die eigenen Leute. Infolgedessen würden alle unsere Beschlüsse nach allen Regeln der Kunst zergliedert und danach die Einrichtungen getroffen.

In der Diskussion erstatteten die einzelnen Redner Bericht über den Verlauf der Lohnbewegungen an den von ihnen vertretenen Orten. Mehrfach wurde gerügt, daß der Referent nicht Wink für die Taktik der Zukunft gegeben habe. Besonders Brandmohr - Bremen geht auf diese Frage ein. Es sei notwendig, Mittel und Wege für das künftige Handeln anzugeben. Er wolle annehmen, daß dies der Referent aus besonderen Gründen unterlassen habe. Die Taktik bei der Aussperrung in Bremen 1904 bezeichnet der Redner als nicht richtig. Bei Streiks sei darauf zu achten, daß die Streikenden eine gute Erziehung aufwiesen. Denn was ein Kampf bedeute, das vergegenwärtigen sich diese Kollegen, besonders die jüngeren, gar nicht. Suchen die leitenden Personen zu bremsen, dann würden sie sofort beschuldigt, mit den Unternehmern unter einer Tede zu stehen. Das beweise aber, daß mit solchen Leuten ein Kampf nicht zu führen sei. Wenn die Konjunktur am Orte eine gute ist, dann wird gewöhnlich Lodgeschlagen. Die Konjunktur am Orte dürfe aber noch keineswegs maßgebend für einen Streit sein, es komme darauf an, wie die Konjunktur im allgemeinen ist. Ferner müsse, wenn ein großer Streik ausbricht, alsbald von allen auswärtigen Zahlstellen über eventuelle Arbeitsgelegenheit in den einzelnen Orten die Streikleitung in Kenntnis gesetzt werden. Die Hauptfrage ist aber die Erziehung der Kollegen. Sie müssen so geschult sein, daß vielleicht nach einem zweitägigen Kampfe, wenn ungünstige Umstände eingetreten sind, derselbe sofort abgebrochen und möglicherweise schon fünf Wochen später mit verstärkter Kraft wieder Lodgeschlagen werden kann.

Aus der Partei.

Maifest - Zeitung. Die in diesem Jahre erscheinende Maifest-Zeitung enthält ein von Fidus gezeichnetes Titelbild, das insbesondere die neue Volkshaus von der Befreiung des Arbeiters aus Raum und Knechtschaft verkündet. Soll Begeisterung trägt die Jugend die frohe Kunde hinaus ins Land, während das gebrochene Alter, Trost suchend und empfangend, dem Sozialismus in die Arme sinkt. Martin Brandenburg zeigt uns im Mittelbilde den Triumph des Mai. Durch Waldbedeckung bahnt die Jugend den Weg, auf dem die Völker Befreiung finden, und erwacht aus Nacht und Finsternis, folgt das Proletariat dem siegreich vordringenden Sozialismus.

Die textlichen Beiträge feiern den Gedanken des 1. Mai, der diesmal unter dem lebendigen Eindruck der russischen Revolution eine besondere Bedeutung hat. Der Preis ist wie bisher 10 Pf. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Ferner erscheint von dem Mittelbilde der Maifest - Zeitung „Mai - Krämpfe“, eine sauber ausgeführte Postkarte. Zugleich empfiehlt der Verlag die zu den Maifesten früherer Jahre herausgegebenen Ansicht-Postkarten. Ferner wird in dem von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen Zirkular auf die Sammlung von Vortragsgedichten hingewiesen, die unter dem Titel „Leuchttürme“ erschienen sind und auf die im Vorjahre veröffentlichte Broschüre „Der Achtstundentag, eine gesundheitsliche Forderung“.

Bestellungen müssen bis zum 10. April eingereicht werden, da für spätere Bestellungen nicht die Garantie für rechtzeitige Lieferung gewährleistet werden kann.

Der diesjährige Kongress der belgischen Sozialdemokratie findet an den beiden Ostertagen (23. und 24. April) im Volkshause zu Brüssel statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: „Die Wahlen im Jahre 1906“, „Die Propaganda“, „Aufhebung der Programm - Forderung: „Proportional - Vertretung!“, „Maifest“, „Wünschen der Sozialisten gegenüber den Genossenschaften“, „Ernennung des Sekretärs des internationalen sozialistischen Bureau“ etc.

Die niederländische sozialistische Jugendorganisation „De Jaar“ („Der Sämann“), die auf Anregung des sozialdemokratischen Parteitagess von 1901 gegründet worden ist, hält zu Ostern in Amsterdam einen allgemeinen Kongress ab. „De Jaar“ hat bis jetzt Ortsabteilungen in Amsterdam, Utrecht, Groningen, Veendam, Enschede, Gruba und Jaandam.

Ein überraschender sozialdemokratischer Wahlerfolg ist, wie man uns schreibt, am Sonntag in der Stadt Freiburg in der Schweiz bei den nach dem Proporz erfolgten Gemeindevahlen erzielt worden. Es wurden 17 Sozialdemokraten, 41 Katholiken und 15 Radikale in den Großen Stadtrat gewählt. Unsere Genossen hatten in dieser Behörde bisher, wenn wir nicht irren, nur einen Vertreter, sie hätten also 16 Sitze gewonnen, während die Radikalen 14 verloren haben. Gewonnen haben ferner die Katholiken drei Sitze, während die liberal-konservative Partei ebenfalls vier Sitze verloren und nur noch sieben behalten hat. Bemerkenswert ist, daß die Sozialdemokratie zum erstenmal als selbständige Partei in den Kampf getreten war, denn früher hatte sie immer mit den Radikalen gemeinsame Sache gemacht. Die Selbständigkeit der Arbeiterpolitik hat sich also wieder bewährt und erfolgreich bewährt.

Soziales.

Gemeinsamer Unterricht.

Das oldenburgische Staatsministerium hat zu der Frage der gemischten Realschulen, d. h. solcher Realschulen, in denen Knaben

und Mädchen gemeinsam unterrichtet werden, Stellung genommen. Der Stadtrat in Delmenhorst hatte den lächerlichen Entschluß gefaßt, in die bestehende Realschule auch Mädchen aufzunehmen. Das Ministerium will nun den gemeinschaftlichen Unterricht bis einschließlich Untertertia genehmigen, hält aber daran fest, daß in den höheren Klassen der Unterricht getrennt erteilt werden müsse. Als Grund wird die Gefährdung der Sittlichkeit angegeben. Der Stadtmagistrat will sich bei dieser Entscheidung vorläufig beruhigen, in der Hoffnung, daß nach vier Jahren, wenn die jetzt in die Sexta aufzunehmenden Mädchen bis zur Untertertia aufgerückt sein werden, die Stimmung im Ministerium sich geändert haben werde. Ob die Stadtvertretung sich indes auf eine solche unsichere Erwartung hin auf die Sache einlassen wird, ist zweifelhaft.

Bekämpfung des Alkoholgenußes bei Schulkindern. Der Deutsche Verein abstinenter Lehrerinnen hat an die Magistrate von 300 deutschen Städten ein Zirkular gerichtet, worin er erlucht, dem Alkoholgenuß der Schulinder durch Belehrung der Eltern entgegenzuwirken. Der Verein hat zu dem Zwecke ein Merkblatt verfaßt und bittet die Behörden, dies an die Eltern der Schulinder zu verteilen.

Die ärztlichen Beratungskassen der Orts-Krankenkasse Leipzig werden nach einem Beschlusse des im Kerkelampfe entstandenen Schiedsgerichts am 15. April geschlossen. Die in den Anstalten tätigen Ärzte werden den bisherigen Distriktsärzten gleichgestellt und behalten ihre jetzigen Bezüge. Das Schiedsgericht, in dem die Kreishauptmannschaft den Ausschlag gibt, begründet seinen Spruch in der Hauptfrage damit, daß die Anstalten zu teuer seien.

Eine große Wohnungsnot herrscht in Schwiebfurt, wo in den letzten Jahren die Industrie große Fortschritte gemacht hat. Auf Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins sah sich die Stadtvertretung veranlaßt, die Frage der Errichtung von Arbeiterwohnungen aus städtischen Mitteln in Erwägung zu ziehen. Jetzt wurde beschlossen, bei der unterfränkischen Versicherungsanstalt ein Kapital von 100 000 M. gegen 3 Proz. Zinsen zum Bau solcher Wohnungen aufzunehmen.

Eine Protestversammlung gegen die kapitalistisch-katholischen Arbeiterinnenheime fand in St. Gallen auf Veranlassung der dortigen Arbeiterunion statt. Es wurden die Freiheitsbewegung der Mädchen in diesen sogenannten „Grünen“, der religiöse Zwang, die Kontrolle der Korrespondenz, die körperliche Abschließung der jungen Mädchen vom öffentlichen Leben, die moralische Verderbnis derselben in diesen Anstalten und der Import billiger Arbeitskräfte verurteilt und andererseits der Erlass eines Spezialgesetzes für diese „Heime“ gefordert. In dieses Gesetz werden folgende Forderungen gestellt: Prüfung und Genehmigung der Reglements durch die Oberbehörde, Regelung der Ein- und Austrittsverhältnisse durch das Gesetz, Verbot langfristiger Verträge, Ausschluß von Konventionstrafen für vorzeitigen Austritt, Gewährleistung des Briefgeheimnisses und Ausschluß der Kontrolle über die Korrespondenz, Verbot der Freiheitsberaubung, vollständige Religionsfreiheit und Bewegungsfreiheit, Verbot der Heimarbeit, Ausschluß der Ordensschwöbern von der Anstaltsleitung und Erlass durch Laien, Kontrolle der Arbeiterinnenheime durch eine kantonale Fabrikinspektion. Im Großen Rat des Kantons St. Gallen ist bereits ein Antrag auf Erlass eines solchen Spezialgesetzes eingebracht worden.

Ein Konflikt. Die Witwe Wientka verlangte im Zivilprozeß von dem Bahnhauptmann Mittelstadt eine Rente, mit der Behauptung, ihr Mann sei durch seine Schuld tödlich verunglückt. Der verstorbenen B. hatte auf der von W. seinerzeit verwalteten Haltestelle der Bahnlinie Posen-Berlin den Versuch machen wollen, noch aufzuklimmen, als sich der Zug bereits wieder in Bewegung befand. Mittelstadt suchte das zu verhindern, wobei jedoch Wientka zu Falle kam und so unglücklich von der Plattform des benutzten Wagens vierter Klasse herabstürzte, daß er an den Folgen verstarb. Die Eisenbahndirektion erhob zugunsten des Beamten den Konflikt. Nach einer Beweiserhebung erklärte am 4. April das Oberverwaltungsgericht den Konflikt für begründet, so daß der Zivilprozeß der armen Frau gegen den Beamten endgültig einzustellen ist. Es wurde angenommen, daß dem beklagten Bahnhauptmann, der in Ausübung seines Amtes gehandelt habe, eine Amtüber-schreitung nicht zur Last falle.

Verbot der Bleiweißfarben in der Schweiz. Die schweizerische Sektion der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz hat an alle Kantonsregierungen und Gemeindebehörden eine längere Eingabe gerichtet, in der sie unter ausführlicher Darlegung der großen Gefahren für die Gesundheit das gesetzliche Verbot der Verwendung von Bleifarben im Malergeverbe befürwortet.

Verfammlungen.

Zentralverband der Maurer. In der am Mittwoch in Kellers Saal abgehaltenen Generalversammlung des Zweigvereins Berlin bildete der Geschäftsbericht für das verfloßene Jahr den Hauptpunkt der Tagesordnung. Der Vorsitzende Thöns gab einige Erläuterungen zu dem Jahresbericht, aus dem wir das wesentlichste an anderer Stelle mitgeteilt haben. Nachdem der Kassierer Wartenberg den Kassenbericht erstattet hatte, wurde er entlassen, gleichzeitig bewilligte ihm die Versammlung für das abgelaufene Geschäftsjahr ein Monatsgeld von 200 M. Ein Posten von 2000 M., den die Sektion der Gips- und Zementarbeiter aus Anlaß früherer Lohnbewegungen der Radikalkasse dem Zweigverein schuldete, wurde auf Antrag Freische gelöst. — Den Kassierern derjenigen Bezirke, wo keine Hauskassierung stattfindet, wurde 1/10 Proz. der Einnahme als Monatsgeld bewilligt. — Hierauf gab der Vorsitzende das genaue Resultat der Abstimmung über den Tarifantrag bekannt. Dasselbe weicht ein wenig von dem von uns bereits mitgeteilten Zahlen ab. Nach genauer Feststellung sind 6343 Stimmen abgegeben, davon 4108 für, 2196 gegen den Vertrag und 39 ungültige. Thöns bezeichnete die Annahme des Vertrages als eine erfreuliche Tatsache und gab der Erwartung Ausdruck, daß nunmehr auch die Minderheit, welche gegen den Vertrag stimmte, sich der Mehrheit anschließen und für die strikte Durchführung des Vertrages eintreten werde.

Von der Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes erhalten wir folgende Zuschrift:

Der Bericht über die Generalversammlung der Metallarbeiter vom 3. April bedarf einer Verichtigung. Es heißt dort: „Weiter erklärte sich die Versammlung für die Vornahme einer Urabstimmung, falls der Verbandstag die Einführung der Erwerbslosen - Unterstützung beschließen sollte.“ — Feigen muß es: Die Generalversammlung will, daß der Verbandstag beschließt: Ueber die Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung soll eine Urabstimmung vorgenommen werden.“ — Also eine Urabstimmung auf jeden Fall und nicht nur für den Fall der Annahme der Vorstandsvorlage.

J. A. Cohen.

Prächtig gedeihen die Kinder,

sich bekannlich durch hohen Nährwert und durch leichte Verdaulichkeit auszeichnen! Dem allgemeinen Wohlbedinden der Kinder muß die größte Aufmerksamkeit zuteil werden und beim Gebrauch von Anorrs Präparaten bleiben Verdauungsbeschwerden unbekannt. Anorrs Hasepräparate beseitigen nicht nur Verdauungsbeschwerden, sondern beugen ihnen auch wirksam vor. Deshalb heißt „kranksein vorbeugen“ die goldene Lebensregel! Dies bezieht sich nicht nur auf die Kinderwelt, sondern im gleichen Umfang auch auf die Erwachsenen, namentlich auf die Frauen und die Mädchen.

die kleinen und die großen, wenn sie von der Augen Mama statt mancher unbedauerlicher Sachen Anorrs Hasepräparate wie Hase-mehl, Hasegrüße, Haseflocken erhalten, die die größte Aufmerksamkeit zuteil werden und

Seefische — Volksnahrung!

Riesenfänge

Größter Schellfisch 4-6 Pf. im Anschnitt „ 20 „
 Cabliau im Anschnitt „ 18 „
 Alle anderen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.
 Seefischkochbücher gratis.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.
 Verkaufs-Niederlagen:
 Prinzenstraße 30 | Madaisstraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
 (am Moritzplatz.) | (im Schlessischen Bahnhof) | (der Kurze Str. gegenüber).

2537L*



Inventur-Extrapreis!

Eine große Diwanddecken auf beiden Seiten benutzbar

Mk. 4.35 (Wert 6.75)
 Buntpersische Diwanddecken **6.75** (Wert 10.50)
 Echte Pfläsch-Diwanddecken **23.50** (Wert 33.00)
 Prunkdiwanddecken 25-30 Mk.
 Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.
 Nach auswärts per Nachnahme.
 Inventur-Extralistes gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko.

Berlege meine Wohnung in das gegenüberliegende neue Haus Luisenstr. 47.
 Dr. Echtermeyer.
 1/2, 1-1/2 u. 1/3-7. Sonntags 11-1. Vollmit für Hals-, Nasen- u. Ohrenkrankte 7-8 abends. [26632]



Amerikanische Verkaufshallen für Herren- und Knaben-Garderobe, Arbeiter- und Berufskleidung

nur Rosenthalerstr. 53

Ecke Weinmeisterstraße.

Eröffnung

sämtlicher Verkaufs-Abteilungen
 Sonnabend, 8. April
 nachmittags 4 Uhr.

Deutschlands erstes und einzigst. Geschäft dieser Art. Geschäftsgrundsätze: Verkaufspreise sämtlicher Waren streng reell.

Beachten Sie im eigensten Interesse unsere morgen erscheinenden Plakate an den Anschlagssäulen.

Bad-Anstalten von H. Kalisch

Bad Königstadt — Bad Landsberg
 Gollnowstrasse 41 Landsbergerstr. 107

Dampf- und Russische, Elektrische, Lohannis-, ... Wannen- und alle medizinischen Bäder. ...
 Lieferant sämtlicher Krankenkassen. 1912L*

Rauch-, Kan- und Schnupf-Tabake, Zigaretten: Josotti, Garbaty, Phänomen etc.

H. Preuss

Swinemünderstr. 66, I. Etage.
 Bekannte, billigste Bezugsquelle nur für Wiederverkäufer.
 Spezialität: Pre-Ussina-Zigaretten.
 Tel. III 6949



Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.

Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**
 Gambrinusbräu (Münchener)
 Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.

Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
 Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
 Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 1732L*

Leihhaus

Berlin, Antiamerstr. 2, Charlottenburg, Friedrichstr. 12.
 Beleihung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Bücher, Wäsche, Kleidungsstücke etc. 25200L*

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfiehlt:

1 Posten getragene Anzüge, 1 Posten getragene Paletots, 1 Posten getrag. Beinkleider zu staunend billigen Preisen.

auch für torpulenten Herren.
 Dieselben sind von feinen Kavaliere und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 25242L*

Fahrtgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettdruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Wandblechhaus Weidenweg neuziehen, spottbilliger Gardinenverkauf, Wäscheverkauf. 445L*

Spottbilliger Teppichverkauf, Tischdecken, Steppdecken. Wandblechhaus Weidenweg neuziehen. 445L*

Spottbilliger Ausverkauf vollkommener Wandstühle, Kissenverkauf, Weidenweg neuziehen. 45L*

Bekanntmachung! Empfehlenswerte Einkaufsquelle ist Wandblechhaus Weidenweg neuziehen. 445L*

Spottbilliger Bettendverkauf, Bettinletts, einschläfrig, zweischläfrig. Wandblechhaus Weidenweg neuziehen. 445L*

Garderoben, Taschenbücher, Regalatoren, Freischwinger, Schmutzmaschinen, spottbillig Wandblechhaus Weidenweg neuziehen. Verkaufzeit geschäftlicher Ladenschluss. 445L*

Wandbleche, Küstnerplatz 7, vorzüglichste Einkaufsquelle für Betten, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Tischdecken, Wäsche, Wandbücher, Taschenbücher, Ketten, Anzüge, Hosen, Schmutzmaschinen usw. 404L*

Achtung! Wandblechbetten. 461L*

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrischem Anlett, zusammen 10,50, nur (Wandblech) Andreasstraße 38.

Rot-rosa gestreiftes Deckbett, Unterbett, 2 Kissen 18,00. Andreasstraße 38.

Sommerisches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, 2 Kissen 27,00, großes Laten, Stuhl 1,00. Wandblech, Andreasstraße 38. Elektrische nach überaus. 461L*

Gardinen, Teppiche, Vorhänge, halbe Preise, Andreasstraße 38. 461L*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437L*

Patentmatratzen Staubfrei (Müllers Patent) liefert jeder Tapezierer, jeder Möbeldändler. 381L*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße). Große Frankfurterstraße 56. Stahlstraße 40. 479L*

Teppiche mit farbenreichen Fadenniederlagen Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437L*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Gabelstr. Markt 4, Behnhof Börse. 142/12*

Hochlegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Rohstoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. *

Zofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreasstraße 38. 482L*

Tüllbettedecken, Erbstüll, reichgestickt 5,35, Englischstüll 2,45. Inventur-Nachnahmepreise. Teppichhaus Emil Lejebore, Oranienstraße 158. *

Reichgestickte Tischdecken in Färbung 1,55, Viktorianisch 2,35, echt Plüsch 5,85. Inventur - Räumungspreise. Teppichhaus Emil Lejebore, Oranienstraße 158. 287L*

Teppichhaus Lejebore, Oranienstraße 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extralistes gratis. 289L*

Betten, Bettmatten, Steppdecken, Teppiche verkauft Reibhaus, Oranienstraße 177, Ecke Adalbertstraße. 403L*

Herrenanzüge, Lederzieher, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue zurückgekehrt, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Ritzert, Rosenfelderstraße 15, III. Amt III 2993.

Möbelverkauf in meiner Möbelfabrik Wallstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Platzmangels befinden sich am Lager viele zurückgekehrt und verließen gewohnte Möbel, die wie neu sind, Kleiderstühle, Bettstöße 27,00, Ausziehtisch 16, Wuscheltische mit Federmatratze und Kleintische 36, Tischentziffer 50, Pannelloja 70, Balkontisch 20, Ruhebett 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 107/7*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergütet noch bis 10,00, nach Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist. Woche 1,00. Alle Systeme. Postfach. Borchert, Jordanerstraße 50. *

Schankgeschäft, 1500 Meter, 20, Bayerisch monatlich Umsatz, schöne Wohnung, Preisforderung nur 2900, auf Wunsch Brauereibehälter, sofort. Näheres Albuschlag, Blumenstraße 58. *

Restaurationsgrundstück in Bogensagen mit Marktauspannung und Bogenplatz sofort zu verkaufen. 1885* Postamt 112. 723L*

Neue Möbelwirtschaft spottbillig. Einzelverkauf. Pantow, Dreiecksstr. 52, Hausboot. 413L*

Ihr als Zugabe erhält Käufer einer Nähmaschine ohne Anzahlung. Woche 1,00, gebraucht 12,00. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Brenzlauerstraße 59/60. *

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437L*

Gardinenverkauf, jetzt Jerusalemstraße 11, bringt einen Vollen enorm billiger, schönster Gardinen, Stores, Tüllbettedecken, sowie Pointelaces zum Detailverkauf, Jerusalemstraße 11. 503L*

Zwei Mark viertelbüchigen Damenbinden, Herrenbinden 3,30. Große Bettlaken 1,30, Bettbezug, zwei Kopfkissen 3,90, Handtücher, Tischlächer, Servietten, Normalwäsche spottbillig. Sälschausstellungen - Fabrik Adol. Salomonson, Dirschenstraße 21 (Alexanderplatz). 134/14

Wanderanzüge von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen nur 1,50 an, Schrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, auch für torpulenten Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, sowie aus Wandblech verfallene Sachen. Kap. Kuladstraße 14. 744L*

Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Bilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Belmann, Gollnowstraße 26. 454L*

Prinzipalstraße! Sie haben es ja gar nicht weit nach der Turnstraße 85 zu Schlesinger. Gehen Sie hin, sehen Sie sich die Herren- und Knabenpaletots und Anzüge an, Sie kaufen dort gut und billig.

Möbel, Gelegenheitsverkauf, Brautleuten passend, Garnitur, Trumeau, Schränke, Tische, Betten, hochlegante Küchen. Köpenickerstraße 126a, I.

Gute Nähmaschine (15,00) Langestraße 25, vorn III, rechts. 7616

Handwagen (8,00) Hübsch, Ritterstraße 110. 7566

Schreibstetset (15 Mark) verkauft Schulz, Alte Jakobstraße 68. 7577L

Anzahlungsfrei! Verleben, Konversations-Lexikon, Klaffter, Briefkasten (Rückporto). Schmid, Samariterstraße 24. 7555L*

Taschenlos spottbillig Treppenkofenstraße 9, Tapezierer. 446

Wäsche, elegant, billig, Invalidenstraße 40/41, hochparterre, herrschaftlicher Aufgang. 107/12

Kanarienvögel 6,00. Borchlag, Seifenkamm, Schloßplatz 2. 107/13

Aquarium, billig, Bätow, Swinemünderstraße 40. 490

Verkaufe runden Tisch, Stühle, Gartenbank, Speer, Antiquarierstraße 11. 422

Fahrradgelegenhäuser, neue und wenig gebrauchte, eventuell Teilzahlung. Große Frankfurterstraße 14.

Verschiedenes.

Bereinsäle (Bühne) zu Festlichkeiten und Versammlungen etc. Oster-Festtage sowie Sonnabende und Sonntage noch frei! Romanbantenstraße 72 (Klubhaus). 484L*

Auspolierung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch anserm Hause. Badmann, Andreasstraße 38. 481L*

Kunststofferei von Frau Kofosch, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Wandnähfälle, alte Goldschäden, Bruchgold, Kressen, Silber, Gebisse, alte Uhren, Blattgold, Rehring, Staubgold, Staniol, sämtliche Metalle kauft Goldschmelze Brod, Brangelstraße 4, Fernsprecher IV, 6958, 134/12

Dreirad sucht Schmidt, Badstraße 55. 490

Patentanwalt Danmann, Oranienstraße 57, Moritzplatz, Rat in Vatenhagen. 634L*

Ausländische Fische, Pflanzen, kauft Vogelhandlung, Königgräberstraße 39. 7226

Ein graues Wälderportemonnaie mit 100 Mark (Unfälschte) gestiftet gegen 6 Uhr Uhrschlüssel und Pringensstrassen-Geld verloren. Abgegeben bei Siebert, Birkenstraße 16.

Bereinszimmer (20 Personen) zu vergeben. Godya, Holzmarktstraße 46. 7636

Wohnungen.

Kleinwohnungen, gesunde, allerbilligst sofort, Rüdorf, Köpstr. 15, Bangschstraße 12. 99/2*

Edenar derstraße 36, 37, 38, billige Wohnungen sofort! Etage, Küche, 2 Stuben, Küche, Balkon, 3 Stuben und Küche, Balkon. Näheres beim Wirt Dudenar derstraße 37 I. *

Wohnungen, billig, sofort, von 230 Mark! bis zu 600 Mark mit reichlichem Zubehör. Näheres Mariengrafenwand 7, I, an der Straauer Allee. 7465L*

Kleinwohnungen, gesunde, Lönarstraße 11 (Wedding). 99/3*

Mietsgesuche.

Suche sofort einfach möbliertes Zimmer (15,00 inklusive), Nähe Frankfurterstraße. Gustav Wönig, Raminenerstraße 8, III. 75336

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Gnoria, Humorist, Fennstraße 1a.

Stellenangebote.

Frauen finden durch Zeitungsaussagen dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen Königstraße 56/57. 107/2*

Treppenhauer, selbständige Kolonnenführer, verlangt Schloßherr R. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 7285

Kraftiger Hausdiener für Papierhandlung gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften sub J. 2 Expedition dieses Blattes. 7485

Rahmenbeschneider und Rahmenmacher verlangt Braedner, Alexanderstraße 97. 7545

Tüchtige Konfektions-Schneider auf Paletots verlangt S. Ebers u. Dandhoff, Berlin SW., Leipzigerstraße 50a.

Schiffbauer und Schleifer gesucht. Christianen, Müllerstraße.

Werbemacher, junger, eingetüt auf Spiegelleisten, verlangen Gungli u. Lamer, Brunnenstraße 58. 790

Steinmetz, in der Grabsteinbranche bewandert, welcher selbständig arbeiten und Filiale leiten kann, gesucht. Zu erfragen Max Gersmann, Alexanderplatz 1. 134/13

Klavierpieler, junger Mann, für Sonnabend und Montag. Rainzerstraße 5. 4130

Granit, Karmor-Schiffbauer verlangt Tiefenstraße 10. 478

Näherin im Hause für Operationsmäntel, Lohn fünfzehn Mark. Buerel, Bräunstraße 10 b, I. 512L*

Sträußelbinder, Näherinnen, Konfektion, im und auhem Hause, auf Amazonen verlangt bei höchsten Löhnen, sowie Lehrmädchen, gerade eingeleitete Rademann, Straußelbinderfabrik, Ritterstraße 58. 7476L*

Arbeiterinnen auf alle Arten Schürzen und Wäsche sucht Falkenstein, Leibnizstraße 29 II. 7205

Tafelnäherin, Lehrtafel, verlangt Siebe, Charlottenstraße 56.

Lehrmädchen mit guter Schulbildung bei monatlicher Vergütung gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. H. Jandorf u. Co., SW., Belleallianzstraße 1/2. 5098L*

Im Arbeitsmarkt durch besondere Druck herabgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Tüchtige Farbmacher finden dauernde und lohnende Beschäftigung. 26592L*

Goldleistenfabrik B. Groß A.-G. Leipzig-Neudörf.

Lichtpauspapier.

Vorarbeiter, der die Erzeugung der Lichtpauspapier negativ, positiv und Blig vorzüglich versteht, wird nach Ungarn gesucht. Solche, die Pauspapiere verstehen, werden bevorzugt. Offerten mit Gehaltsanprüchen unter A. 2 an die Expedition erbeten. 20672L*

Stockarbeiter!

Die Arbeiter der Firma Julius und Hermann Gemblek, Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102, befinden sich im Streik. 18/16*

Zugung ist fernzuhalten!
 Die Ortsverwaltung.

Die Tischler und Maschinenarbeiter bei Sommerlatte

in Stralau befinden sich im Streik. Zugung ist fernzuhalten. 82/7*

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Böttcher!

Die gewöhnliche Fabrik auf Aktien vormals E. Schering, Berlin und Charlottenburg, ist wegen Lohnhöherungen und Mangel an dreier Kollegen bis 24. weite re geferrt. 39/2

Kollekt, macht Front gegen die Ausbeutung der Arbeiter. Der Arbeitsnachweis für Böttcher befindet sich bei **Herkowski**, Andreasstr. 26. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Herr Cassel, der Wortführer der freisinnigen Stadtverordneten-Mehrheit, liebt es, bei jeder sich bietenden Gelegenheit die feierliche Erklärung abzugeben, daß er und seine Freunde sich in ihren Entschlüssen stets nur von ihrer Ueberzeugung leiten lassen. Er sagt es — und wir sind bereit, ihm das zu glauben. Wir wollen es auch gelten lassen für die Beschlässe, die diese Ueberzeugungstreuen in Wahlprüfungs-Angelegenheiten zu fassen pflegen. Aber das eine müssen wir doch sagen, daß gerade in diesem Punkte die Wege, die der Freisinn, seiner Ueberzeugung folgend, gegangen ist, in letzter Zeit sehr wunderbar gewesen sind. Nach dem Fall Herffin kam der Fall Leis, und nach dem Fall Leis ist nun der Fall Herzberg gekommen.

Der königliche Baurat Herzberg hat sich von einem Wahlbezirk erster Abteilung ein Stadtverordneten-Mandat übertragen lassen, obwohl er nicht mehr in Berlin wohnt, sondern mit seiner Familie und seinem ganzen Haushalt nach Wilmersdorf übergesiedelt ist. In Berlin hat er nur noch seine Geschäftsräume behalten, und in einem dieser Räume hat er sich eine Art Absteigequartier eingerichtet, das mit einem Schlafsofa, einer Waschgelegenheit usw. ausgestattet ist. Der Herr Baurat hat von dieser Schlafstelle gelegentlich auch Gebrauch gemacht, aber der Mehrheit des Wahlprüfungs-Ausschusses — leider war es nur eine Zufallsmehrheit — erschien das dem doch nicht als ausreichend, ihm die Eigenschaft eines Berliner Bürgers zu belassen, und so wurde sein Mandat als ungültig angesehen. Die Berichterstattung an das Plenum, die unserem Genossen I. E. E. übertragen worden war, führte gestern zu einer interessanten Debatte. Der Antrag des Ausschusses auf Ungültigkeitserklärung, den Liebtnecht in klarer Beweisführung begründete, wurde nur von den Sozial-Fortschrittlern unterstützt. Alle anderen Gruppen der Versammlung waren entschlossen, Herrn Herzberg zu retten. Der Herr Singer setzte gegen die Tifftelken ihrer Redner den gesunden Menschenverstand, der es nicht zulassen könne, dieses Mandat für gültig zu erklären. Aber Herr Herzberg, der Einwohner von Wilmersdorf mit einer Gelegenheits-Schlafstelle in Berlin, blieb Sieger. Die Mehrheit suchte das Schlusswort des Ausschuss-Berichterstatters niederzulärmen und erklärte dann mit 62 gegen 38 Stimmen Herrn Herzbergs Mandat für gültig.

Anfichts dieses Beschlusses und der anderen, die in den letzten Monaten in Wahlprüfungsachen gefaßt worden sind, muß man wünschen, daß die freisinnige Stadtverordneten-Mehrheit fortan lieber nicht mehr ihrer Ueberzeugung folgt — einer Ueberzeugung, die blind macht gegen die einfachsten Regeln des gesunden Menschenverstandes.

Das „Rotbuch“ des Magistrats der Stadt Berlin ist erschienen. Es umfaßt die amtliche Personalnachweisung der Berliner Gemeindeverwaltung und der mit dieser in Verbindung stehenden Verwaltungen und Anstalten. Das neue Rotbuch schließt wie das alte mit dem Namen Jylitz, enthält aber 15 Seiten weniger als das letzte. Die Zahl der Ehrenbürger ist dieselbe geblieben. An Stelle des verstorbenen Ehrenbürgers Dr. Vertram sehen wir als jüngsten den Stadtrat a. D. Haack und an Stelle des Prof. Ad. v. Renzel den Staatsminister A. D. und früheren Oberbürgermeister Sobrecht, während Prof. Rob. Koch und Dr. Langenhans als die ältesten Ehrenbürger an der Spitze der Tafel stehen. Die Stadtdiener sind durch den Tod des Stadtrats Strube auf sechs reduziert. Der Magistrat erscheint zum erstenmal seit langer Zeit vollständig mit 34 Mitgliedern. Im Jahre 1903 waren nur 31 und im vorigen Jahre nur 33 verzeichnet. Die Zahl der Magistratsräte hat einen Zuwachs um 3 auf 16 erfahren und die der Magistratsassessoren um 1 auf 15. Juristische Hilfsarbeiter sind 4, wie in den letzten Jahren genannt. Von Stadtverordneten sind 140 verzeichnet, es fehlen somit 4. Die Zahl der Bürgerdeputierten ist auf 85 gestiegen, da inzwischen seit der Drucklegung 5 neue für das Kuratorium der Fortbildungsschule gewählt worden sind, so erhöht sich deren Zahl auf 90. Ein eingehendes Studium des Rotbuches ergibt, daß die Zahl der in Ehrenämtern der Stadt tätigen Personen — rund 4000 — einem ständigen Wechsel und einer dauernden Steigerung unterworfen ist.

Zuviel verlangt.

Mit merkwürdigen Forderungen kommt der bekannte Konvertit Graf Hoenschbroch den offiziellen Vertretern des königlich preussischen Christentums. Er stellt an die Herren Hofprediger nämlich das unerhörte Verlangen, weltlichem Land zu entsagen und ersthaft im Geist Christi zu leben. Die Einweihung des Domes mit ihrem theatralischen Gepränge hat ihn in Wallung gebracht, und in seiner Monatschrift „Deutschland“ nennt er diese königlich preussische Festlichkeit eine „Profanation des Christentums“.

Und da kommt diese durch den demütigen, überweltlichen Christus- und Gottesglauben überwindene „Welt“ gespreizt wie ein Pfau, schillernd in ihrer weltlichsten Form, gepudert mit den weltlichen Eitelkeitsabzeichen: Hofuniformen, Ordensbändern und Ordenssternen, eleganten Frauentouletten, und nimmt Besitz von der Stätte, von der es heißen sollte: „Löse deine Schuhe, denn der Ort, wo du stehst, ist heilig.“ Und die Krone setzt diesem Unchristentum auf die Art der Anwesenheit so vieler evangelischer Geistlicher. Sie wollen und sollen sein Nachfolger und Mitwörter des demütigen Christus, und da schreiten sie einher behangen mit weltlich-höfischen Orden! Ja, vor denn in dieser großen Schar von Christusbildnern auch nicht einer, der das Gefühl dafür hatte, was ihnen ziemt an diesem Orte und bei dieser Gelegenheit, der den Mut fand, auszusprechen: Brüder, legen wir ab alle weltliche Hoffart und Eitelkeit, denn der Ort, wo wir stehen, ist heilig! Ach, über die Verweltlichung, die eingerissen ist in die evangelische Gemeinde und in die evangelische Geistlichkeit! Ich will mich nicht als Richter hinstellen und ganz gewiß nicht als Mutterchrisen. Allein jeder Christ, so unvollkommen er auch sei, hat das Recht und die Pflicht, Dinge, die das Wesen des Christentums zerbrechen und es aus einer Religion demütiger Innerlichkeit zu einer Unreligion hoffärtiger Neugierlichkeiten zu machen drohen, bei Namen zu nennen und den schärfsten Tadel über sie auszusprechen. Die Veräußerlichung der evangelischen Geistlichkeit, ihr selbstgevolles und vielfach sogar erstrebtes Stehen mitten unter den titel- und ordenssuchenden Menschen ist mit ein Hauptgrund, weshalb das Evangelium Christi mehr und mehr an Einfluss verliert. Die schönsten und salbungsvollsten Predigten vermögen den kaffenden Gegensatz zwischen Christusbildnerberuf und eitel-weltlicher Lebensführung nicht zu verdecken. Wenn irgendwo, dann will bei Religionsdienern das Volk Laten sehen und nicht bloße Worte hören. Jüngst ist ein Oberhofprediger „Egzelens“ geworden. Ich habe mich an den Kopf gegriffen und gewiß mit Laufenden gefragt, wie ist es nur möglich, daß ein Mann mit diesem Beruf diesen ausgeprägt höfischen Titel annimmt!

Die Herren Oberhofprediger, Hofprediger und Konsistorialräte werden dem Eiferer vermutlich den Rat geben, erst zu lernen und praktisch in das Wesen und die Lebensbedingungen des preussischen Christentums einzudringen. Wenn dem Grafen Hoenschbroch erst ein Licht darüber aufgegangen ist, daß die evangelisch-staatskirchlichen Eggelungen und Ordensritter sich mit Händen und Füßen an Hof und Staat klammern müssen, weil sie mit dem Volk keine Gemeinschaft haben, dann wird er bestimmt einscheln, daß es unrecht von ihm war, sie mit seinen „sittlichen Forderungen“ zu belästigen. Allerdings mag er dann ferner zu der Einsicht kommen, daß der Uebertritt vom Katholizismus zur „reinen Lehre“ eigentlich überflüssige Mühe war.

Würdigung der deutschen Industrie. Die Ausstattung für die Kronprinzessin Cecilie wird, wie nun der „Conf.“ zu melden weiß, zum großen Teil in Paris hergestellt, und zwar trifft die Mutter der Kronprinzessin, die Großherzogin Anastasia von Baden-Schwarzenberg, alle Anordnungen selbst. Die Großherzogin Anastasia gehörte schon immer zu den besten Kundinnen der bekannten großen Pariser Magazine. Ein kleiner Teil der Ausstattung wird auch in Berlin hergestellt.

Der Kartenerlös der Landesversicherungs-Anstalt Berlin betrug in den beiden ersten Monaten dieses Jahres rund 1 435 697 M. oder 77 705 M. mehr als in den ersten beiden Monaten des Vorjahres. Für das Heilversahren sind im Monat Februar dieses Jahres 71 402 M. gegen 114 433 M. im Februar vorigen Jahres verausgabt worden.

Mit den berüchtigten Praktiken des Krawattenfabrikanten Adolf Steinberg hatten wir uns seit dem Jahre 1898 mehrfach zu befassen. Er ist im Jahre 1900 wegen Betruges zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, von der Verurteilungsdinstanz dann aber freigesprochen worden. Auch jetzt noch scheint er seine Verrichtungen in gemeingefährlicher Weise zu üben, wie eine Zuschrift an die Redaktion zeigt, die wir zur Warnung für junge Mädchen hier veröffentlichten.

Der bei den Berliner Amts- und Gewerbeberichtern rühmlichst bekannte „Krawatten-Professor“ A. Steinberg, Inhaber und Direktor der „Ältesten und größten Krawatten-Akademie“, scheint mit seinen Annoncen zurzeit viel Glück zu haben. Leider aber werden die Damen, die ihm auf den Keim gehen und 20 M. für einen vierzehntägigen Lehrkurs bezahlen, eine gründliche Enttäuschung erleben. Auffällig ist es schon, daß der Herr Direktor sich nur sehr selten mit seinen Lehrdamen beschäftigt, trotzdem in dem Prospekt dieser Firma zu lesen ist, daß der Unterricht in der Lebens-würdigen Weise von Herrn Steinberg selbst erteilt wird. Ferner soll nach dem Prospekt kein „Einzelunterricht“ erteilt werden; 14 Personen aber zu gleicher Zeit durch eine Lehrkraft auszubilden, dürfte wohl nicht gut als Einzelunterricht bezeichnet werden können. Sind nun die vierzehn Tage Lehrzeit um, so wird zweifellos jede Dame glauben, sofort Beschäftigung in der Abteilung I dieser Firma zu finden. Weit gefehlt. Gatten die Lehhdamen bisher zur größten Zufriedenheit der den Unterricht erteilenden Dame gearbeitet, so werden sie, sobald sie um Beschäftigung bitten, von Herrn Steinberg zu hören bekommen, daß sie wenig oder gar nichts gelernt haben; nach einer angeblenden Neuerung dieses Herrn sind von 100 Damen überhaupt nur 10 fähig, Krawatten zu nähen. Hat nun aber eine Dame das „Glück“, bei Herrn Steinberg Beschäftigung zu erhalten, so ist damit immer noch nicht gesagt, daß sie auch etwas verdient. Duzende von Klagen hat das Berliner Gewerbegericht und, vor Einführung dieses Gerichts, schon die Gewerbeinspektion zugunsten dieses ehrenwerten Herrn und Meisters entscheiden müssen, und zwar fast stets wegen Einbehaltung von Lohn aus nützigen Gründen. Pfändungen bei diesem Herrn fallen fruchtlos aus. Zum Schluß noch etwas, was die Gesundheitspolizei interessieren dürfte. Für 14 Damen, die an dem „Einzelunterricht“ in „komfortabel eingerichteten Räumlichkeiten“ teilnehmen, ist nicht ein einziger Abort vorhanden; die Damen sind vielmehr gezwungen, sich zu Jandorf oder nach der Rotunde am Spittelmarkt zu bemühen.

Die Berliner Pflicht-Fortbildungsschule ist nur für die Berliner, nicht für die Vorortbewohner. Dieser Bescheid wurde vielen Einwohnern der Vororte zu teil, die anfragen, ob ihre Söhne in die obligatorische Fortbildungsschule in Berlin aufgenommen würden. Während bisher der Aufnahme von Vorortbewohnern in die Fortbildungsschule nichts im Wege stand, hört dies mit dem 1. Mai, der mit dem Fortbildungszwang auch die Unentgeltlichkeit des Unterrichts bringt, auf. Für Vorortlinge, die in Berlin beschäftigt sind, aber in den Vororten wohnen, wird die Venderung nicht unerhebliche Schwierigkeiten mit sich bringen, zumal noch in verschiedenen größeren Vororten im Norden und Osten Fortbildungsschulen gänzlich fehlen.

Dieser Bescheid ist ein neues Beispiel der Kränklichkeit des unsinnigen Zustandes, daß die Vororte rings um Berlin herum nicht eingemeindet sind. Selbst die sich vornehm dünkenden „Dörfer“ im Westen wären ohne die Reichshauptstadt noch die elenden Kossäthen-nester wie vor vierzig Jahren. Die Haltung Berlins in Sachen der Pflichtfortbildungsschule bedauern wir im Interesse der jungen Leute, die an ihrer Ausbildung gehindert werden. Vielleicht ist diese Strenge eine Art Rebange für die Gier, mit der neuerdings verschiedene Vororte in Sachen der Schulunterhaltungskosten von Berlin zu zehren trachten. Auf die Dauer ist aber der heutige Zustand unerträglich, und ein kommunales Groß-Berlin bleibt der einzige Ausweg.

Ein Arbeiterführer mit Vertrauen zum Polizeiminister. Ein solcher Mann kann nicht von hier sein. Und das stimmt auch. Graf Biedler ist nämlich derjenige, welcher. Die vorausgehende war, hat es den tatendürftigen Grafen nicht lange in seiner freiwilligen Verbannung in Klein-Tschirne gelitten; seine Absicht, vom politischen Kampfsplatz abzutreten, hat er schnell wieder aufgegeben. Gestern traf Graf Biedler wieder in Berlin ein und nahm im Hotel Westminster unter den Linden Wohnung. Von seinen Getreuen wurde ihm ein feierlicher Empfang bereitet, die kleinen Differenzen sind längst ausgeglichen. Der Graf erklärte, den Kampf mit neuer Kraft wieder aufnehmen zu wollen; er ist fest davon überzeugt, daß ihm der neue Minister des Innern nicht dieselben Hindernisse bereiten wird wie sein Vorgänger. Besonders lebhaft wandte sich Graf Biedler gegen die Behauptung eines hiesigen Blattes, er wäre unter die Spiritisten gegangen. Das würde ihm niemals einfallen; er wolle jetzt die Berliner Arbeiterschaft zum Sturm und Sieg führen. Mensch, hast Du 'ne Weste an!

Die Einführung des elektrischen Betriebes auf der Berliner Stadtbahn bildet den Gegenstand einer der Preisaufgaben, welche die Technische Hochschule zu Berlin für 1905/1906 stellt.

Ueber den alten Dreifaltigkeits-Kirchhof vor dem Potsdamer Bahnhofgebäude, dessen Umfassungsmauer renoviert wird, sind im Publikum vielfach irrige Ansichten verbreitet. Man nimmt allgemein an, daß dies Verkehrshindernis noch aus Jahre hinaus — bis 1912 oder gar 1913 — unantastbar wäre. Dem ist aber nicht so. Zwar ist die gefestigte „Biegung“ noch nicht verstrichen, die vom Jahre der Schließung eines Kirchhofes an gerechnet wird; ein Verkauf des Geländes soll in der Regel erst 40 Jahre nach der Schließung stattfinden dürfen, falls der zuständige Minister dies nicht früher genehmigt. Die „Verwehungsperiode“ wird meist mit 30 Jahren angenommen. Es existiert nun aber ein Ministerialerlaß vom Jahre 1893, der zugunsten des öffentlichen Verkehrs allgemein Ausnahmen zuläßt. Nach diesem Erlaß wäre es möglich, wie den zum Bürgerfest benötigten Streifen des Kirchhofes so den ganzen Begräbnisplatz schon jetzt seiner ursprünglichen Bestimmung zu entziehen, es brauchte nur

ein bezüglicher Antrag gestellt zu werden. Indes es fehlt am nötigsten: Der Preis, den die Kirchengemeinde für dies wertvolle „Grundland“ fordert und der auch im Enteignungsbeweis würde gezahlt werden müssen, hat die nächstbeteiligten Respektanten zurückerledigt. Die Hochbahngesellschaft hat ihr Tunnelprojekt so eingerichtet, daß sie des Kirchhofes-Geländes nicht mehr bedarf, und der Eisenbahn-stadus kann sich nach wie vor mit diesem Verkehrshindernisse abfinden.

Die leicht entzündbaren Zelluloidwaren dürfen nach einer gegenwärtig im Polizeipräsidium ausgearbeiteten Verordnung nicht mehr offen, sondern in Kästen mit Blechdeckeln auf den Verkaufsstellen ausgelegt und bei Lagerung in Regalen entweder in Blechkästen mit Blechdeckeln oder, falls es sich um größere Gegenstände handelt, in blechgeschlagenen Regalfächern mit eiserner Tür aufbewahrt werden. Auf Grund von Verhandlungen mit den in Frage kommenden Interessenten hat nunmehr das Kellertenkollegium beschlossen, an das Polizeipräsidium ein eingehend begründetes Gesuchen zu richten, daß vor Erlaß einer solchen den Handel mit Zelluloidwaren so gut wie lahm legenden Verordnung nochmals eine Prüfung der Materie unter Zustimmung von Sachverständigen und Interessenten aus den Kreisen der Fabrikanten und Händler vorgenommen werden möge, da nach den Erhebungen des Kollegiums die geplanten Vorregeln in den tatsächlichen Verhältnissen keine genügende Begründung finden und bei der großen Mannigfaltigkeit der Zelluloidwaren teils nicht immer durchführbar sein, teils die vermeintliche Gefahr, die man abwenden wolle, noch vergrößern würden.

Als ärztliche Sachverständige für das Schiedsgericht für Arbeiter-versicherung des Stadtkreises Berlin sind gewählt: Kreisarzt Geh. Med.-Rat Dr. Weder, Greifensaustr. 99; Kreisarzt Med.-Rat Dr. Eiten, Passauerstr. 13; Sanitätsrat Dr. Adler, Rogstr. 90; Sanitätsrat Dr. Köhler, Askaniischer Platz 4; Sanitätsrat Dr. Wagner, Rinkgenstr. 48; Dr. Engel, Wilmersdorf, Ullandstr. 58; und Dr. Lemhoff, Schmidtstr. 37.

Die bisher dienstälteste Gemeindefullehrerin Berlins, Fräulein Elise Vogeler, ist jetzt in den Ruhestand getreten. Fräulein Vogeler blüht auf eine für Berliner Lehrerinnen ungewöhnlich lange Lehrtätigkeit zurück; die Dienstzeit, die ihr angerechnet wird, beläuft sich am 1. April d. J. auf 47 1/2 Jahre. Ihre feste Anstellung als Gemeindefullehrerin reicht noch zurück bis in jene Zeit, wo die städtische Schulverwaltung Berlin eben erst dazu übergegangen war, im Gemeindefullehrerwesen wissenschaftliche Lehrerinnen fest anzustellen. Zulezt unterrichtete Fräulein Vogeler an der 13. Mädchen-Gemeindefullehrerin in der Elisabethkirchstraße. Dem Lehrerkollegium dieser Schule hat sie Jahrzehnte hindurch angehört.

Der Mitgliederbestand der Berliner Krankenkassen, soweit diese der Aufsicht des Magistrats unterstellt sind, also der Orts-, Fabrik- und Zimmern-Krankenkassen und der Gemeinde-Krankenkassen, hat zu Beginn des Frühjahrs wieder die alljährlich um diese Zeit einsetzende starke Aufwärtsbewegung gehabt. Die Zahl der Mitglieder war im Winter vom Dezember zum Januar von 656 822 in raschem Fall auf 638 367 herabgesunken und dann bis zum Februar langsam wieder auf 642 690 gestiegen. Vom Februar zum März ist sie nun sofort auf 654 191 — also um 11 501 — angewachsen, sodas der Mitgliederbestand vom Dezember nahezu wieder erreicht war.

Die Syree-Havel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft Stern wird im kommenden Sommer über eine Flotte von 50 Fahrzeugen verfügen. Es wird ein neues Motorboot für den Verkehr auf der Havel eingestellt. Das neue Schiff erhält den Namen „Perkur“. Die Stern-Gesellschaft besitzt dann 44 Dampfer und 6 Motorboote. Auf der Oberpre (Linie Köpenick-Grünau) wird eine neue Station Krampen-burg auf dem rechten Ufer angelegt.

Ueber Tierquälerei im Variété schreibt das „Berl. Tgl.“: Im Wintergarten tritt jetzt allabendlich ein Rauberländler auf, der als Schlusnummer seines allerdings sehr interessanten Programms ein Vogelbauer mit einem lebenden Raucienvogel darin aus seinen Händen beschwinnen läßt. Das Experiment wirkt sehr verblüffend und findet auch stets lebhaften Beifall, aber der Enthusiasmus der allermeisten Zuschauer würde sich wohl bedeutend abkühlen, wenn man wüßte, welch eine abscheuliche Tierquälerei mit diesem Kunststück verbunden ist. Denn der „Rauberer“ hat das Vogelbauer an einem starken, eisigharbenen Gummi-band befestigt, das aus seinem Kernel herauskommt. Sobald er den Arm ausstreckt, spannt sich der Gummi straff an, und wenn er losläßt, schnell das Vogelbauer mit einer Schnelligkeit, der das Auge nicht zu folgen vermag, in den Kernel hinein. Die Drahtwände des Käfigs, die in Scharnieren gehen, legen sich dabei glatt zusammen, und der arme Vogel wird zu Bret gequetscht. Die Wäsche des „Rauberers“ bedeckt sich innen mit einem ekelhaften Gemisch aus Blut, Federn und Fleischteilen. Dieses Experiment macht der betreffende Variétékünstler jeden Abend zweimal, und jeden Abend werden zum sogenannten Vergnügen der Menschheit zwei Vögelchen auf diese Weise umgebracht. Wir glauben, daß hier eine Stelle ist, wo der Tierquälerei seinen Einfluß geltend zu machen berechtigt ist, denn der Artist würde sein Brot noch lange nicht verlieren, wenn er das Kunststück nicht gerade mit einem lebenden Tiere ausführte.

Stadtschulrat. Im Räumersahl des Berliner Asylvereins für Obdachlose nächtigten im Monat März 21 647 Personen, im Frauen-asyl 4472 Personen. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstr. 55/59, für Frauen: Hüflerstr. 5.

Ein Armenkommissions-Vorscher vor Gericht.

Was einem alten Mütterchen mit einem Armenkommissions-Vorscher passierte, kam gestern bei einer vor dem Schöffengericht geführten Verhandlung gegen den früheren Armenkommissions-Vorscher Zigarettenfabrikanten Brunus zur Sprache. Die 82jährige, aber körperlich und geistig noch sehr rege Witwe Stephan, die Armenunterstützung erhält, hatte sich 200 M. für ihre Begräbnis zusammengepart und sich dafür ein Wertpapier gekauft, welches sie in ihrem Stübchen ängstlich behütete und bewachte. Auf Anraten einer alten Freundin ging sie eines Tages mit dem Wertpapier zum Armenkommissions-Vorscher Brunus nach der Pappel-Allee und bat, ihr diesen ihren Schatz aufzubewahren, da das Geld doch zu ihrer Beeridigung dienen solle und bei dem Vorscher sicherer aufgehoben sei, als bei ihr. Herr Brunus lobte diese Vorsicht, nahm das Wertpapier an sich, ohne ihr eine Quittung auszufertigen, und die alte Matrone begnügte sich damit, daß ihr die anvertraute Frau Brunus auf die Schulter klopfte und freundlich zu ihr sagte: „Da haben Sie recht getan, Mütterchen, hier ist das Geld sehr gut aufgehoben!“ Nach einiger Zeit kam der alte Frau zu Ohren, daß Herr Brunus ihr Wertpapier weggegeben haben sollte. Kurz entschlossen sprach sie bei ihm vor und verlangte die Vorgehung ihres Papiers. Herr B. erklärte, daß er es bei einem Bankier deponiert habe. Frau Stephan aber, die gestern dem Schöffengericht selbst anvertraute, daß sie „helle in der Welle“ sei, verlangte darauf den Depositen zu sehen. Ein solcher konnte ihr augenblicklich auch nicht vorgezeigt werden, und aus alledem entnahm Frau Stephan, daß etwas nicht in Ordnung sei. Sie nahm dann das Anerbieten des Herrn Brunus an, monatlich 10 M. gezahlt. Als in dieser Weise die Summe von 200 M. bis auf 80 M. getilgt war, stotzte die Zahlung. Die resolute alte Frau ging sofort wieder zum Armenkommissions-Vorscher, um den Grund zu erfahren; dessen Frau spreizte sie aber damit ab, daß ihr Mann nicht zu Hause sei. Ein Versuch am nächsten Tage hatte dasselbe negative Ergebnis, und da sich die alte Frau noch durch die scharfe Abweisung der Frau B. berlegt fühlte, ließ sie durch einen schriftgewandten Bekannten die Einwilligung gegen B. anstrengen. Logleich sie keine Quittung in

Händen hatte, gewann sie den Prozess. B. wurde zur Zahlung der 80 M. verurteilt und mit Hilfe des Gerichtsvollziehers hat die alte Frau Stephan ihr Geld zurückerhalten. Die weitere Folge war aber die Anklage wegen Unterschlagung gegen den früheren Armenkommissions-Vorsitzer. Die Angaben des Angeklagten und seiner Ehefrau über die besitzenden Umstände, unter welchen die 200 M. übergeben worden seien, lauteten wesentlich anders, als die der alten Frau. Da deren Angaben aber durch andere Zeugen unterstützt wurden, so hielt der Staatsanwalt die Unterschlagung für erwiesen und beantragte 1 Monat Gefängnis, indem er den Vertrauensbruch gegen eine arme Greisin als besonders erschwerend erachtete. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 150 M. Geldstrafe ebent. 30 Tagen Gefängnis.

Zu der Duell-Angelegenheit, über die wir gestern berichteten, weiß der „Lok.-Anz.“ noch zu melden: Am Donnerstag voriger Woche sah Herr Jippitt mit zwei Freunden in einem Restaurant der Leipzigerstraße. Unter den Gästen befand sich der drei Herzen gänzlich fremde Ingenieur Franz v. Kobalinsky in Begleitung eines vorwurfsfreien jungen Mädchens, welches einem der Herren von früher her bekannt war. Auch Herr Jippitt kannte dieses Mädchen, dem er in Gesellschaft begegnet war. Das Fräulein grüßte freundlich, jedoch ganz formell. Dies war der Vorgang innerhalb des Lokals. Herr Jippitt verließ seine beiden Freunde gegen 12 Uhr, da seine junge Gattin kurz nach Mitternacht zu Hause eintreffen sollte. Im Vorraum des Lokals folgte ihm das Mädchen und bot ihm, ihm zu gestatten, in seiner Begleitung mit der elektrischen Bahn den gleichen Weg zu fahren, da ihr Begleiter sie mit Judringlichtern verfolgte. Herr Jippitt hatte nichts dagegen und sagte, sie könne sich ihm anschließen. Der russische Ingenieur war jedoch Herr J. von hinten nachgeschlichen und machte, als er das Fortgehen der beiden bemerkte, hinterwärts einen tätlichen Angriff auf Herrn Jippitt. Die Angelegenheit endigte mit einem Kartenwechsel. Ein Freund des Herrn Jippitt gab sich die denkbar größte Mühe, den Russen zur Zurücknahme der Verleumdung zu bewegen. Alle Bemühungen waren erfolglos. Die gerichtlichen Verhandlungen werden hierüber das Weitere ergeben.

Zu dem Verschwinden des Studenten Hans Freiherrn von Wolzogen wird uns mitgeteilt, daß der Vermittler zwar bei auffallend betterer Stimmung seine Wohnung verlassen, daß es indessen nach den von ihm hinterlassenen Briefen und Gedichten nicht ausgeschlossen erscheint, daß er bei seinem krankhaften Zustande Selbstmord begeht. Auf seine Ermittlung haben jetzt seine Angehörigen eine Befolgung von 300 M. ausgelegt.

Im Untersuchungsgefängnis genommen wurde der Bader Karl Piper der des räuberischen Diebstahls auf den Geldbriefträger Ullm beschuldigt wird. Piper behauptet zwar nach wie vor, nur harmlos auf dem Hausboden übernachtet zu haben und mit dem wirklichen Täter verwechselt worden zu sein; er erscheint aber durch die Zeugenaussagen so schwer belastet, daß die Kriminalpolizei ihn gestern nachmittag dem Untersuchungsrichter vorführte.

Einen kleinen Silberhahn hat die Kriminalpolizei einer verhafteten Einbrecherbande abgenommen. Es handelt sich um zwei große und vier kleinere silberne Hähne, die wohl irgend einem Regiment angehört haben. Vielleicht sind es Auszeichnungen, Preise oder Geschenke gewesen. Die Verbrecher haben sie zusammengeklaut, da sie für sie nur Metallwert hatten, aber es ist noch zu erkennen, daß die Hähne als Schmuck zwei Schlingen mit angelegtem Gewehr und eine Regimentskennung trugen.

Im Hotel erschossen. Der 28 Jahre alte, aus Leipzig gebürtige Wachtmeister Robert Wuhle legte vorgestern abend in einem Hotel in der Eichendorffstraße ein und ging frühzeitig auf sein Zimmer. Als er bis gestern nachmittag nicht wieder zum Vorschein kam und auch auf wiederholtes Klopfen nicht geöffnet wurde, ließ der Wirt die von innen verschlossene Tür öffnen und fand Wuhle jetzt tot vor dem Fenster liegen. Dieser hatte sich mit einem Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen.

Einen schrecklichen Tod fand der 1 1/2 Jahre alte Sohn Karl des Maschinenbauers Wudow am Gieseler-Weg Nr. 7. Der Knabe hatte einige Barzen an den Händen, und seine Mutter versuchte, sie mit Salzsäure auszubrennen. Als sie nun vorgestern nachmittag die Küche reinigte, und an der Kochmaschine zu tun hatte, ließ sie die Flasche mit der Salzsäure auf dem Tisch stehen. Hinter ihrem Rücken stieg der Kleine auf einen Stuhl, holte die Flasche vom Tisch und trank sie bis auf einen kleinen Rest leer. Der Knabe fiel sofort um; ein herbeigerufener Arzt stellte schreckliche Verbrennungen fest und wandte alle Gegenmittel an. Diese blieben jedoch erfolglos, der Kranke starb bereits im Laufe der folgenden Nacht. Seine Leiche wurde zur gerichtsarztlichen Leichenschau besichtigt und nach dem Schauhause gebracht.

Ein unbekannter Mann im Alter von 35 bis 40 Jahren ist am 31. März im Jagd 55 der Jungfernhölde erschossen aufgefunden. Derselbe ist circa 1,50 groß, hat dunkelblondes Haar und blonde Augenbrauen, gewölbte Stirn, hellblaue Augen, breite Nase, großen Mund mit aufgeworfenen Lippen, dunklen Schnurbart, defekte Zähne, rundes Antlitz, ovale Gesichtsbildung und eine unterlegte Gestalt und ist mit schwarzem steifen Hute, schwarzem Kammgarnrod, Hose und Weste, ein paar grauen und ein paar schwarzen Strümpfen, grauem Trikothemd, dunkelgrauem Winterüberzieher, weissem Chemisette und schwarzer Kravatte, weissem Hemd und schwarzen Gamaschen bekleidet. In den Taschen des Unbekannten wurde ein gelbes Klapp-Portemonnaie mit zwei Pfennigen, 20 Kronen, eine Wideluhrkette, ein Taschenspiegel, einbeutel aus Schweinsblase, drei weiße Taschentücher ohne Zeichen gefunden. Renegozentgenen wollen sich beim Gutsherrn in Blöhensee melden. Nachricht nimmt jedes Polizeirevier, sowie die Kriminalpolizei zu 2451 IV. 35. 05. entgegen.

Feuerbericht. Donnerstag nachmittag gegen 5 Uhr wurde die Wehe nach der Vertrautendstr. 18 gerufen, weil dort im Keller des Duergebäudes auf nicht ermittelte Weise Feuer entstanden war. Stroh, Papier, Kisten, Lumpen, Wappen zc. brannten unter starker Rauchentwicklung. Der 20. Hofzug befestigte innerhalb einer halben Stunde mit einer Schlauchleitung die Gefahre. — In der Ballertheaterstr. 32 mußte dann ein Wohnungsbrand abgelöscht werden. Möbel und Kleidungsstücke wurden im wesentlichen beschädigt. — Ferner liefen noch aus der Mühlenerstr. 2, Franzstr. 6, Blumenstraße 74 und aus der Rauningerstr. 56 Alarmierungen ein. In allen diesen Fällen handelte es sich aber um ganz unbedeutende Brände, deren Ablösung nur kurze Zeit in Anspruch nahm.

Im Passage-Theater tritt zur Zeit eine Künstlerin auf, die ehemals berufen war, die Lindische Waise zum Siege zu führen. Wer kennt nicht Emmi Ardorch, jene Sängerin, welche im Apollo-Theater die an sich schon recht naturalistischen Rollen stark ausgearbeiteter Damen nach Möglichkeit noch derber gestaltete als es Dichter und Komponist für notwendig hielten? Im Passage-Theater giebt die Soubrette sich in voller Beweglichkeit, und wer sie einmal gehört hat, möchte ein komischer Kauz sein, wenn er ihr nicht gerne eifrige Ausgelassenheit vergötte. Auch der Komiker Corradini ist in Berlin nicht unbekannt und weiß an seiner neuen Wirkungsstätte das Publikum für sich einzunehmen. Drollig war auch die Darstellung eines Bekannten von Pipp. Als Koloraturfängerin von vortrefflicher Stimme und Schilung tritt die Indierin Koforof auf. Lotte Sebus ist aus der Zeit, da das Dreißigliterarisch vermodellt werden sollte, noch bekannt; sie findet auch heute mit ihrer Vortragskunst Weisfall. Herr Man de Wirth ist ein tüchtiger Damenkomiker; wer an dieser Art Kunst an sich Gefallen findet, kommt bei ihm auf seine Kosten. In der Tanzkunst ist das Ensemble der Violettas aller Achtung wert; ihre Leistungen führen zu den eigentlichen Akrobatenkünsten hinüber. Die Drenjes zeigen unheimlichen Wagemut, indem sie ihre gefährlichen Leiterstücke mit allerhand Späßen begleiten. Die drei Damen des Mascotte-Trio produzieren sich mit Eleganz an Ringen; Erstamliches auf dem Gebiete der Parterre-Akrobatik berichten die sieben Alifons. Zum Schluß seien noch die tüchtigen Kunstschützen genannt, die sich in der Person des Majors Charles und zweier Damen produzieren.

Gerantio. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Gode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Ferienwanderungen der Volkshäuser wird zum erstenmale in diesem Jahre der Deutsche Verein für Volkshygiene, Ortsgruppe Berlin e. V., veranstalten, und zwar zunächst mit 100 Schülern, welche in Gruppen zu 20 eine sechsstägige Wanderung unter Führung je eines Lehrers während der großen Ferien machen werden. Die Kosten hierfür hat der Verein im Kreise seiner Mitglieder aufgebracht. Der Verein beabsichtigt auf diese Weise die gesunden Großstadtkinder der ärmeren Kreise wieder in engere Fühlung mit der Natur zu bringen, und wenn dieser erste Versuch sich bewährt, so soll diese Einrichtung vom nächsten Jahre an ständig und in großem Maßstabe ausgeführt werden. — Nähere Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle, Berlin W., Mohstr. 7, wo aber Anmeldungen zur Teilnahme an den diesjährigen Wanderungen nicht mehr angenommen werden.

Ernst Haedel in Berlin. Ernst Haedel wird, seit vielen Jahren zum ersten Male, in Berlin einen Vortrag halten. Das Thema, über das der Altmeister der monistischen Philosophie sprechen wird, lautet: „Entwickelungslehre oder Kirchenglaube“. Der Vortrag findet am 14. April, abends 8 Uhr, im Saale der Singalademie statt. Eintrittskarten sind bei Voto u. Rod und A. Berthelm zu haben.

Peter Kosleger ist der letzte Volkshausabend der Stadt Schöneberg am Sonntag, den 9. d. Mis., abends 8 Uhr, in der Hohenzollernschule, Ede Eisenader- und Selzgerstraße, gewidmet. Den Vortrag über den Dichter hat der bekannte Dr. Richard Plattensteiner aus Wien übernommen. Karten a 30 Pf. auf allen Plätzen sind in den Schöneberger Buchhandlungen sowie im „Verein s. B. d. K.“, Albrechtstr. 11, sowie im Dürerhaus, Kronenstr. 18, zu haben.

Die „Wissenschaftlichen Kurse zum Studium des Alkoholismus“ finden vom 25.—29. April in der Technischen Hochschule zu Charlottenburg (nicht in der Univeritätsstr.) statt. Mit den Kursen wird eine Ausstellung von wissenschaftlichen Werken und von Lehemitteln zur Alkoholfrage verbunden sein. Ebenso wird eine Führung der Teilnehmer durch solche Berliner Veranstaltungen geplant, die auf Hebung der Volksgesundheit abzielen. — Schon jetzt sind eine große Anzahl von Teilnehmern aus allen Teilen Deutschlands gemeldet. Diese erfreuliche Tatsache zeigt, daß die Erkenntnis sich bahnbreicht, daß das Studium des Alkoholismus zur notwendigen Ausrüstung jedes sozial wirkenden Menschen gehört. Programm und alles Nähere durch Herrn Lehrer Kochanowski, Berlin O., Samariterstraße 35.

Eine „Ausstellung für Reformbekleidung für Mädchen bis zu 18 Jahren“ veranstaltet die Kommission für Verbesserung der Kleidung unter dem Vorst. von Frau Margarete Kochhammer vom 15. bis 17. April im Viktoria-Lyceum, Potsdamerstr. 39. Hervorragende Künstlerinnen und bedeutende Firmen haben ihre Beteiligung zugesagt. Nachmittags finden Vorträge und Demonstrationen statt, u. a. von Frau Dr. v. Riederhöffer-Egloff mit ihrer Turnklasse und von Frau Elisabeth Duncan mit den Jünglingen der neu gegründeten Duncan-Tanzschule. Näheres kurz vor der Eröffnung an den Anschlagtafeln.

Die internationale Ausstellung künstlerischer Photographien, welche in der königlichen Akademie der Künste, Potsdamerstr. 120, stattfindet, wird am Sonnabend, den 8. April, mittags 2 Uhr eröffnet werden.

Die Pallistik des Herrn Dr. Schürmeier (für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten) ist nach der Luisenstr. 47 verlegt worden.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Eine moderne Tischlerwerkstatt hat sich der Tischlermeister Jastrau, Kirchhofstraße 44, angeeignet. Der Herr richtete auf dem Neubau Wipperfstraße 5/6 vor einigen Wochen in einer hölzernen Bretterbude, wie sie Bauarbeitern auf Bauten zur Verfügung stehen, eine Filiale seiner Tischlerei mit drei Hobelbänken ein. Erstaunlich ist es, daß die Polizei einen solchen Betrieb in derartigen Räumen duldet; aber bedauerlich ist es, daß sich immer wieder Tischler — und noch dazu organisierte — finden, die in solchen ungesund und feuergefährlichen Musterwerkstätten arbeiten.

Ein Schlächtermeister als Dieb entlarvt. Als zwei Schlächtermeister als Bevollmächtigte der Handwerkskammer die Rixdorfer Schlächtereien einer eingehenden Besichtigung unterzogen, fanden sie bei dem Schlächtermeister Paul Weill in der Wipperfstraße eine größere Menge Fleisch, die aus einem tags zuvor bezugenen Fleischdiebstahl herrührte. Das gestohlene Fleisch war einem Schlächtermeister Schulze mit seinem Fuhrwerk von der Zentral-Markthalle weg gestohlen worden. Das Fuhrwerk hatte man dann, seiner Ladung beraubt, in den Rixdorfer Wiesen aufgefunden. Nach anfänglichen Zeugnissen gestand Weill schließlich den Diebstahl, bei dem ihm sein 16jähriger Schwager geholfen hatte, ein.

Lichtenberg.

Das Geheime in der Laube. In einer auf Lichtenberger Gebiet gelegenen Laubefolie beobachteten Frauen am frühen Morgen drei verdächtige Männer, die aus einer Laube einen schweren Reiseford herauschaften. Sie teilten ihre Wahrnehmung einem Antidiener mit, der die Verfolgung sofort aufnahm und auch einen der Männer festnehmen konnte. Da der Verhaftete unbestraft war und eine feste Wohnung inne hatte, wurde er wieder freigelassen. Erst dann begab sich der Beamte nach der Laube, fand sie verschlossen und konnte sich nur durch das Einbrechen einer Fensterscheibe Zutritt ins Innere verschaffen. Hier bot sich ihm ein unermuteter Anblick. Die Laube glück förmlich einem Kleiderladen, namentlich wies das Hosenlager einen reichen Bestand auf. Daß die Sachen aus Diebstählen stammen, ist zweifellos; doch konnte das „Geheimnis der Laube“ bisher noch nicht aufgeklärt werden.

Friedrichsfelde.

Die Nase abgestripen wurde dem Arbeiter B a g e r aus Friedrichsfelde bei einem Streite, der unter den nach Mitternacht heimkehrenden Teilnehmern an einer Geburtstagsfeier entstand. Der stark blutende Bager wurde vor Schmerz halb ohnmächtig zu einem Arzte gebracht und wird zeitweilig entleert sein. Wegen des Täters, einen Arbeiter D., ist Strafantrag gestellt.

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen! Genossen! Am Montag, den 10. April, abends 8 Uhr, findet in der Ragenhofer Brauerei, Turmstraße 20/27, eine Volksversammlung statt. Genossin Luise Ziegler-Hamburg spricht über: Der Berliner Kindertag oder wie das Bürgerthum Kinderkult treibt. Dienstag, den 11. April, spricht die Referentin über dasselbe Thema bei Klamm, Hagenfelde. Um regen Besuch bitten Die Vertrauenspersonen.

Die Frauenwahlrechtsbewegung in Dänemark hat sich in letzter Zeit stark entwickelt. Der Wahlrechtsbund der dänischen Frauen besteht gegenwärtig aus 14 verschiedenartigen Frauenvereinigungen mit zusammen 5678 Mitgliedern. Den Grundstock des Bundes bildet die „Vollständige Frauenvereingung“, die die Erziehung des Wahrechts als ihr Hauptziel verfolgt. Unter anderen gehören dem Bunde auch Reformvereine und Krankenpflegerinnenvereine sowie gewerkschaftliche Arbeiterinnenvereine an.

Vermischtes.

Das Muster einer unparteiischen Zeitung muß der „Generalanzeiger für Eberswalde“ werden, wenn er auf dem von ihm eingeschlagenen Wege fortfährt. Der Herausgeber dieses Anzeigers ist

nämlich, wie der „Zeitungsbote“ mitteilt, auf die kurose Wes verfallen, an einzelnen Tagen der Woche eine Seite der Zeitung nicht zu bedrucken, damit sie, wie er in einer Ansprache an die Hausfrauen sagt, als appetitliches Butterbrotpapier benutzt werden kann. Warum denn überhaupt erst die andere Seite mit Drucker-schwärze verunreinigen? Wäre es nicht am besten, wenn die „unparteiischen“ Zeitungen überhaupt nur unbedruckte Bogen lieferten? Dann könnten sie doch ihren angeblichen Zweck am besten erreichen.

Ein Bürgermeister vom Amte suspendiert. Der Bürgermeister Paul Preis von Viecherode a. S. ist von der Regierung vorläufig von seinem Amte suspendiert worden. Am 29. März hatte der Bürgermeister einen ihm vom Regierungspräsidenten bewilligten Urlaub angetreten. Wenige Tage später wurde plötzlich der erteilte Urlaub aufgehoben, Preis vom Amte suspendiert und auf halbes Gehalt gesetzt. Die Suspension soll in Kraft bleiben, bis ein von Preis angestrengter Verleumdungsprozess wegen üble r Nachrede gerichtlich entschieden ist. Die „üble Nachrede“ scheint sich auf einen Vorgang zu beziehen, der in die Zeit fällt, als Preis noch Bürgermeister von Salzwechel war. Wenigstens verläutet, daß der Regierungspräsident sich kürzlich von der Stendaler Staatsanwaltschaft die Akten eingefordert hat über einen Fall, der sich vor einigen Jahren auf einem Ackergrundstück in der Nähe des Hauptbahnhofes von Salzwechel abgespielt und der damals der Staatsanwaltschaft Veranlassung zu einer Untersuchung gegeben hat. — Wie weiter gemeldet wird, hat auch die Staatsanwaltschaftin Nordhausen, zu deren Bezirk Viecherode gehört, ein Strafverfahren gegen Bürgermeister Preis eingeleitet.

Ein Zusammenstoß von Güterzügen. Auf dem Bahnhof Rörten an der Strecke Göttingen-Pannover stießen beim Rangieren Wagen von Güterzügen zusammen. Acht Güterwagen wurden zertrümmert. Ein Rangierer ward tödlich verlegt.

Der künftige Direktor der Kunstlederfabrik Pelzer u. Co. in Eupen, Heinzmann, welcher seit zehn Tagen verschunden war, wurde in Ostende verhaftet. In seiner Begleitung befand sich eine Dame aus Köln. Von der unterschlagenen Summe von 185 000 Fr. besaß Heinzmann nur wenige 1000 Fr. Den fehlenden Betrag hat er, wie man annimmt, zum größten Teil verspielt oder zur Sicherheit beiseite geschafft.

Die Opfer bei dem letzten Erdbeben in Lahore werden auf 50 bis 100 Personen geschätzt. Europäer befinden sich unter ihnen. Die Zahl der Vermissten und ebenso die Zerstörung von Eigentum sollen, obgleich fast kein Haus vor Beschädigungen bewahrt blieb, nicht so groß sein, als zuerst befürchtet wurde.

Zentralverband der Handlungsgeschäften und -Geschäftinnen Deutschlands, Bezirk Berlin. Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Duggenbogen, Kottbus. Es spricht Julius Kallisch über: „Gerechte Richter“. Zahlreichen Besuch erwartet die Dreierversammlung. Heber die Notwendigkeit einer Organisation der arbeitenden Jugend wird Paul Gerlach in einer am Sonntagvormittag 3 Uhr bei Fischer, Radstr. 8, stattfindenden Versammlung sprechen.

Briefkasten der Redaktion.

B. W. Gr. 2. Sie haben Ihre Adresse nicht angegeben. Kommen Sie abends zwischen 7 1/2 bis 9 Uhr in unsere juristische Sprechstunde. — **B. Wg.** Wenden Sie sich persönlich an den Direktor der Landtummenschule, Herrn Guzmann, Berlin O. 27, Markstr. 49. Auch können Sie an das Direktorat der Landtummenschule in Steglitz — unmittelbar bei Berlin — schreiben. — **G. B. 77.** Hat in solchen Sachen durch die Arbeiter-Bildungsschule: G. Lammé, Kreuzbergstr. 36. 1. Am schnellsten und Billigsten während der Arbeit im Bureau im Ausland profich zu arbeiten. 2. Logisch richtiger die Mehrzahl, also Spellen. — **Sorrento.** 1. A. 1903 nicht gemahnt; auch 1904 für Reichstag unterlegen. 2. Im Beif. des städtischen Mandats. 3. M. in der Partei. — **H. G. 13.** Bei uns nicht ausmachbar. Wenden Sie sich an die Verwaltung oder das Direktorat der betreffenden Bahn. — **M. 200.** Ohne Anshauung fehlt jedes Urteil darüber. Bleiben Sie sachgemässen Rat ein für bessere Stühle werden 50—60 M. gezahlt. — **S. G. Marti 2.** Unlänglich beantwortet. — **Schiffersbad.** Könnte es geben, aber zweifellos und jedenfalls herlich unbedeutend. Näheres durch Kataloge. — **D. G. 1.** Rund 50 Millionen, auf Korea 10 Millionen, zusammen gegen 60 Millionen Einwohner. — **2. Rein.** — **Luzemburg.** Durch Herrn Eugen Simonowitsch, Berlin, Hofstr. 45 oder: Generalkommission der Gemeindefreien Deutschlands: Berlin, Engel-Weg 15. — **H. 3.** 1240. Borscht! Mit fragen. — **Ringbahnbahn.** Privatunternehmen, das wir ohne Einhalt in die Bäder nicht deutlichen können. Borscht! — **G. R. 1.** und 2: Durch das Volkspräsidium zu Berlin. Zu adressieren an die „Abteilung für Debattemeisen“. — **700 M.** Sprechen Sie darüber mit der Buchhandlung Bormarts. — **1867.** Erlauben Sie sich trotzdem mündlich oder schriftlich bei der Verwaltung der städtischen Sparkasse; die Beamten sind zu sachlicher Auskunftserteilung verpflichtet. — **12. (Müller.)** Einziehung trotzdem nicht ganz ausgeschlossen, aber unter den Umständen recht unwahrscheinlich.

Juristische Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

J. G. Die vor der Wiederverheiratung stattgefundenen Auseinandersetzung mit den minderjährigen Kindern betrifft lediglich den Nachlass des verstorbenen Gatten. Den Kindern bleibt ihr volles Erbschaft in dem Nachlass des überlebenden Gatten. — **Emma.** Leider ist die Kasse im Recht. — **M. 150.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet, können aber bei der Stenographen-Verkaufsstelle unter Schlichtung des Landeshauptmanns beantragen. — **Alter Abonnent.** Wollen Sie in der Tat schließlich geschieden sein, so müssen Sie zuerst der Aufforderung eine sogenannte Ehemohnung haben. Befolgen Sie also den Rat Ihres Anwalts. — **Krauerstraße.** Eine Reklamation wolle ohne Aussicht auf Erfolg. — **G. R. 14.** 1. Soweit der Jahreslohn 1500 M. übersteigt, ist er pflanzbar. 2. So ist Sie wollen. 3. Der einzige Heberzieher ist als unentbehrlich unpfanzbar. — **G. R. 20.** Haben Sie, wie Sie darlegen, am Jahrestag gezahlt, so haben Sie Kosten nicht zu tragen, die durch spätere Einforderung erwachsen sind. — **Karl D.** Niemals. — **H. 21.** Eine Stenographen-Verkaufsstelle hätte in Ihrem Falle Aussicht auf Erfolg. Was abzugeben ist, ist wiederholt ausführlich im Briefkasten, zuletzt in der Nummer vom 2. März, dargelegt. — **M. W.** Den Antrag auf Aufnahme in eine Gelankstalt kann Ihre Frau in jedem Falle stellen. Die früher gestellten Karten verlieren vorübergehend ihre Wirkung, weil innerhalb zwei Jahren nichts gefordert war. Die Wirkung löst jedoch in vollem Umfang wieder auf, sobald nachträglich mindestens 200 Karten gefordert sind. Ihre Frau kann auch, wenn sie nicht arbeitet, leben, möchte aber mindestens 40 Karten für je zwei Jahre leben. — **Freund 13.** Rein, durch Aufnahme des verstorbenen Ehemannes in der Beilager oder einer anderen Anhalt verliert die Witwe keineswegs ihren Anspruch auf Rückzahlung der Hälfte der Hebelbeiträge. — **R. 100.** Wollen Sie Ehemanne werden, so haben Sie Ihren Antrag an das Volkspräsidium zu stellen. Ihr Antrag wäre gewiss, wenn Sie älter als 25 Jahre sind. Wie der weitere Gang sich zur Zulassung als Ehemanne ist, ist häufig aus dieser Stelle dargelegt. — **Joseph.** Miererente und Invalidenrente sind feste Renten, sie können nicht herabgesetzt oder erhöht werden. — **G. R. 2.** Wir lehnen es grundsätzlich ab, bestimmte Annahmeh oder Kerkle zu empfehlen. — **B. G. 100.** Das Recht, den Vertrag ohne Rückbindung zu lösen, würde nur dann vom Gericht anerkannt werden, wenn die Unbrauchbarkeit der Wohnung bewiesen wurde. Der Kaufgang eines solchen Prozesses wäre also für Sie ein recht zweifelhafter. Schließen Sie einen anderen Weg ein; fordern Sie die Witva nochmals (am besten schriftlich oder unter Zeugen) auf, das Ungelegte innerhalb 12 Stunden entfernen zu lassen, drohen Sie ihr an, daß Sie nach Ablauf der Frist die Veräußerung der Schwaben auf Kosten der Witva vornehmen lassen würden, beantragen Sie dann einen Kammerläger mit der Forderung und Klagen die Auslagen gegen die Witva ein. — **C. R. 5.** Geburtsurkunde und Militärpapiere begehrt der Standesbeamte zwecks Aufgehols.

Wasserstand am 5. April. Elbe bei Kuffig + 2,14 Meter, bei Dresden + 0,68 Meter, bei Magdeburg + 3,21 Meter. — **Ustrut** bei Straubhurg + 2,35 Meter. — **Oder** bei Rathburg + 2,70 Meter, bei Breslau Ober + 5,23 Meter, bei Breslau Unter + 5,61 Meter, bei Pegel + 0,44 Meter, bei Frankfurt + 2,08 Meter. — **Weselsel** bei Großmünde + 4,32 Meter. — **Wartbe** bei Hofen + 1,52 Meter. — **Rege** bei Ulf — Meter.

Wetter-Prognose für Freitag, den 7. April 1905. Nacht und vorwiegend, vorwiegend milde mit Niederschlägen und starken, später abnehmenden nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.